



[www.fes.de](http://www.fes.de)

Arbeitsberichte 2002

**FRAUEN & GENDER  
POLITIK POLITIK**

in der nationalen und internationalen  
Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2002

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Koordination  
Frauen-Politik & Gender-Politik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

*Redaktion:* Dr. Ursula Mehrländer

*Textbearbeitung:* Uta Kletzing

*Fotos:* AFP, AdsD, dpa, FES, Liebe, Schicke

*Gestaltung:* Pellens Kommunikationsdesign GmbH

*Druck:* Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath

Printed in Germany 2003

ISBN 3-89892-105-0

# Vorwort

Als Koordinatorin für Frauen-Politik und Gender-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung stelle ich Ihnen die Arbeitsberichte 2002 vor. Obwohl es sich hier nur um eine Auswahl handeln kann, zeigen sie die vielfältigen Aktivitäten unserer Stiftung in der nationalen und internationalen Arbeit zu diesem Themenbereich. Tagungen und Seminare, Publikationen und Projekte werden entsprechend den unterschiedlichen Arbeitsbereichen initiiert.

Frauenpolitische Maßnahmen bilden seit den 80er Jahren einen der Arbeitsschwerpunkte unserer Stiftung. Seit Mitte der 90er Jahre folgen wir dem europäischen Leitprinzip des Gender Mainstreaming, das mit dem Vertrag von Amsterdam verbindliche Rechtskraft für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erhalten hat. Dieses frauen- und gleichstellungspolitische Instrument soll die Chancengleichheit verwirklichen. Das Neue daran ist, dass in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Interessenslagen von Frauen und Männern berücksichtigt und einander gegenübergestellt werden sollen. Das Ziel ist eine neue Qualität gesellschaftlicher und gleichstellungspolitischer Innovationen.



Wichtig ist zu betonen, dass damit die traditionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht überflüssig wird: Beide Ansätze müssen parallel verfolgt werden!

An dieser Stelle sei allen Kolleginnen und Kollegen gedankt, die über ihre Arbeit vor Ort berichtet und damit das „Grundgerüst“ für den vorliegenden Bericht bereitgestellt haben. Uta Kletzing gebührt Dank für ihre Textbearbeitung und die sehr gute Zusammenarbeit mit mir. In diesem Jahr haben wir darüber hinaus versucht, die geschilderten Maßnahmen und Projekte unserer Stiftung durch Berichte über die Beteiligung von Frauen in Politik und Gesellschaft in den verschiedenen Regionen der Welt zu ergänzen. Für die Zusammenarbeit zu diesem „Schlaglicht“ danke ich Dr. Gabriele Bruns, Dr. Gesine Fuchs, Dr. Beate Hoecker, Katja Meyer und Astrid Ritter-Weil. Damit wird,

so denke ich, der Stellenwert unserer Arbeit noch deutlicher.

Wenn auch in den letzten 20 Jahren eine Reihe von Zielen der Frauen- und Genderpolitik – im nationalen und im internationalen Rahmen – erreicht worden sind, so bleibt doch noch viel zu tun! Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung,

hat auf der Zentralen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Internationalen Frauentag im März 2003 in Berlin vor 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu Recht darauf hingewiesen, dass hier weiterhin Handlungsbedarf für die Politik besteht. Aber sie betonte zugleich, dass Gesetze allein nicht ausreichend sind: Ein Bewusstseinswandel der Gesellschaft zu noch stärkerer Akzeptanz und Umsetzung des Leitbildes „Gender Mainstreaming“ müsse stattfinden. Anke Fuchs rief die jungen Frauen auch auf, über noch bestehende Defizite nicht „zu meckern“, sondern sich stärker bei ihren eigenen Anliegen „einzumischen“. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird die Frauen mit ihren Angeboten dabei weiterhin tatkräftig unterstützen!

*Dr. Ursula Mehrländer*

Koordination Frauen-Politik & Gender-Politik



# Inhalt

## Schlaglicht:

<b>Beteiligung von Frauen in Politik und Gesellschaft</b>	6
---	---

<b>Politische Bildung</b>	16
---------------------------	----

<b>Dialog Ostdeutschland</b>	17
------------------------------	----

<b>Forum Politik und Gesellschaft</b>	17
---------------------------------------	----

<b>Landes- und Regionalbüros Ostdeutschland</b>	24
---	----

Landesbüro Brandenburg	24
------------------------	----

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern	24
-----------------------------------	----

Landesbüro Sachsen	25
--------------------	----

Landesbüro Sachsen-Anhalt	27
---------------------------	----

<b>Gesellschaftspolitische Information</b>	28
--	----

<b>Referat Frauenpolitik NRW</b>	28
----------------------------------	----

<b>Regionalbüro Rheinland-Pfalz, Mainz</b>	31
--	----

<b>Akademie der Politischen Bildung</b>	32
---	----

<b>Akademie Frankenwarte Würzburg</b>	32
---------------------------------------	----

<b>Fritz-Erler-Forum Baden Württemberg</b>	35
--	----

<b>BayernForum München</b>	36
----------------------------	----

<b>Akademie Management und Politik</b>	37
--	----

<b>Wissenschaftliche Arbeit</b>	38
---------------------------------	----

<b>Wirtschafts- und Sozialpolitisches</b>	
---	--

<b>Forschungs- und Beratungszentrum</b>	
---	--

<b>Abteilung Arbeit und Sozialpolitik</b>	39
---	----

<b>Historisches Forschungszentrum</b>	
---------------------------------------	--

<b>Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte</b>	42
---	----

<b>Studienförderung</b>	44
-------------------------	----

## Internationale Arbeit

### Internationaler Dialog

#### Westliche Industrieländer

Belgien, Brüssel

Frankreich, Paris

Türkei, Istanbul

USA, Washington D.C.

#### Mittel- und Osteuropa

Polen, Warschau

Regionalbüro Riga: Lettland, Litauen, Estland

Slowakische Republik, Bratislava

Tschechische Republik, Prag

Regionalbüro Sofia: Albanien, Mazedonien

Regionalbüro Zagreb: Bosnien-Herzegowina, Kroatien

Regionalbüro Belgrad, Serbien

Russische Föderation, Moskau

Regionalbüro Taschkent: Kasachstan, Usbekistan

### Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Brasilien

Tansania

Marokko

Indien

Deutschland: Referat Entwicklungspolitik

## Internationaler Frauentag in der FES am 8. März 2002

## Organigramm

## Koordination Frauen-Politik & Gender-Politik / Ansprechpartnerinnen

46

47

47

47

48

48

49

51

51

52

52

53

54

56

57

58

60

62

62

63

64

64

65

68

70

72



## Beteiligung von Frauen in Politik und Gesellschaft

### Deutschland

Unter der Regierungskoalition von SPD und Grünen seit 1998 erfuhr die deutsche Frauen- und Gleichstellungspolitik eine echte Aufwertung. Mit der Bestätigung der Regierung im September 2002 stellen Frauen wieder mehr als 30 Prozent der Parlamentarier im Deutschen Bundestag. Auch die Kabinettsbildung machte deutlich, dass Frauen aus der deutschen Politik nicht mehr wegzudenken sind: Frauen stellen ein gutes Drittel der Bundesminister.

Frauen sind also durchaus politisch repräsentiert, wenn auch ihre gleichberechtigte Teilhabe, insbesondere bei der Erwerbsarbeit, noch lange nicht erreicht ist. Frauen verdienen noch immer nur etwa 70 Prozent des Männerlohns. Auch die mangelhafte Ganztagsbetreuung für Kinder macht es Müttern weiterhin fast unmöglich, berufstätig zu bleiben. Zwar wurde der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit eingeführt. Die



Tatsache aber, dass etwa vier Fünftel der Teilzeit Arbeitenden Frauen sind, verhärtet alte Rollenmuster. Dies gilt auch für die gesetzliche Elternzeit. Diese steht zwar auch Männern zu, was ein Erfolg ist. Tatsächlich aber nehmen nur zwei Prozent der Väter diese überhaupt in Anspruch. In gewisser Weise bleibt damit ein familienpolitisches Thema, das der Kinderbetreuung, auch das frauenpolitische Thema Nummer 1.

Doch Land ist in Sicht. Die Pisa-Debatte des Jahres 2002 machte deutlich, dass das deutsche Bildungssystem eine Überarbeitung braucht. Die Einführung von einem flächendeckenden System von Ganztagschulen ist nun beschlossen. Dieses wird aber nicht nur Einfluss auf die Bildung der Kinder, sondern auch auf die berufliche Bewegungsfreiheit der Mütter haben, die in Deutschland vorher so nicht gegeben war.

Während sich in der Politik also durchaus positive Entwicklungen vollziehen, stagniert die Gleichstellungspolitik in der Wirtschaft. Noch immer sind Frauen – vor allem in den höheren Ebenen des Managements – nur geringvertreten. Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft konnte nicht umgesetzt werden, es blieb bei der vorläufigen Regelung durch die Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung. Steigende Zah-



len von Frauennetzwerken und Coaching-Angeboten von Frauen für Frauen sind die Antwort engagierter Frauen. Darüber hinaus wählen viele Frauen den Weg in die Selbständigkeit: Ein Drittel aller Firmengründer sind weiblich.

Besonders in Ostdeutschland ist die schwierige wirtschaftliche Lage für Frauen dramatisch. Die Arbeitslosigkeit trifft sie nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in ihrem Selbstverständnis, da für sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf jahrzehntelang selbstverständlich war.

### Europäische Union und Mittel- und Osteuropäische Beitrittsstaaten

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Forderung nach der Verwirklichung des demokratischen Prinzips einer gleichberechtigten Teilnahme wie Teilhabe von Frauen am politischen Entscheidungsprozess keineswegs obsolet geworden. Die empirische Realität zeigt vielmehr, dass die politischen Institutionen nach wie vor – und mit nur we-

### Frauen in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten

Rang	Land und Wahljahr	Abgeordnete insgesamt/davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
1.	Schweden	349 / 157	45,0
2.	Dänemark ***	179 / 68	38,0
3.	Finnland *	200 / 73	36,5
4.	Niederlande	150 / 51	34,0
5.	Deutschland	603 / 194	32,3
6.	Spanien **	350 / 99	28,3
7.	Österreich *	150 / 38	27,9
8.	Belgien *	150 / 35	23,3
9.	Portugal	230 / 44	19,1
10.	Großbritannien ***	659 / 118	17,9
11.	Luxemburg *	60 / 10	16,7
12.	Irland	166 / 22	13,3
13.	Frankreich	577 / 70	12,1
14.	Italien ***	630 / 62	9,8
15.	Griechenland **	300 / 26	8,7
<b>Gesamt</b>		<b>4753 / 1067</b>	<b>22,4</b>

\*1999, \*\*2000, \*\*\*2001, sonst 2002  
Quelle: Zusammengestellt anhand der Daten der Interparlamentarischen Union (IPU) von B. Hoecker und G. Fuchs

nigen Ausnahmen – von Männern dominiert werden. Zwar hat sich die politische Repräsentanz von Frauen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) aufgrund gezielter Anstrengungen in den letzten Jahren etwas verbessert, dennoch musste die EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou kürzlich feststellen: „Women’s progress to positions of in-

fluence is disappointing.“ Noch enttäuschender fällt die Bilanz für die Länder Mitteleuropas aus. Mehr als zehn Jahre nach dem politischen Umbruch sind Frauen in diesen Transformationsgesellschaften weiterhin nur marginal in Parteien, Parlamenten und Regierungen repräsentiert. Auch in einem erweiterten Europa wird somit die Suche nach geeigneten Strategien für eine fortschreitende Demokratisierung ein wichtiges politisches Ziel bleiben.

### EU-Mitgliedsstaaten

Die durchschnittliche Repräsentanz von Frauen in den Nationalparlamenten der EU-Mitgliedsstaaten beträgt derzeit lediglich 22,4 Prozent und liegt damit nur um sechs Prozentpunkte höher als noch vor zehn Jahren. Im Unterschied dazu fällt die Regierungsbeteiligung von Frauen mit 24,2 Prozent ein wenig besser



aus. Der zwischenstaatliche Vergleich zeigt zum Teil beträchtliche Abweichungen von diesen Durchschnittswerten. Insbesondere in den nordischen Staaten, aber auch in einigen mitteleuropäischen Staaten sind Frauen deutlich besser in der Politik repräsentiert als in den südeuropäischen Ländern. Aktuell reicht die Spanne der jeweiligen Frauenanteile in den Nationalparlamenten von knapp 9 Prozent (Griechenland) bis zu 45 Prozent (Schweden), in den Regierungen von etwa 10 Prozent (Portugal) bis zu 50 Prozent (Schweden). Dieser höchst unterschiedliche Stand der politischen Partizipation bzw. Repräsentation von Frauen in Europa lässt sich nicht monokausal erklären – entscheidend ist vielmehr die jeweilige nationale Mischung kultureller, sozialstruktureller und institutioneller Einflussfaktoren.

Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der politischen Kultur, also den Einstellungen gegenüber der Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft, zu: Länder mit einer eher patriarchalen politischen Kultur weisen eine geringe Vertretung von Frauen in der Politik auf, Staaten mit einer eher egalitären Kultur eine vergleichsweise hohe Repräsentanz von Frauen. Insbesondere die nordischen Staaten zeichnen sich durch eine egalitäre politische Kultur aus, die Frauen den Weg in die Politik und hier in verantwortliche Entscheidungspositionen ebnet.

Neben der politischen Kultur beeinflussen individuelle Voraussetzungen aus dem sozialstrukturellen Bereich die politische Partizipation – und zwar insbeson-

### Frauen in den nationalen Regierungen der EU-Staaten\*

Rang	Land	Frauenanteil in Prozent
1.	Schweden	50,0
2.	Deutschland	43,6
3.	Dänemark	42,9
4.	Finnland	38,9
5.	Großbritannien	32,9
6.	Österreich	31,3
7.	Niederlande	31,0
8.	Frankreich	29,4
9.	Luxemburg	28,6
10.	Belgien	23,5
11.	Irland	21,9
12.	Spanien	17,6
13.	Italien	14,1
14.	Griechenland	12,5
15.	Portugal	9,8

\* Stand: 2002; einschließlich „junior ministers“  
Quelle: Zusammengestellt anhand der europäischen Datenbank des Frauen-Computer-Zentrums Berlin von B. Hoecker und G. Fuchs

dere Bildung, Erwerbstätigkeit sowie die persönliche Lebenssituation. Berücksichtigt man allein die Erwerbstätigkeit, dann ergibt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Erwerbstätigkeit von Frauen und ihrer Vertretung in der Politik. Die bezüglich der parlamentarischen Repräsentanz führenden EU-Staaten weisen durchgängig eine hohe Frauenerwerbsquote auf, während in den anderen Ländern die Frauenerwerbsquote sowie die parlamentarische Repräsentanz von Frauen in der Regel auf einem mittleren bzw. niedrigen Niveau liegen.

Fasst man schließlich noch das Wahlsystem als institutionellen Einflussfaktor ins Auge, dann bestätigt sich der bekannte Zusammenhang, dass Verhältniswahlsysteme die Kandidaturen von Frauen begünstigen, Mehrheitswahlsysteme wie in Frankreich, Großbritannien und Irland mit ihrer starken Personenorientierung diese dagegen eher erschweren. Bestehende Zweifel an der

politischen Kompetenz von Frauen und der harte innerparteiliche Konkurrenzkampf um sichere Wahlkreise mindern im Falle eines Mehrheitswahlrechts die Nominierungschancen von Frauen.

Im Rahmen vergleichender Analysen hat sich die politische Kultur als wichtigste Determinante für die politischen Beteiligungschancen von Frauen erwiesen. Für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik auf nationaler wie europäischer Ebene liegt hier somit ein wesentlicher Ansatzpunkt: ein Wandel der Einstellungen bezüglich der Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft hin zu größerer Aufgeschlossenheit für soziale Gerechtigkeit und politische Gleichheit der Geschlechter – insbesondere bei den Männern.

### Mittel- und Osteuropäische Beitrittsstaaten

Die Situation in den Mittel- und Osteuropäischen Beitrittsstaaten weist große Parallelen zur Lage in der EU auf. Jedoch lassen sich Besonderheiten ausmachen,

# SCHLAGLICHT

die sich vor allem auf den politischen Umbruch seit 1989 gründen. Mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens erhielten Frauen und Männer zeitgleich das allgemeine Wahlrecht. Auch ein hoher Ausbildungsstand und eine weiterhin hohe Erwerbstätigkeit osteuropäischer Frauen sind günstige Voraussetzungen für ihre politische Beteiligung. Auf der anderen Seite wirken Doppelbelastung, traditionelle und religiöse Einstellungen sowie eine generell paternalistisch-elitäre politische Kultur als Barrieren. Gerade aufgrund des im Realsozialismus geprägten Antagonismus zwischen Staat und Gesellschaft gilt Politik häufig noch als schmutzig und korrupt und darum nicht als „Sache der Frauen“.

## Parlaments- und Regierungsbeteiligung

Das realsozialistische System hatte zwar einen hohen Frauenanteil von 25 bis 33 Prozent in den Parlamenten. Wirkliche Macht hatten diese Frauen aber nicht und wurden bei den folgenden freien Wahlen kaum nominiert und noch weniger gewählt, so dass der parlamentarische Frauenanteil auf Werte zwischen vier und 13 Prozent sank. Bis Mitte der 90er Jahre ging in der gesamten Region der Anteil von Frauen in politischen Institutionen zurück. Seither gibt es in vielen Ländern wieder einen Aufwärtstrend, in anderen stagniert die Partizipation bei Anteilen um 10 Prozent. Die Parlamente werden ganz überwiegend nach verschiedenen Proporzverfahren in Mehrpersonen-Wahlkreisen gewählt, was sich in der bishe-

rigen Forschung als günstig für die Repräsentation von Frauen und Minderheiten erwiesen hat. Vergleicht man die Regierungsbeteiligung der Frauen in den verschiedenen Ländern, so sind die Tendenzen widersprüchlich. Gerade einige Länder mit einem nennenswerten Frauenanteil im Parlament, wie etwa Polen, haben nur eine marginale weibliche Regierungsbeteiligung. Rumänien dagegen – mit relativ wenigen Frauen im Parlament – wartet mit fünf Ressortchefinnen auf. Auch auf regionaler und lokaler Ebene lassen sich keine klaren Tendenzen ausmachen. In Regionalparlamenten sind Frauen etwas besser als auf nationaler Ebene vertreten. Bei Personenvahlen, etwa als Bürgermeisterinnen, haben sie jedoch fast nie Erfolg.

## Frauen in Parteien

Sofern Daten über Frauen in den Parteien vorliegen, schwanken die Anteile mehrheitlich zwischen einem Viertel und einem Drittel und reichen von 18 Prozent (Slowenische Nationalpartei) bis zu 57 Prozent (Volksunion Estlands), wobei Frauen in liberalen, linken und postkommunistischen Parteien generell stärker vertreten sind als in nationalen und Rechtsparteien. In wichtigen Parteigremien sind sie durchweg unterrepräsentiert. Da das Parteiensystem noch kaum konsolidiert ist und häufig stabile Parteistrukturen fehlen, sind – frauenförderlichere – transparente und formalisierte Nominationsverfahren kaum zu finden. In einigen Linksparteien werden jedoch seit einigen Jahren Frauenquoten für Wahllisten (z. B. Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien) bzw. für Parteiämter (z. B. Tschechien, Ungarn) angewendet.



## Frauenanteil in den Parlamenten\*

Land und Wahljahr	Frauenanteil im Parlament (resp. in erster Kammer) in Prozent	Veränderungen zu den vorhergehenden Wahlen
Bulgarien ***	26,0	↑
Polen ***	20,2	↑
Slowakei	19,3	↑
Lettland	18,0	→
Estland *	17,8	↗
Tschechien	17,0	↗
Slowenien **	12,2	↗
Rumänien **	10,7	↗
Litauen **	10,6	↘
Ungarn **	9,1	→

Jahr der letzten Wahlen: \* 1999, \*\* 2000, \*\*\*2001, sonst 2002  
Stand zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode, zusammengestellt anhand der Webseiten der jeweiligen Parlamente und der Interparlamentarischen Union (IPU) von B. Hoecker und G. Fuchs

## Erhöhung des Frauenanteils in politischen Entscheidungsgremien

Die Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsgremien ist in den meisten Ländern auf die Agenda gesetzt worden – auch wegen bestimmter innenpolitischer Entwicklungen wie ökonomische Transformation, Verarmung, steigende Gewalt gegenüber Frauen und Frauenhandel. Diese Entwicklungen haben bewirkt, dass zu diesen Themen Frauenorganisationen gegründet wurden, die mit Angeboten sozialer Unterstützung, Bildung und Selbsthilfe arbeiten. Sie stellen im Kontext „Frauenrechte sind Menschenrechte“ auch immer häufiger politische Forderungen. Politische Repräsentation von Frauen ist ein notwendiger, wenn auch noch nicht hinreichender Schritt, um diesen Anliegen Gewicht in den politischen Entscheidungsgremien zu verleihen. Deshalb haben sich in einigen Ländern so genannte „Frauenwahlkoalitionen“ gebildet, die Zusam-

menschlüsse von Nichtregierungsorganisationen sind und überparteilich für mehr Frauen in der Politik und für die Wahl von Kandidatinnen lobbyieren. Die erste Aktion dieser Art wurde von der kroatischen Frauenorganisation Be active Be emancipated (BaBe)

1997 initiiert. Mittlerweile haben sich solche Bündnisse auch in Bulgarien, Estland, Polen, Slowenien und der Slowakei gebildet. Wenn es diesen Zusammenschlüssen gelingt, die niedrige Frauenpräsenz in der Politik als Demokratieproblem auch weiterhin auf der Tagesordnung zu halten, so sind Erfolge gut möglich – wie das polnische Beispiel zeigt.

## Neues Zivilrecht und Parlamentswahlen in der Türkei

### Das neue Zivilrecht

Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene neue Zivilrecht demokratisiert die rechtlichen Familienbeziehungen erheblich und stellt einen Versuch dar, die Gleichstellung zwischen Frau und Mann zu verbessern. Folgende Veränderungen für Frauen und Familien wurden beschlossen:

## Frauen und ihre Ressorts in den Regierungen

Land	Frauenanteil in der Regierung in Prozent	Ressorts	Frauenanteil in Regierung ist ... als im Parlament
Estland	28,6	Außen, Bildung, Soziales, Wirtschaft	höher
Litauen	21,4	Finanzen, Soziales, Kultur	höher
Rumänien	20,0	Bildung, Europäische Integration, Gesundheit, Justiz, KMU	höher
Ungarn	18,8	Innen, Soziales, Umwelt	höher
Slowenien	17,7	Kultur, Regionalentwicklung, Wirtschaft	höher
Lettland	16,7	Außen, Kultur, Soziales	etwas geringer
Bulgarien	15,0	europäische Integration, Soziales, Umwelt	geringer
Tschechien	11,8	Bildung, Gesundheit	geringer
Polen	7,8	Bildung	geringer
Slowakei	0		viel geringer

Stand: Januar 2003 (nach den jeweiligen Webseiten der Regierungen)



- Alles Vermögen, das nach der Eheschließung erworben wird, gehört zu gleichen Teilen den Ehepartnern. Diese Bestimmung gilt nicht rückwirkend – jedoch durften Ehepaare bis zum 31.12.2002 mit einer notariellen Bestätigung erklären, das vor dem 1. Januar 2002 erworbene Vermögen ebenfalls dem Prinzip der Zugewinnsgemeinschaft zu unterwerfen.
- Die Ehepartner bestimmen ihre Wohnung und Wohnsitz gemeinsam, was nach dem alten Gesetz der Mann als Familienvor-

stand auswählte. Die Ehefrau hat außerdem das Recht, in einer anderen Wohnung zu leben. Niemand darf sie zwingen, in die gemeinsame Wohnung zurückzukehren.

- Die Ehefrau darf nach dem neuen Gesetz ihren eigenen Familiennamen vor dem Familiennamen des Mannes führen.
- Das Verfassungsgericht hat den Artikel, nach dem die Frau nur mit Genehmigung des Ehemannes eine bezahlte Arbeit aufnehmen darf, aufgehoben. Jeder

Ehepartner hat bei Auswahl und Ausübung eines Berufes die Wirkung und den Nutzen für die Ehe zu berücksichtigen.

- Scheidungsgründe sind nun für Männer und Frauen gleich.
- Die Vormundschaft für die Kinder haben Mutter und Vater gleichermaßen und nicht mehr allein der Vater.

### Parlamentswahlen 2002

Die Türkinnen sind in der Politik deutlich unterrepräsentiert, obwohl sie seit 1934 das Wahlrecht haben. Im damals gewählten Parlament waren sie mit 4,6 Prozent der Sitze vertreten. 67 Jahre danach, im Ende 2002 gewählten Parlament, sind es 4,3 Prozent. In den Parlamenten auf lokaler Ebene sind die Zahlen sogar noch niedriger und liegen im Durchschnitt bei einem Prozent. Im Kabinett der AKP-Regierung gibt es neben den 23 Ministern nur eine Frau: die Tourismusministerin. In der Vorgängerregierung mit 36 Ministerien gab es gar keine.

Frauen sind an der Basis der politischen Parteien aktiv, aber in den Entscheidungsgremien nicht vertreten. In den Gremien der Universitäten und in der Privatwirtschaft ist der Frauenanteil mit 30 Prozent deutlich besser. Wissenschaftliche Untersuchungen führen diesen Beteiligungsunterschied zwischen Politik und Wissenschaft bzw. Privatwirtschaft vor allem auf die feudalistisch-patriarchale Kultur des politischen Bereiches zurück. Was die neue Mehrheitsregierung für die Frauen bringen wird, bleibt abzuwarten.



Auch bei der UN sind immer noch die Männer in der Überzahl.

### Beispiele aus Partnerländern der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Beteiligung von Frauen am politischen Prozess ist nicht nur notwendiger Bestandteil demokratischer Strukturen, sondern verbessert auch die Qualität von entwicklungspolitischen Projekten. Inzwischen ist unumstritten, dass erfolgreiche Entwicklung erst durch die aktive Teilnahme beider Geschlechter an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen möglich ist. Überall auf der Welt sehen sich Frauen weitaus mehr als Männer mit zentralen Entwicklungsproblemen wie Armut, Demokratiemangel und bewaffneten Konflikten konfrontiert. Frauen und Männer in den Ländern des Südens leben – mehr noch als bei uns – in ganz unterschiedlichen und voneinander getrennten Arbeits- und Lebenswelten. Daraus ergeben sich verschiedene Interessenlagen und Bedürfnisse. Doch Frauen und ihre Interessengruppen haben vielfach noch um gleiche Rechte und gesellschaftliche Anerkennung zu kämpfen. Obwohl viele Staaten die UN-Konvention zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen ratifiziert haben, stehen der Chancengleichheit oftmals

nationales Recht und Tradition im Wege. Die Interessen von Frauen bleiben in der Politik unberücksichtigt, weil Entscheidungen in Parlamenten und Verbänden fast ausschließlich von Männern getroffen werden. Damit Betroffene ihre Interessen selbst vertreten können, ist Partizipation von Frauen ein Anliegen der entwicklungspolitischen Projektarbeit.

Ein anderer Aspekt, der in letzter Zeit stark an Bedeutung gewonnen hat, ist die Nachhaltigkeit der entwicklungspolitischen Projektarbeit. Je differenzierter die Projektarbeit den Zielgruppen entspricht, desto bessere und nachhaltigere Ergebnisse können erreicht werden. Um zielgruppengerechter zu arbeiten, müssen Sichtweisen von Frauen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung führt deshalb seit langem mit ihren Partnerorganisationen den Dialog darüber, dass die Aufteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern gerade auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sinnvoll ist. Außerdem qualifiziert sie Frauen gezielt für Führungsaufgaben in Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Die steigende Präsenz von Frauen

im öffentlichen Leben allein reicht jedoch nicht aus, um geschlechtsspezifische Auswirkungen von Politik durchgängig zu erkennen und zu berücksichtigen. Deshalb wird in immer mehr Projekten eine geschlechtsspezifische Politikanalyse und Programmarbeit im Sinne des Gender Mainstreaming durchgeführt.

### Reformansätze und Sensibilisierung in Marokko

Marokko ist eine konstitutionelle, demokratische und soziale Monarchie. Da der König zugleich „Befehlshaber der Gläubigen“ ist, stellt ihn die Praxis der marokkanischen Rechtsprechung über die Verfassung. Das Wahlrecht für Frauen existiert seit 1963, ihre Beteiligung im politischen Leben blieb allerdings schwach: In den Kommunalwahlen von 1997 betrug die Anzahl gewählter Frauen 0,3 %. In den ersten freien und transparenten Wahlen in der Geschichte Marokkos im September 2002 erhöhte sich die Frauenvertretung im Parlament auf 10,7 %.

Durch den von der Alternance-Regierung unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten A. Yousseoufi im Jahre 2000 aufgelegten „Aktionsplan für die Integration der Frau in die Ent-

# SCHLAGLICHT

wicklung“ soll sich die Stellung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesundheit verbessern. Im Familien- und Frauenrecht Moudawana gilt jedoch aufgrund von Widerstand vor allem des konservativ-religiösen Lagers weiterhin die religiöse „Rechtsetzung“ bzw. Interpretation. Als Befehlshaber der Gläubigen richtete der König im Jahre 2001 eine Kommission ein, die ihm im Jahr 2003 Vorschläge zur Reform der Moudawana unterbreiten wird. Sie soll in ihrem Vorschlag einen Weg weisen, der die „Werte, die die Basis unserer Identität ausmachen, mit dem Zeitgeist der Universalität der Menschenrechte“

versöhnen möge. Um die Empfehlungen der Kommission zu beeinflussen, wurden seitens der etwa 80 auf Frauen- und Genderfragen spezialisierten Nichtregierungsorganisationen in Marokko Aufklärungskampagnen über die frauendiskriminierenden Regelungen der Moudawana veranstaltet: u.a. Verheiratung von 15-jährigen Mädchen, Möglichkeit der einseitigen Verstoßung der Frau durch den Mann ohne Unterhaltsverpflichtungen, Unmöglichkeit der Scheidung einer Frau ohne Zustimmung des Mannes, Polygamie, Frauendiskriminierung in Erbschaftsregelungen.

## Empowerment in Indien

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern schaut Indien auf eine starke und selbstbewusste Frauenbewegung zurück. Von jenen bemerkenswerten Frauen, die sich im Rahmen ihrer Agitationen gegen die britische Herrschaft auch für eine geschlechtergerechte Gesellschaft eingesetzt haben, zeugt noch heute eine der frauenfreundlichsten Verfassungen der Welt. Doch der verfassungsmäßig garantierte politische Wille wird in der Realität kaum umgesetzt.

Mehr als fünf Jahrzehnte später sieht sich die überwältigende Mehrheit der Inderinnen grundlegender Menschenrechte beraubt. Abgesehen von einem kleinen Prozentsatz gut ausgebildeter Elitefrauen haben sie keinen ausreichenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, zu ökonomischer und sozialer Sicherheit sowie zu politischer Mitbestimmung. Spezifische religiöse und kulturelle Traditionen des tiefverwurzelten Patriarchats haben dazu beigetragen, den Status quo bis in die heutige Zeit massiver gegen emanzipatorische Entwicklungen abzuschotten als in anderen Ländern. Frauen wird in Indien grundsätzlich ein geringerer sozialer und menschlicher Wert beigemessen. Sie haben kaum eine Möglichkeit, in Entscheidungspositionen zu gelangen und so im Sinne ihrer Interessen an der ökonomischen, politischen und sozialen Macht zu partizipieren. Seit Beginn der 90er Jahre wird ihre Situation durch die Öffnung der indischen Wirtschaft für den Weltmarkt und den



# SCHLAGLICHT



auch weniger für die gleiche Leistung, vor allem in der Landwirtschaft, wo noch immer der Großteil der indischen Bevölkerung beschäftigt ist. Das geltende Eigentumsrecht diskriminiert Frauen in einem Land, in dem Landbesitz über das Einkommen und den sozialen Status entscheidet. Die öffentlichen Macht- und Entscheidungspositionen sind Männerbastionen. Nur 8 Prozent der Parlamentsmandate, weniger als 6 Prozent der Kabinettsitze und weniger als 4 Prozent aller Posten in höheren Gerichten sind mit Frauen besetzt. In Verwaltung und Management sieht es kaum besser aus.

gleichzeitigen Aufstieg des Hindu fundamentalismus zusätzlich verschärft.

Die Problemlage in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Bevölkerungsentwicklung ist besonders dramatisch: Nur 54 Prozent der Frauen im Vergleich zu 76 Prozent der Männer können lesen und schreiben. Mädchen werden seltener eingeschult, brechen die Ausbildung doppelt so häufig wie Jungen ab und kommen im Durchschnitt auf nur dreieinhalb Jahre Grundbildung. Die Mehrheit der Frauen leidet an Mangelernährung. Das durchschnittliche Gebäralter liegt unter 22 Jahren. Die Fixierung auf Söhne hat die verbreitete Abtreibung weiblicher Föten und Tötung weiblicher Neugeborener zur Folge. Trotz der verstärkten Berichterstattung über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, häusliche Gewalt, Vergewaltigungen und Mitgiftmorde nimmt die Anzahl der gegen Frauen gerichteten Straftaten konstant zu.

Um sich gegen Benachteiligungen wehren zu können, muss man über eine ökonomische Grund-sicherung verfügen und in der Lage sein, bei der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen mitzuwirken. Die wirtschaftliche Leistung der Inderinnen zum nationalen Einkommen wird jedoch, da sie zu 96 Prozent im informellen Sektor tätig sind, vom Staat nicht anerkannt. Sie verdienen

Wie erreicht man unter solchen Umständen die Veränderungen der Lebensbedingungen für rund 480 Millionen Frauen? Die Strategien und Schwerpunkte sind unterschiedlich, die Ziele äußerst bescheiden formuliert und Erfolge häufig auf einzelne Sektoren beschränkt, ohne die strukturellen Ursachen für die





Diskriminierung wirklich zu beiseitigen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Indien konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die beiden Schlüsselbereiche Wirtschaft und Politik, denn das ökonomische und politische Empowerment von Frauen ist Grundbestandteil der Demokratieförderung und des Strebens nach sozialer Gerechtigkeit. Gleichzeitig wird die Integration der Geschlechterperspektive in andere Themenfelder begleitend unterstützt. Seit über zehn Jahren berät das FES-Büro in New Delhi Nichtregierungsorganisationen und Frauenselbsthilfegruppen in ihren Bemühungen um mehr Mitspracherechte und fördert ihren Dialog mit staatlichen Stellen auf allen Ebenen. Ein Großteil der Aktivitäten widmet sich Frauen, die von Armut und Marginalisierung besonders stark betroffen sind. Ihre

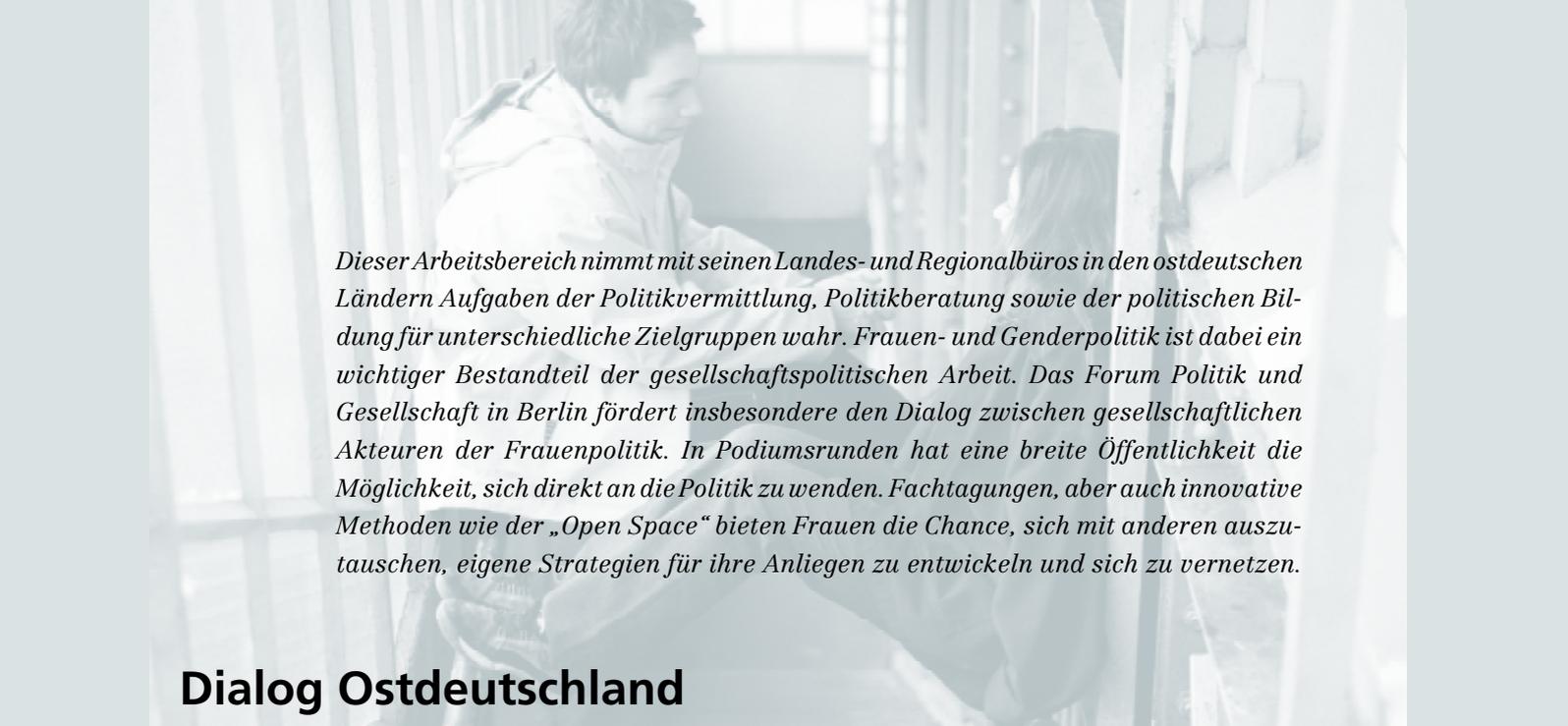
Arbeits- und Lebenssituation, ihre ökonomische Unabhängigkeit und soziale Sicherung bilden den einen Schwerpunkt der Arbeit, die stärkere Beteiligung der Inderinnen an politischen Entscheidungsprozessen und ihre Qualifizierung für die Kommunalpolitik den anderen. Für die Arbeiterinnen einzelner Berufszweige sind demokratische Organisationsformen wie Selbsthilfegruppen, Genossenschaften und informelle Netzwerke sowie ein kontinuierlicher Dialog mit der Regierung die vielleicht wichtigsten Instrumente ihrer Integration in wirtschaftliche und politische Prozesse.

Die Förderung von Frauen auf allen politischen Ebenen und in allen demokratischen Institutionen ist eine weitere Priorität des FES-Büros in New Delhi. Nachdem Indien 1992 eine 33-Prozent-

Quote für Frauen in der lokalen Selbstverwaltung eingeführt hat, wurde fast eine Million politisch unerfahrener Frauen in kommunalpolitische Mandate gewählt. Die Grundvoraussetzung für ihre Integration in die praktische politische Arbeit war und ist ihre Ausbildung und Beratung zu Fragen der Kommunalpolitik und eine Stärkung ihrer Führungskapazität. Ebenso wichtig ist es, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Staat und Zivilgesellschaft frauenpolitische Gesetze und Programme zu diskutieren und für Fragen der Chancengleichheit weiter zu sensibilisieren – nicht zuletzt die betroffenen Frauen selbst, die ohne die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen selten Zugang zu relevanten Informationen haben.

# Politische Bildung





*Dieser Arbeitsbereich nimmt mit seinen Landes- und Regionalbüros in den ostdeutschen Ländern Aufgaben der Politikvermittlung, Politikberatung sowie der politischen Bildung für unterschiedliche Zielgruppen wahr. Frauen- und Genderpolitik ist dabei ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftspolitischen Arbeit. Das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin fördert insbesondere den Dialog zwischen gesellschaftlichen Akteuren der Frauenpolitik. In Podiumsrunden hat eine breite Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich direkt an die Politik zu wenden. Fachtagungen, aber auch innovative Methoden wie der „Open Space“ bieten Frauen die Chance, sich mit anderen auszutauschen, eigene Strategien für ihre Anliegen zu entwickeln und sich zu vernetzen.*

## Dialog Ostdeutschland

### Forum Politik und Gesellschaft

#### Veranstaltungen 2001 im Überblick (Auswahl)

- *Lila trifft Handy – Frauenpower im Generationswechsel*: Konferenz mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann (8. März)
- *Chancengleichheit in der Privatwirtschaft – wie geht es weiter?!*: Podiumsdiskussion mit Hildegard Wester, MdB und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, und Dr. Edith Niehuis, Parlamentarische Staatssekretärin BMFSFJ (18. März)
- *SOS Familie*: Podiumsdiskussion mit Renate Schmidt, stellvertretende SPD-Vorsitzende und Vorsitzende Forum Familie (15. April)
- *Schema F(rau) – Geschlechterdemokratie in der Mediengesellschaft*: Konferenz mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und dem Deutschen Frauenrat (19. April)
- *Tatort Familie – Neues vom Kampf gegen häusliche Gewalt*: Podiumsdiskussion mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und Karin Schubert, Justizsenatorin (15. Mai)
- *Frauen – Macht – Konkurrenz*: Open Space mit Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D. (7. Oktober)
- *Wirklich im Mainstream? Genderpolitik als Managementstrategie*: Podiumsdiskussion mit Christa Randzio-Plath, MdeP (31. Oktober)
- *Plus Kind = Minus Karriere? Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie*: Internationales Forum mit Karin Junker, MdeP (8. November)

#### Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Lila trifft Handy – Frauenpower im Generationswechsel* (Konferenz in Berlin, 8. März)

Anfang 2002 waren viele beunruhigende Zeitungsartikel erschienen: Die Frauenbewegung sei eines natürlichen Todes gestorben! Junge selbstbewusste Frauen könne man mit feministischen Parolen nicht mehr hinter dem Managerin-Schreibtisch oder dem (freiwillig gewählten) heimischen Herd hervorlocken. Zudem hätte die von allen politischen Parteien wiederentdeckte Familienpolitik nunmehr die Frauenpolitik abgelöst.

Gleichstellungspolitische Anliegen würden auf dem Familienaltar geopfert und junge Frauen zum Kinder-Kriegen und gleichzeitig Mehr-Arbeiten animiert. Und überhaupt: Die „Frauenförderung“ sei vom innovativen „Gender Mainstreaming“ verdrängt worden. Vor diesem Hintergrund



wollte das Forum Politik und Gesellschaft zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine „etwas andere“ Veranstaltung gerade zum Internationalen Frauentag durchführen.

#### Lila-Fraktion vs. Handy-Fraktion

Wir wollten es wissen und luden Frauen aus zwei Generationen ein: Die Gruppe „Lila“, Synonym für die frauenbewegten Protagonistinnen im Alter von 40 aufwärts, war repräsentiert durch Bundesministerin Dr. Christine Bergmann, Feminismus-Ikone Alice Schwarzer sowie Dr. Lore-Marie Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D. Die Gruppe „Handy“, Synonym für die Generation der Teens, Twens und Dreißiger, bestand aus der türkisch-stämmigen Rapperin Aziza-A, der Schülervertreterin Dana Lüddemann sowie Marianne Wellershoff, SPIEGEL-Journalistin und Autorin des feminismus-kritischen Buches „Die widerspenstigen Töchter“. Es moderierte Patricia Schäfer vom ZDF-Morgenmagazin.

Anfangs stellte sich bei beiden Gruppen Harmonie her: Auf die platte Etikettierung „Lila vs. Han-

dy“ wollte sich keine so recht versteifen. Schülervertreterin Dana Lüddemann hätte nicht nur SMS und Raven im Kopf, sondern würde genau wie die Älteren für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintreten – die sei nämlich noch lange nicht erreicht! Wie patriarchalisch unsere Gesellschaft ist, ließe sich z.B. an den „Klischees in den Schulbüchern“ ablesen, so Dana. Und Aziza-A bekräftigte die oftmals schleichende Diskriminierung im Alltag.

#### Vorbei mit den Gemeinsamkeiten ...

Der Feminismus habe ein Imageproblem, weil er Frauen in die Nähe von Opfern rückt, so Marianne Wellershoff. Die Handy-Fraktion machte deutlich: Emanzipation sei mittlerweile dermaßen natürlich, dass die jungen Frauen keinen Grund sähen, sich zu solidarisieren. Sie fühlten sich selbstbewusst genug, eigenständig ihre Interessen zu vertreten, und wollten lieber Frau als „garstige Emanze“ sein. Als solche fühlte sich Dr. Peschel-Gutzeit nun gerade nicht – der SPIEGEL hatte einst über sie geschrieben, sie sei als Justizsenatorin „der einzige Mann“ im

Hamburger Senat gewesen. Auch Bundesministerin Dr. Christine Bergmann, die sich erfolgreich für Frauenrechte und familienpolitische Verbesserungen einsetzt, empfindet sich keineswegs als „garstige Geschlechterkämpferin“. Sie hätte in der DDR eine andere Sozialisation erlebt, obgleich diese kein Gleichstellungsparadies gewesen sei.

Eine Imageberatung durch die „Generation Handy“ lehnte Alice Schwarzer strikt ab. Ihre Rede über Männergewalt als Kern des patriarchalischen Herrschaftsverhältnisses fand nicht den gewünschten Widerhall – ebenso wenig wie die düstere Warnung, dass die nachwachsende Frauengeneration wieder „ganz von vorne anfangen müsse“, würde sie sich nicht mit den „Pionierinnen“ verbünden. Und doch gab es von den 800 Gästen (davon 5 Prozent männlich) in der Berliner Friedrich-Ebert-Stiftung mehr Applaus für die Gruppe „Lila“. Daraus lässt sich möglicherweise schließen: Das Lebenswerk der Generation der Pionierinnen wird heute noch ungebrochen anerkannt. Und trotz Generationswechsel heißt es: „Es lebe die Frauenpower!“



● *Wirklich im Mainstream?  
Genderpolitik als Management-  
strategie*  
(Podiumsdiskussion in Berlin,  
31. Oktober)

Seit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 ist der Begriff „Gender Mainstreaming“ aus der frauenpolitischen Debatte nicht mehr wegzudenken. Gender Mainstreaming bedeutet, alle Politikbereiche bezüglich ihrer geschlechtsspezifischen und gleichstellungspolitischen Wirkung zu überprüfen. Überall sollen Frauen- und Männeranliegen nicht mehr in isolierten Zuständigkeiten, sondern als Querschnittsaufgaben verfolgt werden. Christa Randzio Plath, Mitglied des Europäischen Parlaments (EP) und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des EP, machte deutlich, dass sich Frauen nicht nur um die „weichen“ Themen der Politik kümmern sollten. Agneta Stark, Genderforscherin der Universität Linköping, berichtete über die Umsetzung des Prinzips in Schweden. Thomas Claus, Geschäftsführer des Gender-Instituts Sachsen-Anhalt, wies darauf hin, dass die Politik mit Gender Mainstreaming ein

äußerst geeignetes Instrument an die Hand bekommen hätte, um ergänzend zur klassischen Frauenförderung die Gleichstellung von Frauen und Männern auch wirklich umzusetzen.

● *Chancengleichheit in der  
Privatwirtschaft – wie geht es  
weiter?!*  
(Podiumsdiskussion in Berlin,  
18. März)

Das hohe Leistungs- und Qualifikationsniveau von Mädchen und Frauen spiegelt sich nicht adäquat in den Wirtschaftsunternehmen wider – schon gar nicht auf der Ebene der Führungspositionen. Diesem Ungleichgewicht soll durch die „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ begegnet werden. Die Veranstaltung lud zur Diskussion über die Inhalte und Konsequenzen dieser Vereinbarung ein.

Dr. Edith Niehuis, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, leitete die hochrangige

Arbeitsgruppe, die die Umsetzung der Vereinbarung mit Unterstützung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit begleitete. Rainer Schmidt-Rudloff, Mitglied der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, bekräftigte in der Diskussion erneut, dass die getroffene Vereinbarung auf freiwilliger Basis ein beträchtliches Zugeständnis seitens der Wirtschaft sei. Zwänge jeglicher Form würden jedoch als kontraproduktiv betrachtet und weiterhin abgelehnt. Der DGB, vertreten durch Maria Kathmann, legte einen Katalog mit Prüfkriterien vor. Hildegard Wester, MdB und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende für Frauen und Familie, betonte, dass das Thema „Chancengleichheit von Frauen und Männern“ mit der Vereinbarung unterzeichnet keineswegs erledigt sei und dass die Politik eine erfolgreiche Umsetzung „sehr kritisch beobachten“ würde.

● *Schema F(rau) –  
Geschlechterdemokratie in der  
Mediengesellschaft heute*  
(Konferenz in Berlin, 19. April)

Wie sieht es in Deutschland mit Frauenpower in den Medien aus? Zwar sind Frauen heute zahlreicher denn je an der Produktion und Präsentation von Informationen beteiligt. Doch von hundert Personen, über die in den Topnachrichten berichtet wird, sind nur 18 Prozent Frauen. Männer dagegen kommentieren, werden als Experten gefragt oder stehen im Zentrum des Geschehens. Frauen haben vor allem den Part der Betroffenen oder der Opfer. Zeit also für den Deutschen Frauenrat, sich anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums gemeinsam mit dem Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer öffentlichen Veranstaltung der Frage zu widmen, wie das „Schema F(rau)“ überwunden und der Geschlechterdemokratie in

der Mediengesellschaft auf die Sprünge geholfen werden kann.

Die Frage, wie Medien mit Politikerinnen umgehen, stand im Zentrum. Die gängige Berichterstattung erregt sich immer noch mehr über „die Frisur der Angela M.“ als über deren Politik. „Monitor“-Leiterin Sonia Mikich, TV-Moderatorin Carla Kniestedt und „Welt“-Korrespondentin Tissy Bruns räumten gleichermaßen ein, dass Journalistinnen mit Politikerinnen strenger ins Gericht gingen als sie es bei Politikern tun. Der Umgang miteinander sei vor allem eine Frage des guten Stils und Geschmacks, wandte Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium und selbst ehemalige Reporterin, ein. Von Geschmacklosigkeiten weiß die Grünen-Parteichefin Claudia Roth zu berichten. Ist es da Trost genug zu wissen, dass die frei gewählte Karriere im öffentlichen Raum generell Persönlichkeiten aus der Politik – also auch den Männern – Verletzungen einbringt?

Wohl kaum, entschied Bundesministerin Dr. Christine Bergmann: Bis zur echten Chancengleichheit der Geschlechter in der Mediengesellschaft „bleibt noch viel zu tun.“

● *Frauen – Macht – Konkurrenz. Immer noch ein Thema?!*  
(Open Space in Berlin, 7. Oktober)

Haben auch im Jahre 2002 Frauen ein ambivalentes Verhältnis zu Macht und Konkurrenz? Und wenn ja, ist das schlimm? Oder handelt es sich nur um einen Mythos à la „Macht schafft Distanz. Distanz ist nichts Feminines.“? Wird Macht zu häufig gleichgesetzt mit Machtmissbrauch? Oder begreifen Frauen Macht als notwendiges Mittel zur Veränderung und Gestaltung – und haben sogar Spaß daran? Leiden Frauen unter Perfektionismus oder einem zu großen Harmoniebedürfnis? Sind Frauen, die sich der „Machtfrage“ stellen, automatisch humorlos und



verbissen? Ist Konkurrenz etwas Negatives, oder kann sie auch Ansporn sein? Hundert Frauen und Mädchen kamen zusammen, um sich einen Tag lang im Rahmen eines „Open Space“ mit diesen Fragen zu befassen.

Erfolg macht einsam und schafft Neid – auf Feedback und Harmonie muss da meist verzichtet werden. Diese Erfahrung hat Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, langjährige Justizsenatorin a.D., gemacht. In ihrem Impulsreferat machte sie deutlich, dass dies Begleiterscheinungen des Erfolgsgeschäftes sind, der Spaßfaktor jedoch trotzdem keineswegs zu kurz kommen muss! Vielfältige Arbeitsgruppen bildeten sich an diesem Tag zu Themen wie „Männlicher versus weiblicher Führungsstil“, „Tipps zur Übernahme von Macht in komplexen Organisationen“, „Wie realisiere ich erfolgreich meine Ziele?“ etc. Sicherlich wurden nicht alle Fragen und Zweifel beseitigt, aber diese Veranstaltungsmischung aus Brainstorming und

gegenseitigem Management-Training war für die meisten ein echter Gewinn.

● *Plus Kind = Minus Karriere?*  
*Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie*  
(Internationales Forum in Berlin, 8. November)

Frauen machen – trotz gleichen Bildungsniveaus – die Erfahrung, dass männliche Kollegen den Aufstieg in höhere Positionen schneller und weiter schaffen. Frauen mit Kindern stehen vor noch größeren Schwierigkeiten, wenn sie Karriere machen wollen: Ganztags-Kindertagesstätten sind rar. Frauen, die weiterhin berufstätig bleiben, entscheiden sich oft für Teilzeitjobs – 87 Prozent der Teilzeitjobs werden von Frauen ausgeübt. Die gesetzlich gesicherte Elternzeit wird bislang erst von zwei Prozent der Männer wahrgenommen. Damit verhärtet sich die Diskrepanz zwischen dem Familienernährer-Mann und der

– neudeutsch – „Familienmanagerin“-Frau. Also: Plus Kind = Minus Karriere?

In den drei Impulsreferaten aus Finnland, Frankreich und Großbritannien sowie in der Diskussion wurde deutlich, dass die Phase der Familiengründung der Knackpunkt in der deutschen Gleichstellungspolitik ist. Deshalb waren sich die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer – von Jungunternehmerin Bärbel Boy bis zur Europapolitikerin und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Karin Junker – in einem ganz einig: Schwerpunkt einer neuen Geschlechterpolitik muss der Rollenwandel im familiären Bereich sein. Die Engländerin Liz Bavidge brachte die deutsche Familienmisere, in der die Kindererziehung nach wie vor Frauensache ist, auf den Punkt: „Mütter haben Kinder. Aber Kinder haben Eltern.“





● *S.O.S. Familie!*  
(Podiumsdiskussion in  
Berlin, 15. April)

Es ist ein hochpolitisches und ganz persönliches Buch: „S.O.S. Familie – Ohne Kinder sehen wir alt aus“ von Renate Schmidt. Grund genug für das Forum Politik und Gesellschaft und den Rowohlt-Verlag Berlin, zu einer Podiumsdiskussion und gleichzeitig Buchpräsentation einzuladen. Renate Schmidts Thesen sind brisant: Elternzeit sei eine Falle, weil eine langjährige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit die Rückkehr in den Beruf entscheidend erschwere. Nicht die Ausbildung junger Frauen müsse man fördern, sondern die Ausbildung junger Männer, ihre Rolle als Väter auch wirklich wahrzunehmen. Die Wahlfreiheit zwischen Beruf und Kindern löse keine Probleme – heute müsse es darum gehen, Kinder und ihre Bedürfnisse in das Erwerbsleben zu integrieren.

### **Blick in europäische Nachbarländer**

Das vielfach kritisierte deutsche Modell des Ehegattensplittings findet sich in keinem anderen Staat Europas. In Frankreich sind 90 Prozent aller Alleinerziehenden berufstätig. Das deutsche Ausgabenvolumen für familienpolitische Leistungen ist zwar ebenso groß wie in Schweden, jedoch völlig anders gewichtet: Nur 28 Prozent der schwedischen Gelder sind Transferleistungen wie Kindergeld und Steuerentlastungen; 72 Prozent fließen in Schule und Betreuung. Ein Modell, das auch auf großes Interesse beim zahlreich erschienenen Fachpublikum stößt!

### **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Renate Schmidt weiß, wovon sie schreibt: Als alleinerziehende Mutter von drei Kindern und engagierte Politikerin (stellvertretende SPD-Vorsitzende, Vorsitzende des Forum Familie sowie

Vizepräsidentin a.D. des Deutschen Bundestages) hat sie die Realität für berufstätige Eltern hautnah erlebt. Sie erhebt daher konkrete Forderungen, damit die Bedürfnisse von Kindern, Müttern und Vätern endlich zum Tragen kommen: Länder und Kommunen sollten sich für mehr Ganztagschulen und -kindergärten einsetzen; Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten erkennen, dass sie sich selbst schaden, wenn sie junge, hochqualifizierte Mütter jahrelang in den Urlaub schicken. Eva Herman, TV-Moderatorin, weiß aus eigener Erfahrung und zahlreichen persönlichen Gesprächen, wie sich das Leben berühmter Fernsehfrauen vor den Augen der Nation mit dem privaten Leben vereinbaren lässt und hat diese Erkenntnisse in dem Buch „Fernsehfrauen in Deutschland“ verarbeitet. Auch bei diesen Frauen stellt sich die Frage der Kinderbetreuung als primäres Problem.

## Recht auf individuelle Lebensentwürfe

Renate Schmidts Buch, so Dr. Warnfried Dettling, Publizist und ehemaliger Chef der CDU-Planungsgruppe, führe aus parteipolitischen Schützengräben heraus und versuche, die Balance zwischen dem Grundbedürfnis nach familiärer Geborgenheit, dem Recht auf individuelle Lebensentwürfe und der Gleichberechtigung herzustellen. Auch er hält Familienpolitik keineswegs für ein „weiches Weibethema“, wie Renate Schmidt sich ausdrückt, und schließt sich ihren Wünschen nach mehr Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft, einem besseren Familienlastenausgleich und ausreichenden Betreuungsstrukturen an.

● *Tatort Familie – Neues vom Kampf gegen häusliche Gewalt* (Podiumsdiskussion in Berlin, 15. Mai)

Gewalt im öffentlichen Raum ist spätestens seit dem Amoklauf von Erfurt ein brennendes Thema in Deutschland. Aber Gewalt findet nicht nur öffentlich statt: Körperliche wie seelische Gewalt gehört in vielen Familien zum Alltag. Sie wird von den Opfern wie auch von den Tätern häufig als „Privatsache“ angesehen. Über diese Erfahrungen zu sprechen, kommt einem Tabubruch gleich. Dieses Tabu durchbrach „Tatortkommissar“ und Buchautor Jochen Senf als Podiumsgast der Veranstaltung und sprach über seine eigenen Erfahrungen als Opfer häuslicher Gewalt. Deutlich wurde durch seinen Beitrag, dass es nicht ausschließlich Frauen und Kinder sind, die Gewalt erleiden.

Durch das Anfang 2002 verabschiedete Gewaltschutzgesetz mit dem Prinzip „Der Schläger geht, das Opfer bleibt“ sind die Opfer häuslicher Gewalt nun nicht mehr gezwungen, Zuflucht in Frauenhäusern zu suchen und dadurch ganze Familien zu entwurzeln. Gerd Neubeck, Vize-Polizeipräsident von Berlin, erklärte, dass bereits in diesem Jahr in Berlin 150 solcher „Platzverweise“ an Täter ausgesprochen wurden. Bundesministerin Dr. Christine Bergmann betonte, dass es notwendig sei, private Gewaltdelikte auch empirisch zu erfassen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat deshalb eine derartige Studie in Auftrag gegeben. Auch Polizeischulungen können langfristig dazu führen, dass das Gewaltschutzgesetz als „Aktion Platzverweis“ ein echter Erfolg wird.





## Landes- und Regionalbüros Ostdeutschland

### Landesbüro Brandenburg

#### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Frauen im Islam* (Seminar in Kröchlendorff, 3.-5. Mai)
- *„Hexenküche“ – Frauenpolitische Visionen am Beginn des 21. Jahrhunderts* (Seminar in Lübbenau, 24.-26. Mai)
- *„Nie mehr sprachlos!“ – Handeln in Politik und Gesellschaft durch freies Reden* (Rhetorik-Seminar für Frauen in Birkenwerder, 21.-23. Juni und 25.-27. Oktober, sowie in Hohenbuckow, 23.-25. August)
- *Konflikt als Chance – Gesprächs- und Persönlichkeitstraining für Frauen* (Seminar in Geltow, 28.-30. Juni, und in Fredersdorf-Vogelsdorf, 15.-17. November)
- *Gender Mainstreaming in Theorie und Praxis: Die Europäische Union verlangt Beachtung und Umsetzung* (Konferenz in Senftenberg, 9. September)

### Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

#### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Alptraum Arbeitsplatz – Strategien gegen Mobbing* (Seminar für Frauen in Güstrow, 11.-13. Januar, und in Schwerin, 13.-15. September)
- *„Andere führen heißt, sich selbst zu führen“ – Stärkung personaler Kompetenzen von Frauen in Politik und Öffentlichkeit* (Seminar für Frauen in Rostock, 14.-16. März)
- *Handwerkszeug für Frauenprojektarbeit: Vereinsrecht* (Seminar für Frauen in Greifswald, 11. September)
- *Handwerkszeug für Frauenprojektarbeit: Selbstmanagement* (Seminar für Frauen in Greifswald, 23. Oktober)
- *Frauenrealitäten in Ost und West – Unsere Erwartungen an die Politik nach der Landtags- und Bundestagswahl* (Seminar für Frauen in Göttingen, 1.-3. November)

## Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Alptraum Arbeitsplatz – Strategien gegen Mobbing* (Seminar für Frauen in Güstrow, 11.-13. Januar, und in Schwerin, 13.-15. September)

Die Bilder von vermeintlichen Täterinnen und Opfern bei Mobbing trügen – sind doch letztlich beide Opfer eines stetig an Schärfe zunehmenden Kampfes um immer weniger Arbeitsplätze. Im Mittelpunkt der Seminare standen folgende Fragen:

- Wie entstehen Täterinnen- und Opferrollen, und wie komme ich da raus?
- Wo setze ich meine Grenzen, und wie verteidige ich sie?
- Wie kann ich als Frau offen mit anderen Frauen konkurrieren?
- Wie stehe ich anderen Frauen bei?

- *Frauenrealitäten in Ost und West – Unsere Erwartungen an die Politik nach der Landtags- und Bundestagswahl* (Seminar für Frauen in Göttingen, 1.-3. November)

Das Seminarziel bestand darin, neue Verhaltens- und Handlungsperspektiven zu entwickeln und die praktische Anwendbarkeit der Lerninhalte im Alltag einer jeden Teilnehmerin zu erarbeiten.

Am Beispiel des Gender Mainstreamings wurden neue Politikansätze zur Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter diskutiert. Ausgehend von den unterschiedlichen herkunftsbedingten Erfahrungen der Teilnehmerinnen aus alten und neuen Bundesländern wurden eigene Erwartungen und Forderungen an die Politik formuliert. Gleichzeitig wurde der Versuch einer Synthese von privaten und politischen Erwartungen unternommen.



## Landesbüro Sachsen

### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Mentoring – Die Gleichstellungsproblematik heute und Projekte zu Gender Mainstreaming in Sachsen* (Forum in Leipzig, 17. April)
- *Gewalt in Familien wirkungsvoll bekämpfen – die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Sachsen* (Fachtagung in Leipzig, 25. September)

## Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Mentoring – Die Gleichstellungsproblematik heute und Projekte zu Gender Mainstreaming in Sachsen* (Forum in Leipzig, 17. April)

Ausgangspunkt der Veranstaltung war der Befund, dass Frauen in Entscheidungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich unterrepräsentiert sind. Beispiel Hochschule: Sind inzwischen mehr als 50 Prozent der Studienanfänger in Sachsen Frau-

en, so verringert sich deren Anteil bis hin zu den Professorinnenstellen auf weniger als 5 Prozent. Als ein neuer Ansatz, dieses Ungleichverhältnis künftig verringern zu können, gilt „Mentoring“. Durch eine Mentorin in einer Führungsposition bekämen junge Frauen die Chance, als Mentee indirekt erste Führungserfahrungen zu sammeln und zu reflektieren sowie Netzwerke für die spätere Berufstätigkeit zu knüpfen. Ziel von Mentoring ist es, Frauen zu einer Karriere zu ermuntern und sie in ihrer Laufbahn zu unterstützen. Erfolg-



reiche Frauen könnten anschließend als Mentorinnen für künftige Mentees aktiv werden. Dieses Konzept wird in der Wirtschaft bereits länger praktiziert und ist inzwischen auch in einigen Pilotprojekten an Hochschulen erfolgreich angewendet worden. Das Forum beschäftigte sich außerdem mit Projekten zu Gender Mainstreaming in Sachsen – speziell damit, wie diese Strategie auch an sächsischen Hochschulen Anwendung finden kann und sollte.

● *Gewalt in Familien wirkungsvoll bekämpfen – die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Sachsen* (Fachtagung in Leipzig, 25. September)

„Wenn Sie – als Opfer oder als Täter – Gewalterfahrung machen wollen, dann gründen sie eine Fa-

milie.“ So lautete der provokative Einstieg von Professor Kai-D. Bussmann, Familienrechtsexperte von der Universität Halle. Gewalt in der Familie sei ein schwerwiegendes Problem, da sie versteckt stattfindet und somit sozial unsichtbar bleibt. Durch das neue Gewaltschutzgesetz hat das Opfer durch den Wohnungsverweis des Täters die Möglichkeit, Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen, ohne aus dem bisherigen Lebensumfeld herausgerissen zu werden. Ein geändertes Anzeigeverhalten führe inzwischen zu einem statistischen Anstieg häuslicher Gewalttaten.

Roger Fladung, Polizeioberrat aus Niedersachsen, berichtete von Schulungen der Polizeibeamtinnen und -beamten, um die gesetzlichen Bestimmungen auch in der Praxis umsetzen zu können. Auch wurde eine Handreichung

für die Polizeibeamtinnen und -beamten erarbeitet mit Informationen z.B. über „unlogisches Opferverhalten“ oder den Umgang mit ausländischen Frauen.

In Sachsen fehle eine dem niedersächsischen Beispiel entsprechende Änderung im Polizeigesetz, durch welche die Polizei überhaupt entsprechende Rechtssicherheit bei der Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes erlange, so Dr. Gisela Schwarz, Mitglied des Sächsischen Landtages. Wichtig sei auch die enge Zusammenarbeit der Polizei mit Frauenhäusern, Beratungsstellen und Gerichten. Holger Tschense, Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Leipzig, schlug zur Verbesserung des Informationsflusses eine Koordinationsstelle in Trägerschaft von Kommune und Land vor.

## Landesbüro Sachsen-Anhalt

### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- „Jetzt rede ich!“ – Rhetorik für Frauen in Gesellschaft und Politik (Seminar in Stendal 25.-27. Januar)
- *Selbstbewusstsein für Frauen: Die eigenen Interessen finden und durchsetzen lernen* (Seminar in Bad Kösen, 26./27. April)
- *Kinder, Beruf, Partnerschaft – Wie kriegt frau / man das alles hin? Bausteine für eine Familienpolitik der Zukunft* (Podiumsdiskussion in Halle, 23. Mai)
- *Konflikt als Chance – Gesprächs- und Persönlichkeits-training für Frauen* (Seminar in Stendal, 14.-16. Juni)
- *Frauen im Islam: Entsteht eine islamische Frauenbewegung?* (Vortrag in Magdeburg, 17. Oktober)

### Ausgewählte Veranstaltungsberichte

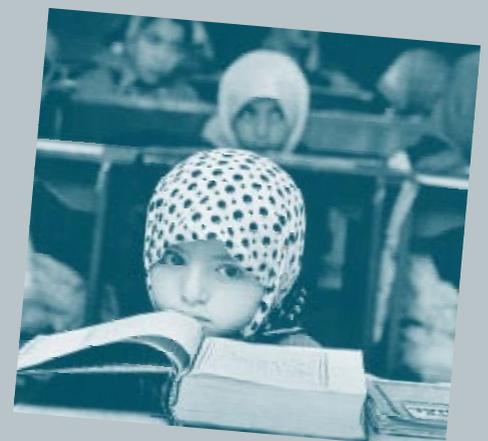
- *Kinder, Beruf, Partnerschaft – Wie kriegt frau / man das alles hin? Bausteine für eine Familienpolitik der Zukunft* (Podiumsdiskussion in Halle, 23. Mai)

Bei der Podiumsdiskussion mit Christel Riemann-Hanewinkel, MdB, und Thomas Claus, Gender-Institut Sachsen-Anhalt, ging es

vor allem um die Diskussion der zukünftigen Aufgaben und Schwerpunkte der Familien- und Frauenpolitik. Im Vordergrund stand die Schaffung von Bedingungen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen bzw. erleichtern.

- *Frauen im Islam: Entsteht eine islamische Frauenbewegung?* (Vortrag in Magdeburg, 17. Oktober)

Über Stellung und Rolle von Frauen in islamisch geprägten Gesellschaften gibt es nur sehr wenig Informationen und Wissen – Klischees und Halbwissen dominieren. Dr. Irene Schneider vom Institut für Orientalistik der Universität Halle machte deutlich, wie komplex und vielschichtig die Situation ist. Sie wies auch darauf hin, dass es eine sich entwickelnde Frauenbewegung in islamischen Ländern gibt.





*Schwerpunkt dieses Arbeitsbereichs ist die politische Bildung. In NRW, Hessen, Niedersachsen, Saarland und Rheinland-Pfalz werden entsprechende Veranstaltungen angeboten. Frauen- und genderpolitische Themen werden insbesondere vom Referat Frauenpolitik NRW und vom Regionalbüro Rheinland-Pfalz (Mainz) aufgegriffen.*

## Gesellschaftspolitische Information

### Referat Frauenpolitik NRW

#### Ausgewählte Veranstaltungsberichte

● *Wirtschaftsstandort Deutschland – Vereinbarkeit von Familie und Beruf*  
(Forum Wirtschaft und Familie in Düsseldorf, 2. Mai)

„Die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft hängt ganz wesentlich davon ab, ob und in welcher Weise es gelingt, eine Balance von Familien-, Erwerbs- und freiwilliger gesellschaftlicher Arbeit herzustellen. Dazu gehört vor allem die gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen und die partnerschaftliche Arbeitsteilung der Familienarbeit“, so Birgit Fischer, Ministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, in ihrem Einführungsreferat.

#### Arbeitszeitgestaltung als Zukunftsinvestition

In ihrer Presseerklärung macht Ministerin Birgit Fischer deutlich, dass die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun könnten. „Finanzielle Anreize reichen gut ausgebildeten Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeitern nicht mehr. Vielmehr erwarten immer mehr Eltern flexible Arbeitszeitregelungen, die es ihnen erlauben, Beruf und Familie zu vereinbaren.“ Auch für die Gewerkschaften sei Arbeitszeitpolitik der wichtigste Ansatzpunkt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so Magret Mönig-Raane, stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. „Wir wollen alle gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Hebel in Bewegung setzen, damit Männer und Frauen Erwerbsleben, Familienaufgaben und private Interessen besser als bisher unter einen Hut kriegen.“ Hierzu müssten per Tarifvertrag Arbeitszeitsouveränität und neue Arbeitsformen abgesichert werden, so die Gewerkschafterin.

#### Wettbewerbsvorteile durch familienfreundliche Personalpolitik

Hans Georg Crone-Erdmann, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW, sowie Dr. Heinz Klinkhammer, Personalvorstand der Deutschen Telekom AG, stimm-

ten darin überein, dass der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen wesentlich von der Entfaltung der Potenziale von Menschen am Arbeitsplatz abhängt. Ein ausgeglichenes Berufs- und Privatleben würden Arbeitsleistung und Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheidend fördern. Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeit bestimmten daher die Personalpolitik zukunftsorientierter Unternehmen immer deutlicher. Dabei gewinnen individuelle Arbeitszeitmodelle, die den unterschiedlichen Lebensphasen von Frauen und Männern entsprechen, für eine erfolgreiche Personalpolitik an Bedeutung.

#### Work-Life-Balance bei der Deutschen Telekom

Personalvorstand Dr. Klinkhammer machte deutlich, dass sich die Deutsche Telekom als zukunftsorientierter Konzern der tatsächlichen Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie dem Ziel der Work-Life-Balance selbstverpflichtet hätte. Um in der privatwirtschaftlichen Unternehmenslandschaft auch zukünftig als Modell für „best practice“ im

Bereich Gleichstellung und Chancengleichheit aufzutreten, setze das Unternehmen Standards durch eine systematische, innovative Gleichstellungspolitik. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine breite Maßnahmenpalette: u.a. Kinderbetreuungsangebote und Integration eines neuen Männerleitbildes, bei dem die partnerschaftliche Beteiligung an Familienarbeit und Kindererziehung im Vordergrund steht. Allerdings musste Dr. Klinkhammer in der anschließenden Diskussion einräumen, dass eine Befragung von 5.000 Beschäftigten bei der Deutschen Telekom ergeben hatte, dass für 90 Prozent das Gleichgewicht zwischen Beruf und Privatleben ausgesprochen wichtig sei, aber nur knapp ein Drittel dieses Gleichgewicht verwirklichen kann.

### Grenzziehung zwischen privat und beruflich

In der Diskussion wurde vor allem Kritik an der Unternehmens- und Personalpolitik in der Privatwirtschaft geäußert, die immer noch zu wenig Rücksicht auf die Familienbelange der Beschäftigten nähme. Die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben würden verschwimmen und Übergriffe auf das Privatleben zunehmen. Dadurch kämen die Bedürfnisse und Belange der Familie zwangsläufig zu kurz. Unter den Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern bestand breiter Konsens darüber, dass von Politik und Wirtschaft mehr zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Verwirklichung von Chancengleichheit getan wer-

den müsse. Insbesondere wurden mehr und preiswertere ganztägige Kinderbetreuungsangebote in NRW, bessere Zugangschancen für Frauen zu qualifizierten Voll- und Teilzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft sowie mehr Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung angemahnt.

● *Chancengleichheit in der Privatwirtschaft: Neuere Initiativen und Weichenstellungen in Deutschland und in der EU auf dem Prüfstand* (Workshop in Bonn, 21. Oktober)

Zentraler Themenschwerpunkt des Workshops war die im Juni 2002 vom Europäischen Parlament angenommene Reform der Richtlinie zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, die den Schutz von Frauen vor Diskriminierungen im Beruf maßgeblich konkretisiert. „Die geänderte Richtlinie wird sich als Motor für Gleichstellung in einer erweiterten Europäischen Union erweisen“, so Lissy Gröner, frauenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Zu den Errungenschaften der neuen Richtlinie gehören:

- Die Begriffe „sexuelle Belästigung“, „unmittelbare“ und „mittelbare“ Diskriminierung werden definiert.
- Die neue Richtlinie verbietet Diskriminierung gegenüber Frauen in Zusammenhang mit Schwangerschaft und Mutterschaft.
- Die Bestimmungen des Vertrags von Amsterdam über Ver-





günstigungen zugunsten des unterrepräsentierten Geschlechts wurden in die Richtlinie aufgenommen.

- Die beteiligten Sozialpartner und EU-Mitgliedsstaaten werden in die Pflicht genommen, sowohl präventive Maßnahmen zu ergreifen, als auch bei Verstößen gegen die Richtlinie Sanktionen auszusprechen.

- Die Mitgliedsstaaten sind aufgefordert, unabhängige nationale Gleichstellungsstellen einzurichten, die die Verwirklichung von Gleichstellung überwachen; alle 4 Jahre über den aktuellen Umsetzungsstand zu berichten; Bestimmungen in Verträgen oder Vereinbarungen, die im Widerspruch zu dieser Richtlinie stehen, zu ändern oder für hinfällig zu erklären; die Richtlinie bis spätestens 2005 umzusetzen.

### Positive Resonanz

Die neue Richtlinie wurde von den Referentinnen, der Gewerkschafterin Anne Jenter, Leiterin der Abteilung Frauen und Gleichstellung beim DGB-Bundesvorstand, der Rechtsreferentin des Deutschen Frauenrats Christel Riedel, sowie Ingrid Weber, Vorsitzende der Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht des Deutschen Juristinnenbundes und Vorsitzende Richterin

am Landesarbeitsgericht Berlin, insgesamt positiv beurteilt. Allerdings waren sich Referentinnen und Expertinnen darüber einig, dass es in Deutschland hinsichtlich ihrer Umsetzung noch erheblichen – nicht zuletzt auch gesetzlichen – Handlungsbedarf gibt. Sie forderten daher gesetzliche Regelungen zur Umsetzung der EU-Richtlinie: ein Gesetz gegen sexuelle Diskriminierung am Arbeitsplatz, ein Gleichstellungsgesetz mit festgelegten Mindeststandards und die Einführung der Verbandsklage.

### Vereinbarung zur Chancengleichheit in der Privatwirtschaft

Die Diskussion über den aktuellen Stand der Umsetzung der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft vom Juni 2001 bildete einen weiteren Themenschwerpunkt auf dem Workshop. Brigitte Unger-Soyka, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, berichtete über die Arbeitsgruppe „Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft“, die die Umsetzung

der Vereinbarung begleitet. Sie wies darauf hin, dass die Umsetzung der Vereinbarung im Jahre 2003 bilanziert wird. Nur bei einer erfolgreichen Umsetzung hätte sich die Bundesregierung vertraglich verpflichtet, auf ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zu verzichten.

● *Unisex-Tarife in der betrieblichen Altersvorsorge* (Workshop in Berlin, 30. September/1. Oktober)

In Kooperation mit der Equality-Arbeitsgruppe „Soziale Sicherung und Rentenreform“ der Hans-Böckler-Stiftung wurden mehrere Treffen bzw. Workshops mit Expertinnen und Experten durchgeführt, um die Auswirkungen der Neuregelung der Rente unter Genderperspektive zu diskutieren. Die Equality-Arbeitsgruppe hatte sich als Antwort auf das nationale „Bündnis für Arbeit“ in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gegründet. In mehreren Stellungnahmen hat sich die Gruppe seither mit der Neuregelung der Rente und ihrer Auswirkung auf Frauen beschäftigt.



### Staatliche Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge

Auf dem Workshop diskutierten Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Recht unter arbeits- und verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten die staatliche Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Im Rahmen aktueller Vertragsabschlüsse zur Betriebsrente bietet die Versicherungswirtschaft unterschiedliche Vertragsbedingungen für Frauen und Männer an. Daraus folgt, dass bei gleicher Einzahlung Frauen aufgrund statistisch längerer Lebenserwartung monatlich weniger Rente erhalten als Männer. Ulrich-Arthur Beck, Professor für

Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Bamberg, schätzte in seinem Vortrag die unterschiedlichen Tarife als verfassungsrechtlich höchst bedenklich ein und sah darin einen eindeutigen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und das Sozialstaatsprinzip. Auch Detlef Hensche, Rechtsanwalt und ehemaliger Gewerkschaftschef der IG Medien, sah in unterschiedlichen Tarifen bei Betriebsrenten einen Verstoß gegen den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Frauen müssten mehr sparen als Männer, um ihre Versorgungslücke im Alter zu schließen. Die Höchstgrenze, bis zu der die Sparraten steuerlich begünstigt werden, sei jedoch für Männer und Frauen gleich.

### Forderung nach Unisex-Tarifen

Die Vertreterinnen der Equality-Arbeitsgruppe forderten ein Verbot unterschiedlicher Tarife für Männer und Frauen in den neuen Betriebsrenten und eine entsprechende Nachbesserung des Betriebsrentengesetzes. Die bisherigen Zertifizierungskriterien, die Voraussetzung für eine staatliche Förderung sind, sollten um das Kriterium der geschlechtsneutralen „Unisex-Tarife“ erweitert werden. Mit diesen Forderungen wandte sich die Equality-Arbeitsgruppe im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme im Oktober 2002 an die im Bundestag vertretenen Parteien sowie an die Presse.

## Regionalbüro Rheinland-Pfalz, Mainz

Das Regionalbüro führte verschiedene Seminare und Podiumsdiskussionen durch, in denen Frauen- und Genderthemen behandelt wurden.

Ein Ziel der Veranstaltungen bestand darin, Frauen in den für die politische Arbeit notwendigen Kompetenzen zu stärken. Außerdem boten die Seminare die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung der Frauen untereinander. Beispielhaft für diese Aktivitäten sei das Seminar „Weibliche Autorität und Qualifizierung

im politischen Management“ genannt.

An den Podiumsdiskussionen nahmen Frauen und Männer teil. Ziele dieser Veranstaltungen sind Information und Stärkung der politischen Position im zivilgesellschaftlichen Alltags- und Berufsleben. Zur Integration von Fragen des Geschlechterverhältnisses eigneten sich insbesondere Themen des Berufslebens, so z.B. Genderaspekte bei Berufsabschlüssen, Stellenvergabe, Arbeitsformen und Arbeitszeitgestaltung. Auch die

PISA-Studie wurde aus Geschlechterperspektive diskutiert, so z.B. die Aspekte Bildung und Persönlichkeit sowie Elternrollen. Auch Themen wie bürgerschaftliches Engagement, politische Partizipation und Zukunft der Familie wurden in der Arbeit des Regionalbüros Rheinland-Pfalz aufgegriffen, u.a. in den Veranstaltungen „Mit Familie – für Familie: Kommunales Netzwerk für junge Eltern“ und „Islamische Frauen zwischen Tradition und westlichen Gesellschaftsordnungen“.



Ein breit gefächertes Angebot an politischer Bildung steht im Mittelpunkt dieses Arbeitsbereichs. Politikvermittlung, Kompetenztraining und Beratung sowie gesellschafts-politische Weiterbildung in unterschiedlichen Veranstaltungsformen und für verschiedene Zielgruppen sind hier beispielhaft zu nennen. Ergebnisse feministischer Kritik, frauen-politische Strategien und der Ansatz des Gender Mainstreaming werden bei der Themenwahl und der Gestaltung der politischen Bildungsarbeit berücksichtigt.

## Akademie der Politischen Bildung

### Akademie Frankenwarte, Würzburg

#### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

- *Hinter den sieben Bergen – Deutschlandbilder aus vier Jahrzehnten* (Lesung, 10. Januar)
- *Die Gleichstellung der Frau – Theorie und Praxis im Bundesgrenzschutz* (Seminar, 4.-6. März)
- *Männer Macht und Frauen-Power – Wie steht es mit der Chancengleichheit der Geschlechter im Beruf, in der Familie und in der Politik?* (Seminar, 26.-28. April)
- *Gender Mainstreaming – rechtliche und politische Grundlagen sowie praktische Konsequenzen* (Seminar, 6./7. Mai)
- *Konflikte konstruktiv bearbeiten – Kreativität entfalten! In der Familie, in der Arbeitswelt, in der Politik* (Seminar mit parallelem Kinderprogramm, 29. Juli-2. August)
- *Frauengesundheit ist mehr... – 15. Würzburger Frauenwoche* (Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit der Journalistin Chantal Louis, 13. Oktober)
- *Gender Mainstreaming in der Praxis* (Seminar für Frauenbeauftragte in Landesbehörden und Ämtern, Mitarbeiterinnen und Leiterinnen von Gleichstellungsstellen und Frauenbüros sowie frauenpolitisch aktive und interessierte Bürgerinnen, 7./8. November)
- *Welcome to WTO!? Deregulierung, Entwicklung und das Nord-Süd-Verhältnis* (Seminar der Reihe „Frauen und Weltwirtschaft“ für entwicklungspolitisch interessierte Frauen in Zusammenarbeit mit dem Marie-Schlei-Verein, 15.-17. November)
- *Wer hat Angst vor Lara Croft? Action-Heldinnen als Verkörperung von Frauenpower oder Frauengewalt? Sinnbilder neuer Frauenrollen?* (Film-Seminar, 22.-24. November)

#### Ausgewählte Veranstaltungsberichte

- *Gender Mainstreaming – rechtliche und politische Grundlagen sowie praktische Konsequenzen*  
(Seminar, 6./7. Mai)

Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte sowie frauenpolitisch interessierte jüngere und ältere Bürgerinnen waren angereizt. Von ernüchternden Erfahrungen mit Gender Mainstreaming und großer Skepsis wurde berichtet. „Allein der englische Begriff wirkt befremdlich“, meinte eine Teilnehmerin. Doch schnell wurde klar, dass es sich hierbei um einen richtungsweisenden Fachbegriff handelt.

#### Was ist „Gender Mainstreaming“?

Gender Mainstreaming bezeichnet das Prinzip und die Methode, in allen Politikbereichen das Geschlechterverhältnis (Gender) zu berücksichtigen. Dieses in die „Hauptströmung zu bringen“ (Mainstreaming) bedeutet, alle Erfahrungen und Maßnahmen daraufhin zu untersuchen, wie sie sich auf die Lebenssitua-

tionen von Männern und Frauen auswirken. Mit „Gender“ wird im Unterschied zum biologischen Geschlecht „sex“ verdeutlicht, dass es um kulturell geprägte und historisch gewachsene Geschlechterrollen von Frauen und Männern geht. Und diese somit auch politisch gestaltbar sind.

### Begriff als Strategie

Um die soziale Ungleichheit von Frauen und Männern abzubauen, bedarf es neuer Methoden – so lautet die Idee. Marianne Weg, die jahrelang in der Frauenpolitik aktiv war und nun als Expertin Gender Mainstreaming-Prozesse in Kommunen und Unternehmen begleitet, erklärte, dass der Begriff eine Strategie bezeichnet, mit der mehr Chancengleichheit hergestellt werden soll. Wenn etwa in einer Kommune wichtige Entscheidungen anstehen, sollten folgende Fragen einbezogen werden: Wie sieht in dem betreffenden Bereich das Geschlechterverhältnis aus? Wie wirkt sich das geplante Vorhaben auf die Situation von Frauen und Männern aus? Wie kann ein Beitrag zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter geleistet werden? Dass es der Politik mit Gender Mainstreaming ernst ist, zeigen zahlreiche Initiativen. Die rechtliche Verpflichtung zu Gender Mainstreaming ist für die EU-Mitgliedsstaaten im Amsterdamer Vertrag festgehalten worden. Die Mittelvergabe für verschiedene EU-Förderprogramme wurde an die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming geknüpft. In Deutschland verpflichtet das Grundgesetz, das Kinder- und Jugend-

hilfegesetz sowie das Job-AQTIV-Gesetz zu Gender Mainstreaming. Doch die konkrete Umsetzung des Gender Mainstreaming ist noch nicht so weit fortgeschritten wie die formale Verankerung.

### Gefährdet Gender Mainstreaming die Frauenpolitik?

„Machen wir uns selbst überflüssig, wenn wir Gender-Prozesse in Gang bringen?“, lautete die Befürchtung einer teilnehmenden Gleichstellungsbeauftragten. In Stuttgart zum Beispiel führte Gender Mainstreaming zwar zu einem neu geschaffenen „Referat zur Förderung individueller Chancengleichheit“, dafür wurde aber das Frauenbüro abgeschafft. Solange jedoch die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen nicht erreicht ist, bleibt Frauenpolitik nötig. Doppelstrategie also: Gender Mainstreaming plus Frauenpolitik!

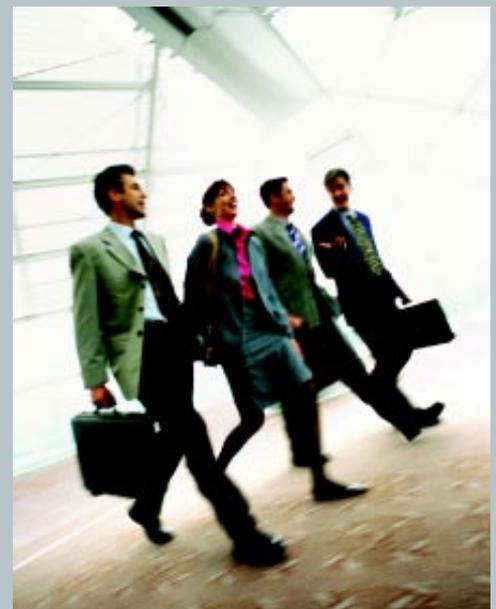
### Wertvolle Erkenntnisse

Für die Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten war es eine wichtige Erkenntnis, dass nicht sie die Aufgabe haben, Gender Mainstreaming durchzusetzen. Zwar können Gleichstellungsbeauftragte Gender Mainstreaming-Prozesse in der Institution als Expertinnen unterstützen, aber grundsätzlich muss die Führungsebene Gender Mainstreaming wollen und steuern. Teilnehmerinnen aus anderen beruflichen Zusammenhängen interessierten sich besonders für die Entwicklung einer Gender-Perspektive für ihren jeweiligen Arbeitsbereich wie z.B. Bildung, Journalismus, Gewerkschaft,

Erziehung in der Familie und für das Verhältnis von „Gender Mainstreaming“ und „Managing Diversity“.

● *Männer Macht und Frauen Power – Wie steht es mit der Chancengleichheit der Geschlechter im Beruf, in der Familie und in der Politik?*  
(Seminar, 26.-28. April)

Wie steht es im Jahr 2002 mit der Gleichberechtigung der Geschlechter? Gibt es ihn wirklich,





den „neuen Mann“? Was ist aus den Zielen der Frauenbewegung geworden? Darüber diskutierten weibliche und männliche Teilnehmende des Seminars, das in Kooperation mit der „Frankfurter Sozialschule“ stattfand.

### „Neuer Mann“ in Sicht?

Es gibt ihn, den „neuen Mann“: 20 Prozent der deutschen Männer haben sich bereits von traditionellen Rollenbildern verabschiedet. Sie verwechseln „Männlichkeit“ nicht mehr mit Machotum und trauen sich, Gefühle zu zeigen. Sie sind verantwortungsvolle Väter, die ihren Part in der Familie nicht nur als Geldbeschaffer sehen, sondern auch Teilzeit arbeiten, um sich um ihre Kinder kümmern zu können. „Männer im Aufbruch“ heißt die Studie, deren Ergebnisse Martin Rosowski, Leiter der EKD-Männerarbeit, vortrug. Sie wurde im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Gemeinschaft Katholischer Männer erstellt, um die Selbstdefinition von Männern zu untersuchen. Auch die Männer müssen sich bewegen. Und das tun sie, wenn auch noch zu wenige. Ein Grundschullehrer äußerte den Wunsch nach Angeboten qualifizierter Jungenarbeit und nach antisexistischen Unterrichtsmaterialien. „Die

Jungen haben zu wenig männliche Vorbilder, die ihnen andere Rollenmuster vorleben“, bestätigte Martin Rosowski und forderte mehr männliche Erzieher und Lehrer in Kindergärten und Grundschulen. Außerdem müsse man die Politik stärker in die Pflicht nehmen, um für Männer und Frauen bessere Rahmenbedingungen für neue Rollenmodelle zu schaffen.

### Paradigmenwechsel in der Frauenbewegung

Dass die Frauen rund 30 Jahre nach Beginn der Frauenbewegung schon eine Menge gewonnen hätten, erläuterte Chantal Louis. Die 32-jährige Kölner Journalistin, die sechs Jahre Redakteurin bei der Zeitschrift „Emma“ war, vertrat im Seminar die Generation der „Töchter der Frauenbewegung“. „Die Frauenbewegung hat sich in die Institutionen verlagert. Frauen aus der Generation der Frauenbewegung sind heute auf den höchsten Stufen der Karriereleiter angekommen und machen als Ministerin, Professorin oder Verfassungsrichterin Frauenpolitik.“ Als Beispiele für die Errungenschaften der Frauenbewegung nannte die Journalistin den ersten Frauengesundheitsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2001 und das seit dem

1. Januar 2002 gültige Gewaltschutzgesetz: Während die Gründerinnen des ersten Frauenhauses 1975 in Berlin noch Hohn und Spott über sich ergehen lassen mussten und die Existenz häuslicher Gewalt schlicht geleugnet wurde, können prügelnde Ehemänner heute von der Polizei aus der Wohnung gewiesen werden.

### Alles erreicht?

Dass aber so viele junge Frauen heute so wenig frauenbewegt sind, sei ebenfalls auf die feministischen Erfolge zurückzuführen: „Gerade weil so viele Rechte so selbstverständlich geworden sind, glauben junge Frauen, es sei alles erreicht. Sie stoßen heute einfach später an Grenzen“, berichtete die Journalistin aus ihrer beruflichen Erfahrung mit Mädchen und jungen Frauen. Heutzutage würden junge Frauen erst gebremst, sobald sie einen bestimmten Punkt auf der Karriereleiter erreicht hätten oder wenn sie ihr erstes Kind bekämen. Dann würden sich viele darüber wundern, wie schnell die traditionelle Rollenverteilung wieder etabliert werde.

Voll Tatendrang, die gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen, gingen die Teilnehmenden nach Hause.

● *Hinter den sieben Bergen – Deutschlandbilder aus vier Jahrzehnten*  
(Lesung, 10. Januar)

„Deutschland – aus den Augen einer Schwedin ein schwieriges Heimatland für Frauen“ ließe sich die Botschaft der gebürtigen Schwedin Kaj Fölster zusammenfassen. Seit Ende 2001 liegt ihr Buch „Hinter den sieben Bergen – Deutschlandbilder aus vier Jahrzehnten“ in deutscher Übersetzung vor. Das Buch beschreibt die gesellschaftlich geprägte Rolle der deutschen Frauen und den durch Engagement und Kämpfe erreichten Wandel sowie die noch immer nicht erreichte Gleichbeteiligung in allen Lebensbereichen. Mit den analytischen Mitteln einer Sozialwissenschaftlerin und der Empathie einer politisch wachen und engagierten Bürgerin schil-

dert Kaj Fölster ihre Erfahrungen als Mutter, Berufstätige und politisch Aktive von den späten 50er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland bis zu den frühen 90er Jahren des wiedervereinigten Deutschlands. Die Lesung machte Lust, die mit Kaj Fölster begonnene Diskussion über deutsche Sozial- und Gleichstellungspolitik, über Aufgaben- und Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen fortzusetzen – im Familien- und Freundeskreis und vielleicht auch mit Politikerinnen und Politikern.

● *Wer hat Angst vor Lara Croft? Action-Heldinnen als Verkörperung von Frauenpower oder Frauengewalt? Sinnbilder neuer Frauenrollen?*  
(Film-Seminar, 22.-24. November)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vorwiegend Pädagogin-

nen und Pädagogen und in der Jugendarbeit Engagierte, wurden mit dem Phänomen des Computerspiels und den Spielfiguren als Identifikationsbilder für Jugendliche vertraut gemacht. Das Phänomen „Lara Croft“ wurde im Rahmen des Seminars aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, um der Frage nach der von dieser Figur ausgehenden medialen Faszination nachzugehen. Die älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer schätzten die Filmfigur eher negativ ein. Die jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren jedoch der Auffassung, dass die Film- und Spielfigur auf Grund einer erweiterten Weiblichkeitskonzeption Ansätze für die Einstimmung gerade jugendlicher Frauen auf eine neue Lebenswelteroberung vermitteln könne und beurteilten sie eher positiv.

## Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

● *Vor und nach dem Krieg: Intervention in Afghanistan und die Situation der Frauen* (Forumsveranstaltung in Tübingen, 13. April)

● *Familie und Beruf: Kinder in guten Händen* (Workshop in Freudenstadt, 12./13. Oktober)

● *Über das Leben zwischen den Kulturen: Islamismus, Frauen und Migration in Deutschland*

(Fachtagung in Stuttgart, 9. November)

● *Über Reproduktionsmöglichkeiten: Kinderwunsch – Wunsch-kinder* (Fachtagung in Karlsruhe, 15. November)

### Ausgewählte Veranstaltungsberichte

● *Vor und nach dem Krieg: Intervention in Afghanistan und die Situation der Frauen* (Forumsveranstaltung in Tübingen, 13. April)

Der Sinn der militärischen Intervention in Afghanistan wurde auch daran gemessen, wie sich das Land nach den Angriffen entwickelt hat. Auf dem Podium diskutierten Politikerinnen und Politiker sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit etwa

100 Tagungsgästen die aktuelle Situation in dem zentralasiatischen Staat. Mit Blick auf die Übergangsregierung und die Belange der Frauen betonte die afghanische Soziologin Mariam Notten, wie wichtig es für demokratische Ansätze sei, Frauen-



rechte durchzusetzen und Frauen selbst an den politischen Entscheidungen zu beteiligen. Deutschland engagiert sich neben der Aufbauhilfe für Polizei, Schulen und Krankenhäuser auch in Frauenprojekten, berichtete Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin. Stabile demokratische Strukturen – der Weg dorthin scheint noch lang. Die Expertinnen und Experten auf dem Podium warnten davor, der afghanischen Gesellschaft westliche Denkmodelle „überzustülpen“.

● *Über das Leben zwischen den Kulturen: Islamismus, Frauen und Migration in Deutschland* (Fachtagung in Stuttgart, 9. November)

Unterdrückung, Drohung und Gewalt im Namen von Tradition und Religion – für manche Frauen islamischer Herkunft in Deutschland scheint dies zum Alltag zu gehören. So berichtete etwa Serap

Cileli, türkische Publizistin, über Ehrenmord und erzwungene Hochzeiten. Weltweit werden ihren Angaben nach etwa 5000 Frauen im Namen der Ehre getötet. In Deutschland starben zwischen 1999 und 2001 elf türkische Frauen und Mädchen, „weil sie nicht gehorchen wollten“. Initiativen wie das Stuttgarter Wohnprojekt ROSA versuchen, hier gegenzusteuern und bieten Schutz für junge Migrantinnen der zweiten und dritten Generation. Die Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid erklärte, die Unterdrückung der Frau sei nicht durch kulturelle Argumente zu rechtfertigen. Auch der Journalist Ahmed Arpad sah das Ende der politischen Toleranz dort, wo es um Unterdrückung und demokratiefeindliches Denken geht. Moderatorin Elfriede Behnke zog am Schluss der Veranstaltung folgendes Fazit: „Liberalität braucht Grenzen. Wir dürfen nicht wegschauen, sonst machen wir uns mitschuldig.“

## BayernForum München

### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

#### **Unternehmerinnen-Round-Table:**

● *Promoting Diversity – ein Promoting-Programm für Frauen bei Siemens* (Fachgespräch mit Gründerin Dr. Hildegard Kronawitter, MdL, Ulrike Mascher, MdB, und Petra Neukam, Fachabteilungsleiterin Personal bei Siemens, 9. Januar)

● *Begleitkommission „Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Wirtschaft“* – Bericht und erste Bilanz (Fachge-

spräch mit Gründerin Dr. Hildegard Kronawitter, MdL, und Ulrike Mascher, MdB und Parlamentarische Staatssekretärin im BMA, 22. Juli)

● *Wirtschaftsstandort Deutschland – Vereinbarkeit von Familie und Beruf* (Fachkonferenz mit Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung

der Bayerischen Wirtschaft, der Vizepräsidentin des Bayerischen Landesfrauenausschusses, der Vorsitzenden des DGB Frauen in Bayern und dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern, 17. Januar)

● *Zeigt her das Geld! – Gender Budgeting* (Seminar, 29. November - 1. Dezember)

## Ausgewählter Veranstaltungsbericht

- *Zeigt her das Geld! – Gender Budgeting* (Seminar, 29. November - 1. Dezember)

Das Seminar fand in Kooperation mit der Frauenakademie München e.V. und dem Bayerischen Seminar für Politik statt und hatte folgende Themenschwerpunkte:

- Das Geschlecht der Ökonomie: Feministische Kritik und Ansätze einer geschlechtersensiblen Wirtschaftstheorie.
- Auswirkungen sozialstaatlicher Rahmenbedingungen und kultureller Leitbilder auf das Geschlechterverhältnis – ein deutsch-finnischer Vergleich.
- Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen auf Frauen und Männer im Hinblick auf bezahlte und unbezahlte Arbeit, auf das Zeitbudget und die Care-Ökonomie.
- Eingeschlechtergerechter Haushalt ist möglich – internationale Beispiele für Gender-Budget-Initiativen.
- Politische Strategien zur Umsetzung eines geschlechtergerechten Haushalts am Beispiel Berlin.
- Methoden des Gender Budgetings.

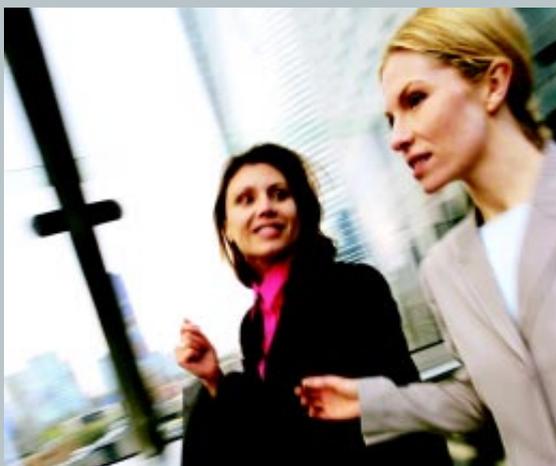
## Akademie Management und Politik

- *Organisationsmanagement und Kommunikationsmanagement* – Förderung der Führungs- und Managementkompetenzen von Frauen

Neben den seit Jahren etablierten Ausbildungsgang „Organisationsmanagement“ ist 2002 ein zweiter Ausbildungsgang getreten: „Kommunikationsmanagement“. Während der Ausbildungsgang Organisationsmanagement in 10 Modulen schwerpunktmäßig Kernkompetenzen für Führungsaufgaben innerhalb von Organisationen vermittelt,

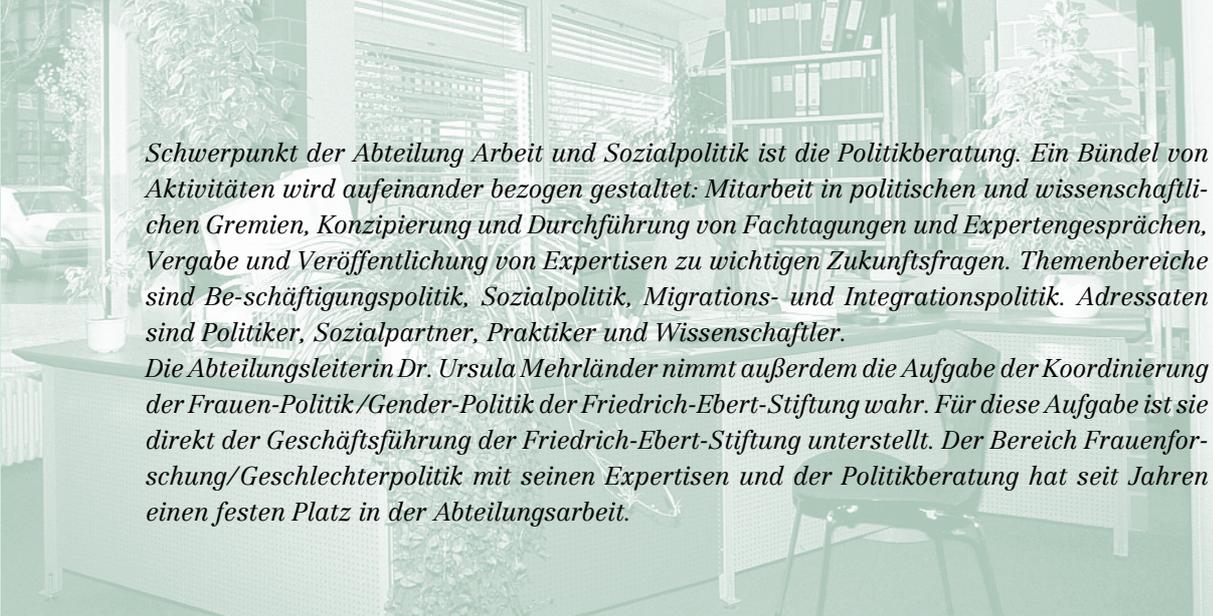
können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des neuen Ausbildungsgangs Kommunikationsmanagement in zehn Modulen Kenntnisse und Fähigkeiten für die Präsentation von Anliegen in der Öffentlichkeit aneignen. Der Ausbildungsgang Kommunikationsmanagement zielt auf den Erwerb von Kommunikations- und Medienkompetenzen. Folgende Themenfelder werden bearbeitet: Rhetorik, Präsentation, Moderation, Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit, Aktionen und Kampagnen, Partizipationsverfahren, Visuelle Kommunikation sowie Informations- und

Netzwerkmanagement. Die Akademie Management und Politik wendet sich in ihrer Lehrmethodik verstärkt Formen des „Blended Learning“, also der Kombination von E-Learning und Präsenzseminaren, zu. Einzelne Trainings können online vorbereitet, Seminarergebnisse online abgerufen und Tagungsdokumentationen ins Netz gestellt werden. In Kürze wird ein multimediales computergestütztes Lernprogramm auf CD-ROM zum Thema „Interviews geben“ vorliegen, das didaktisch-methodisch mit dem gleichlaufenden Präsenzseminar verknüpft ist.



# Wissenschaftliche Arbeit





*Schwerpunkt der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik ist die Politikberatung. Ein Bündel von Aktivitäten wird aufeinander bezogen gestaltet: Mitarbeit in politischen und wissenschaftlichen Gremien, Konzipierung und Durchführung von Fachtagungen und Expertengesprächen, Vergabe und Veröffentlichung von Expertisen zu wichtigen Zukunftsfragen. Themenbereiche sind Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, Migrations- und Integrationspolitik. Adressaten sind Politiker, Sozialpartner, Praktiker und Wissenschaftler.*

*Die Abteilungsleiterin Dr. Ursula Mehrländer nimmt außerdem die Aufgabe der Koordinierung der Frauen-Politik/Gender-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung wahr. Für diese Aufgabe ist sie direkt der Geschäftsführung der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstellt. Der Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik mit seinen Expertisen und der Politikberatung hat seit Jahren einen festen Platz in der Abteilungsarbeit.*

## Wirtschafts- und Sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum

### Abteilung Arbeit und Sozialpolitik

#### **Bereich Frauenforschung/ Geschlechterpolitik**

Die Informations-, Beratungs- und Bildungsarbeit zum Thema Gender Mainstreaming stand im Mittelpunkt der Arbeit. Die Anfragen verschiedener Institutionen nach Beratung durch den Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung nahmen auch in diesem Jahr weiterhin zu. Die konkrete und direkte Arbeit mit Vorträgen in Seminaren, Workshops, aber auch in ordentlichen Sitzungen von Räten, Direktorien oder Vorständen füllte einen großen Teil der Aktivitäten aus.

Neben diesen Aktivitäten wurde eine neue Expertise zum Thema Gender Mainstreaming erarbeitet: „GENDER MACHT POLITIK – 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming“. In dieser Expertise erfolgte eine Auswertung der in den vergangenen Jahren geführten Dis-

kussionen. Dabei wurde anhand von 10 Fragen, die immer wieder zum Konzept gestellt werden, eine

inhaltliche und geschlechterpolitische Strukturierung des Konzeptes vorgenommen.

1. Was ist Gender Mainstreaming?
2. Warum soll Gender Mainstreaming umgesetzt werden?
3. Wie wird Gender Mainstreaming eingeführt?
4. Welche Vorteile bringt die Anwendung von Gender Mainstreaming der Organisation?
5. Welche Vorteile bringt die Anwendung von Gender Mainstreaming den Männern?
6. Gibt Gender Mainstreaming eine geschlechterpolitische Zielsetzung vor?
7. Was ist eine Gender-Analyse?
8. Ist nun die Frauenförderung überholt?
9. Ist eigenständige Frauenpolitik noch erforderlich?
10. Kann Gender Mainstreaming die Frauenpolitik lähmen?

#### **Frauenpolitik und Gender Mainstreaming**

Frauenpolitikerinnen und Gleichstellungsbeauftragte setzen sich verstärkt mit dem Konzept Gender Mainstreaming auseinander. Wenn aber Gleichstellungsbeauftragte keine klare Definition ihrer

eigenen Rolle im Gender Mainstreaming-Prozess entwickeln, besteht die Gefahr, dass ihre bisherige Arbeit abgewertet oder für unwichtig gehalten wird. Um so notwendiger ist es, das Konzept Gender Mainstreaming immer wieder mit seinen historischen



Wurzeln zu verbinden, nämlich der internationalen Frauenbewegung.

### Top Down und Bottom Up

Seitens der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker sowie der Verwaltungsspitzen werden Beratungen und Informationsveranstaltungen in Kommunen und Landkreisen weiterhin nachgefragt. Solche Veranstaltungen bilden oft den ersten Schritt zur Implementation von Gender Mainstreaming – sie geben eine „Starthilfe“, wie es eine Frauenbeauftragte in ihrem Dankeschreiben ausdrückte. Die Veranstaltungen richten sich an Mitglieder von Ausschüssen, an Führungskräfte der Verwaltung oder auch an die Beschäftigten selbst. Es wird deutlich, dass das Top-down-Prinzip (die Einführung von Gender Mainstreaming durch die Spitzen der Hierarchie) abgesichert werden muss durch ein Bottom-up (die Information und Beratung der Beschäftigten als diejenigen, die letztendlich Gender Mainstreaming umsetzen). Dennoch sind politische Beschlüsse, Gender Main-

streaming einzuführen, weiterhin erforderlich. In einigen Kommunen fielen solche Beschlüsse gleich im Anschluss an eine solche Informationsveranstaltung.

### Gender Mainstreaming in verschiedenen Kontexten

Verstärkt wurde die Beratungsarbeit auch in den Gewerkschaften. Während die Gewerkschaft ver.di bereits die ersten Erfahrungen mit Gender Mainstreaming sammelt, sind andere Gewerkschaften noch am Beginn der Umsetzung. Auch in den Kirchen, vornehmlich der evangelischen Kirche, wird Gender Mainstreaming diskutiert. Die evangelische Kirche verfügt über eine längere Erfahrung in der Männerbildungsarbeit. Deshalb kann die Einführung von Gender Mainstreaming hier, wie sonst sehr selten im zivilgesellschaftlichen Bereich, auf eine Geschlechterperspektive zurückgreifen, die nicht nur von Frauen getragen ist. Das Konzept Gender Mainstreaming wird auch in Sozialwerken und Bildungseinrichtungen diskutiert. Hochschulen sind oft durch Landesge-

setzung verpflichtet, Frauenförderung zu betreiben, oder werden über Mittelzuweisungen angeregt, Gender Mainstreaming-Prozesse einzuführen. Beratungen und Fortbildungen für Rektorinnen und Rektoren, Dekaninnen und Dekane, Professorinnen und Professoren sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden an verschiedenen Hochschulen und Fachhochschulen durchgeführt.

Auf Initiative und in Kooperation mit den Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bratislava und in Prag wurde das Thema Gender Mainstreaming auch in die EU-Beitrittsländer gebracht. Ebenso gab es eine Kooperation mit dem Netzwerk Frauen-Mädchen-Beratung in Wien, das Träger eines EU-Projektes zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Zivilgesellschaft ist. Für die Mitarbeiterinnen in diesem Projekt wurde ein zweitägiges Seminar zum Thema „Lohnungleichheit“ konzipiert und umgesetzt.

## Netzwerk von Expertinnen und Experten

Im Jahr 2002 wurde unter Mitwirkung des Bereichs Frauenforschung/Geschlechterpolitik ein Netzwerk gegründet, in dem sich Expertinnen und Experten aus dem Bereich Frauen- und Geschlechterforschung sowie Frauen- und Geschlechterpolitik zusammgefunden haben. Dieses Netzwerk dient sowohl dem Erfahrungsaustausch untereinander, als auch der Entwicklung von Standards: Es werden Fragen diskutiert, die z.B. die Definition von Genderkompetenz, den Verlauf von Implementierungsprozessen oder das Verhältnis zwischen Gen-

der Mainstreaming und Diversity-Konzepten betreffen.

## Genderkompetenz und Fachkompetenz

Die Anwendung von Gender Mainstreaming erfordert die Verknüpfung von Genderwissen und Fachwissen. An dieser Stelle ist einerseits die Frauen-, Männer- und Geschlechterforschung gefragt, ihre Erkenntnisse mit den sogenannten Fachgebieten zu verknüpfen. Andererseits sind aber auch die Fachgebiete aufgefordert, sich den Erkenntnissen der Frauen-, Männer- und Geschlechterforschung zuzuwenden. Es wird immer notwendiger, be-

stimmte Themen, die in der Facharbeit der Kommunal-, Landes- sowie Bundespolitik diskutiert werden, mit Erkenntnissen aus der Frauen-, Männer- und Geschlechterforschung zu verbinden. Der Bereich Frauenforschung/Geschlechterpolitik hat dies mit der Erarbeitung und Veröffentlichung zweier Expertisen getan:

- *Mit Gender Mainstreaming zur Lohngleichheit?*
- *Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat*

Letztere Expertise wurde im Rahmen einer Veranstaltung des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und aktivierender Staat vorgestellt.

## Veröffentlichungen (Auswahl): Barbara Stiegler

- *GENDER MACHT POLITIK – 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming. Expertisen zur Frauenforschung.* Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik. Bonn 2002.
- *Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat.* Arbeitskreis Bürgergesellschaft und aktivierender Staat. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stabsabteilung. Bonn 2002.
- *Ako uplatnovat rodove hľadisko Aspekty strategie Európskej unie.* Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bratislava 2002.
- *Gender Mainstreaming.* In: HLZ 55, Heft 1/2002, S. 6-10.
- *Wie der Gender in den Mainstream kommt.* In: Zukunft und Umwelt: Gender Mainstreaming, praktische Umsetzung in Koblenz mitgestalten. Tagungsdokumentation. Koblenz 2002.
- *Wie Gender in den Mainstream kommt.* In: S. Bothfeld, S. Gronbach, B. Riedmüller (Hrsg.), Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der Praxis. Frankfurt a.M./New York 2002, S.19-41.
- *Anhörung der Sachverständigen zu Gender Mainstreaming als kommunales Handlungsprinzip.* In: Stadt Mainz Frauenbüro (Hrsg.), Gender Mainstreaming? Gender MAINZtreating! Dokumentation der öffentlichen Anhörung. Mainz 2002.
- *Heute schon gegendert? Gender Mainstreaming als geschlechterpolitische Strategie für Organisationen.* In: Streitkultur, 1/2002, S. 5-8.
- *Trends und Perspektiven der Frauenarbeit.* In: Die größere Hälfte der Menschheit – Frauen und Entwicklung. Globales lernen in der Volkshochschule. Materialien 47, Bonn 2002, S. 28-32.
- *Gender Mainstreaming und Personalentwicklung.* In: Genderperspektiven in der Personalentwicklung. Evangelische Akademie Nordelbien. Bad Segeberg 2002.
- *Gender Mainstreaming – eine riesige Herausforderung für Institutionen und Organisationen.* In: Durchblick – Zeitschrift für Ausbildung, Weiterbildung und berufliche Integration, 4/2002, S. 3 Gastkommentar.

*Im Arbeitsbereich des Historischen Forschungszentrums hat die Sicherung, Pflege und Aufarbeitung des historischen Erbes der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einen hohen Stellenwert. Damit in Verbindung werden u. a. die Entwicklungen der Nachkriegszeit in Deutschland analysiert und dargestellt.*

## Historisches Forschungszentrum

### Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte

● *Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948 bis 1957* (Forschungsprojekt)

In diesem Forschungsprojekt wurde anhand der Biografien von 26 Frauen des Parlamentarischen Rates und der ersten beiden Deutschen Bundestage ein Stück Zeitgeschichte aufgezeigt. Im Zentrum stand die Frage nach dem „Fraueneinfluss“ in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Welche Rolle spielten frauenpolitische Aspekte? Welche Barrieren hatten Frauen zu überwinden? Allen Frauen gemeinsam war der Wunsch, an der Schaffung eines demokratischen Deutschlands mitzuarbeiten, in dem Unrecht,

Faschismus und Krieg der Boden entzogen wird. Die Parlamentarierinnen sahen die Grenzen der patriarchalen Gesellschaftsnormen, stellten diese aber nicht grundsätzlich in Frage. Das Forschungsprojekt wurde abgeschlossen und erscheint unter dem Titel „Frauen in der Mannschaft“ im Frühjahr 2003 im Dietz-Verlag, Bonn.

● *Alles war alles ganz anders in Europa – Mütter und Töchter in der deutsch-jüdischen Emigration in den USA* (Podiumsdiskussion in Bonn, 25. Januar)

Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit dem Frauenmuseum in Bonn und dem Verein „Ge-

gen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ durchgeführt. Frau Professor Dr. Atina Grossmann, Tochter jüdischer Emigranten und Historikerin, wurde in den USA geboren, wohin ihre jüdischen Eltern während des Nationalsozialismus geflohen waren. Sie wuchs in einer deutsch-jüdischen Refugee Community auf und ist Historikerin geworden – unter anderem, um ihre eigene Geschichte und die ihrer Familie besser verstehen zu können. Frau Professor Dr. Sibylle Quack hat in ihrer 1995 erschienenen Studie „Zuflucht Amerika“ (Dietz-Verlag, Bonn) die Geschichte der Emigration deutsch-jüdischer Frauen in die USA erforscht. In den Schilderungen der beiden Frauen wurden die vielfältig verflochtenen Be-



Albertz, Luise  
(1901-1979)



Keilhack, Irma  
(geb. 1908)



Krahnstöver, Anni  
(1904-1961)



Schanzenbach, Marta  
(1907-1997)



Wolff, Jeanette  
(1888-1976)



Kettig, Alma  
(1915-1997)

## Veröffentlichungen (Auswahl): Gisela Notz

- *New Visions – Old Roles: The So-called Third Sector. „Citizen Work“ and Other Concepts and Their Impact on Gendered Division of Labor – Referring to Industrialized Countries.* In: R. Becker-Schmidt (Hrsg.), Gender and Work in Transition – Globalization in Western, Middle and Eastern Europe. Schriftenreihe der Internationalen Frauenuniversität „Technik und Kultur“, Bd. 2, Opladen 2002, S. 273-290.
- *„Ich kann mit dir machen, was ich will. Du gehörst mir.“ – Widerspenstige Frauen sollten zu allen Zeiten „gezähmt“ werden.* In: I. Nagelschmidt, S. Schötz, N. Kühnert, M. Schröter (Hrsg.), Menschenrechte sind auch Frauenrechte. Leipzig 2002, S. 133-154.
- *Zu Wolfgang Szepansky: Dennoch ging ich diesen Weg.* In: Jahrbuch für Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 1/2002, S. 218-221.
- *Biographische Notizen: Maria Ansorge.* In: Jahrbuch für Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 3/2002.
- *Familienselbsthilfe in Europa.* In: Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien (Hrsg.), Von Nachbarn in Europa lernen – Der Beitrag der Eltern- und Familienselbsthilfe zu kinderfreundlichen Lebensbedingungen. Dokumentation einer Tagung in der Akademie Frankenburg. Obertshausen 2002, S. 50-63.
- *Wir wollen mehr als nur die Hälfte vom schimmigen Kuchen.* In: Verein FluMiNut (Hrsg.), Wissen Schaf(f)t Widerstand. Wien 2002, S. 363-369.
- *Abkehr von der Konkurrenzgesellschaft?* In: Wir Frauen. Heft 1/2002, S. 11-14.
- *Unerfüllte Erwartungen? Eine kritische Bilanz der rot-grünen Frauenpolitik.* In: femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. Heft 2/2002, S. 83-86.
- *Mitarbeit an der Erstellung einer CD-Rom: Lehrgebiet Frauengeschichte der Universität Bonn* (Hrsg.), Politeia - Deutsche Geschichte nach 1945 aus Frauensicht, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2002.

ziehungen von Geschlecht, kultureller Herkunft und sozialer Schichtzugehörigkeit im Zusammenhang mit der Geschichte dieser Emigrantinnen deutlich. Der Verlust der Heimat, Verfolgung

und Vertreibung bedeuten im Leben von Menschen materielle Not, Entfremdung, Entwurzelung und Krisen des Selbstverständnisses. Die Kenntnis der Erfahrungen deutsch-jüdischer Emi-

grantinnen während des Nationalsozialismus kann dazu dienen, die Wahrnehmung heutiger Flucht- und Wanderungsbewegungen zu schärfen.

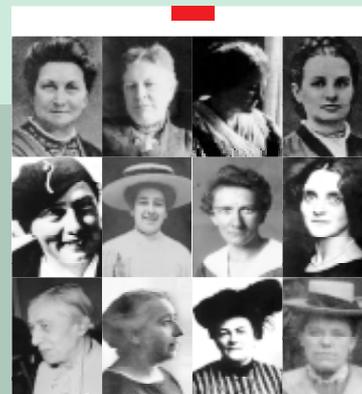


**Kurlbaum-Beyer, Luise**  
(geb. 1914)

**Herklotz, Luise**  
(geb. 1918)

**Eilers, Elfriede**  
(geb. 1921)

**Schimschok, Hildegard**  
(geb. 1913)



Kalender 2003  
Wegbereiterinnen

FRIEDRICH  
EGGERICH  
STIFTUNG

## Studienförderung

Wichtige Aufgabe der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Förderung besonders begabter und gesellschaftspolitisch engagierter Studierender. Von rd. 12 000 Anfragen konnten 421 Studierende und Graduierte neu in die Förderung aufgenommen werden.

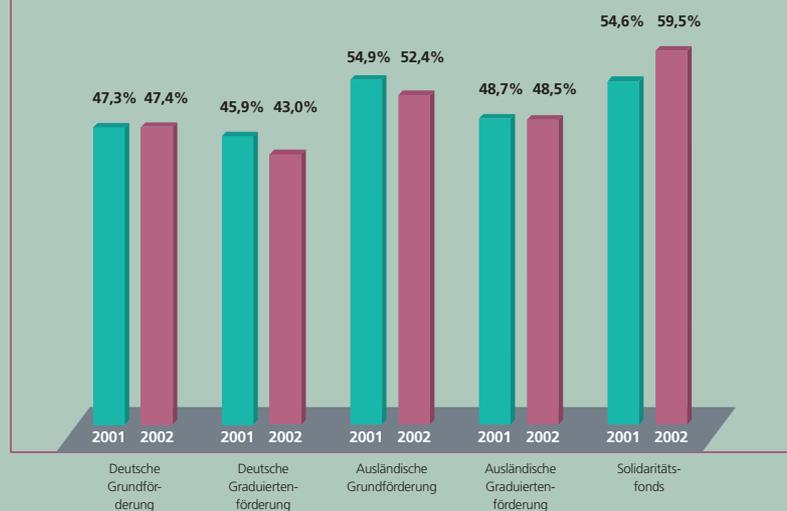
In 2002 beträgt die Gesamtzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten 1.665, davon sind 1.180 Deutsche in der Grundförderung und 235 in der Graduiertenförderung, 250 ausländische Stipendiaten werden gefördert. Der Frauenanteil ergibt sich aus den Graphiken.

### Förderung frauenspezifischer Themen im Rahmen der Graduiertenförderung:

(Ergänzung der Aufstellung von 2001)

- Katrin Schumacher, Universität Hamburg: *Femme fantome – Zur literarischen Tradition der Wiedergängerin*
- Kia Vahland, Universität Hamburg: *Bildnisse schöner Frauen bei Sebastiano del Piombo. Zum Schönheits- und Liebesideal in der Frühen Neuzeit*
- Annika Willmers, Universität Tübingen: *Die Kontroverse über den internationalen Frauentag in Den Haag im Frühjahr 1915 im Spiegel der deutschen Presse*

Prozentualer Anteil der Frauen 2002 in Grund- und Graduiertenförderung



### Frauenförderung im Rahmen des Hochschulsonderprogrammes III (BMBF-Programm):

Das Hochschulsonderprogramm „intendiert insbesondere eine Verstärkung der Förderung von Frauen als wissenschaftlichem Nachwuchs.“ Als Förderelemente sind die Kinderbetreuungszuschläge (13 Frauen) eingeführt worden sowie die Möglichkeit,

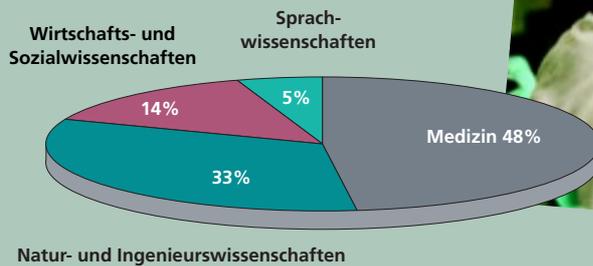
bei der Geburt eines Kindes die Förderung auf Antrag um ein Jahr zu verlängern (3 Frauen). Ferner besteht die Möglichkeit, bei Vorliegen besonderer familiärer Gründe ein Teilzeitstipendium in halber Höhe zu beantragen.

### AK Gender – Ein Arbeitskreis zu Geschlechterfragen

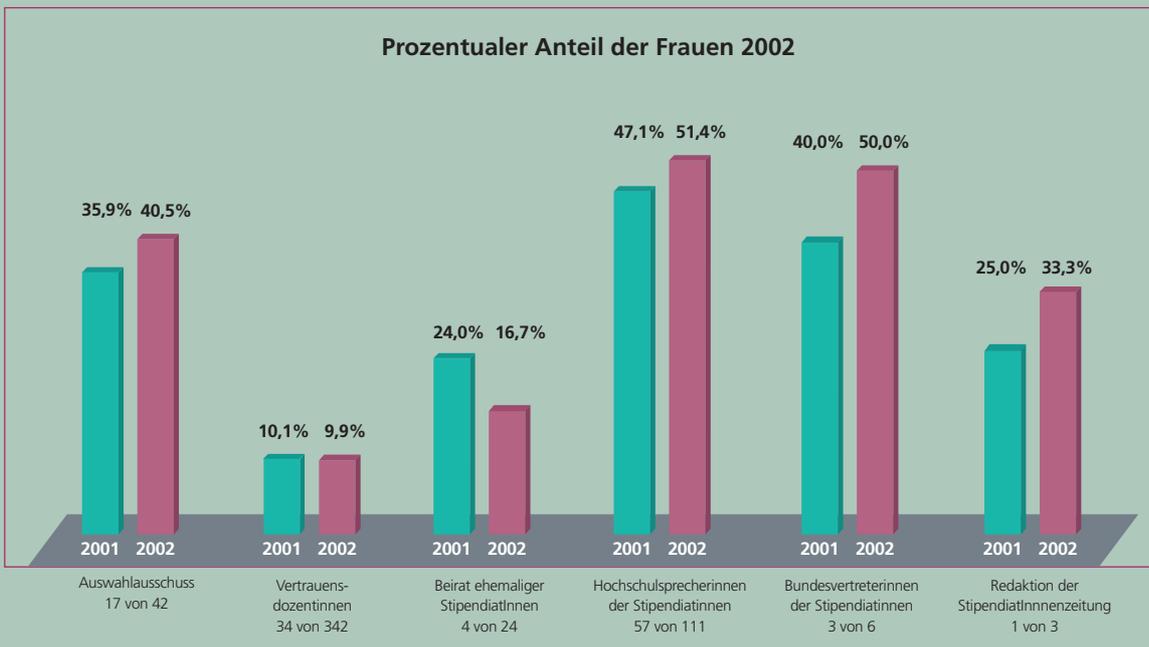
Aus dem „Genderforum“ der Stipendiatinnen und Stipendiaten wurde im Jahr 2002 der „Arbeitskreis Gender“. Dieser bietet allen gender-interessierten Stipendiatinnen und Stipendiaten ein jährliches Seminar, Publikationen, lokale Foren und Treffen sowie Netzwerke.



Studienfächer der aus dem Solidaritätsfonds Geförderten in 2002



Prozentualer Anteil der Frauen 2002





# Internationale Arbeit



*In 42 Ländern West-, Mittel- und Osteuropas sowie in den USA und Japan ist die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Büro vertreten. Die Stiftung wirkt z.B. bei Fragen der Gestaltung einer europäischen Außenpolitik, dem Transatlantischen Dialog, dem Europäischen Konvent und der EU-Erweiterung mit. Vor Ort wird mit Partnern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zusammengearbeitet, was sich auch an den Veranstaltungen zur Frauen- und Genderpolitik ablesen lässt.*

## Internationaler Dialog

### Westliche Industrieländer

**Belgien, Brüssel**

#### Veranstaltungen 2002 im Überblick (Auswahl)

● „Gender Mainstreaming – die Gleichstellungspolitik der EU“ (EU-Informationssseminar für Frauenbeauftragte aus Berlin mit D. Roth-Behrendt, MdEP, L. Gröner, MdEP, Barbara Helferich, Kabinett der EU-Kommissarin A. Diamantopoulou, sowie Vertreterinnen der European Women's Lobby)

● „Internationale Gewerkschaftskooperation und Gender“ (Seminar mit iranischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie mit Vertreterinnen und Vertretern des Rates der EU, des Europäischen Parlamentes, des internationalen Gewerkschaftsbundes ICFTU und einer renommierten belgischen Nichtregierungsorganisation)

● „Europe's Women – old roles and duties? New Challenges and Chances“ (EU-Workshop für politisch aktive Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern mit C. Randzio-Plath, MdEP, Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission und von Nichtregierungsorganisationen)

Der Gender-Aspekt wird in der europa- und entwicklungspolitischen Arbeit des Büros in Brüssel in vielerlei Hinsicht berücksichtigt. Auch 2002 wurden Seminare für Frauenbeauftragte aus Deutschland sowie Projektleiterinnen von Fraueninitiativen verschiedener europäischer Länder zum Thema „Gender Mainstreaming in der EU“ durchgeführt. Hierbei erhalten die Multiplikatorinnen einerseits einen Überblick über den horizontalen Genderansatz der Europäischen

Union sowie die zahlreichen EU-Initiativen und -Förderprogramme in diesem Bereich. Andererseits können sie im Gespräch mit EU-Entscheidungsträgerinnen und -trägern auch ihre konkreten Problemen vor Ort diskutieren. Dieser Austausch wird von allen Beteiligten sehr geschätzt.

Auch in die gewerkschaftspolitische Arbeit werden Gender-Aspekte integriert. Im Rahmen des Seminars „Internationale Gewerkschaftskooperation und Gender“ wurde der Stand der Ver-

handlungen über das Handelsabkommen zwischen dem Iran und der EU diskutiert. Das Seminar diente aber insbesondere dem Informationsaustausch über Menschenrechtsfragen, insbesondere über die Rechte von Frauen. Es kam zu interessanten Anregungen zukünftiger Initiativen und Kooperationsmöglichkeiten.

Bei der Auswahl der Teilnehmenden für die EU-Studienaufenthalte, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel für Expertinnen und Experten aus Afrika,



Paris

Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten anbietet, wird der Gender-Aspekt beachtet: Im Jahr 2002 wurden 60 Prozent der EU-Kurzzeit-Stipendien in Brüssel an Frauen vergeben. Wie erfolgreich ein EU-Studienaufenthalt auch im Hinblick auf konkrete Frauenförderung sein kann, zeigt die Tatsache, dass einige der Teilnehmerinnen aufgrund des in Brüssel gewonnenen EU-Hintergrundwissens nach ihrer Rückkehr in ihr berufliches Umfeld verantwortliche Posten übernommen haben.

### Frankreich, Paris

Die bereits vor zwei Jahren begonnene Veranstaltungsreihe „Frauen in der europäischen Arbeitswelt“ wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris gemeinsam mit ihrem langjährigen französischen Partner „Europartenaaires“ fortgesetzt. Sie dient dem Austausch über wichtige Zukunftsthemen wie z.B. über wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Gleichstellung von Frauen und Männern und gleichzeitig der Vernetzung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dazu in Europa. Sie ist damit Teil der Debatte zur europäischen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Im September 2002 stand die Diskussion mit Frauen aus dem nördlichen Europa auf der Agenda: „Frauen in der europäischen Ar-

beitswelt – Von Schweden lernen?“ lautete der Titel des Seminars, das in Berlin mit Teilnehmerinnen aus Schweden, Frankreich und Deutschland aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft, Medien und Wissenschaft stattfand. Unter den dreißig Teilnehmerinnen waren Paulette Guinchard-Kunstler, Vizepräsidentin der Assemblée Nationale, Ulrike Mascher, MdB und Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Margret Mönig-Raane, stellvertretende Vorsitzende von ver.di. Anhand der schwedischen Erfahrungen wurde über innovative Maßnahmen der Gleichstellung und ihre mögliche Umsetzung in Frankreich und Deutschland diskutiert. Vorträge und Diskussion machten die Hintergründe deutlich, die zu der starken Frauen- und Familienförderung im Wohlfahrtsstaat Schweden geführt haben. Neben den Erfolgen wurden auch die Defizite aufgezeigt, wie beispielsweise die schwache Präsenz von Frauen in der schwedischen Privatwirtschaft oder die Abhängigkeit der Arbeitssituation der Frauen von einem gut ausgebauten öffentlichen Sektor und der damit verbundenen starken Segregation des Arbeitsmarktes.

### Türkei, Istanbul

Der Anteil der Frauen am offiziellen Arbeitsmarkt verringert sich mehr und mehr zugunsten der Beschäftigung im informellen Sektor. Dort sind die Einkommen niedriger und die Bedingungen schlechter, insbesondere für die Frauen. 95 Prozent der Heimarbeiter sind Frauen. Es gibt keinerlei gesetzliche Regelungen für diesen Bereich. Das bedeutet für die dort Arbeitenden, dass sie über keine soziale oder rechtliche Sicherheit verfügen.

Die Öffentlichkeit ignoriert die Situation und die Probleme der Heimarbeiterinnen vollständig. Dies zu verändern und politischen Druck aufzubauen, ist ein wichtiges Ziel des Projektes „Heimarbeiterinnen“ des Büros in Istanbul. Heimarbeiterinnen sollen die Möglichkeit erhalten, sich miteinander zu vernetzen, Lösungen für ihre Situation zu finden und sich z.B. in Produktions- und Verkaufsgenossenschaften zu organisieren. Der Aufbau einer Genossenschaft ist in der Türkei besonders schwierig. Hier hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits helfen können: Es gibt inzwischen zwei Heimarbeiterinnengenossenschaften. Mindestens weitere fünf Genossenschaften müssten hinzukommen, damit nach türkischem Recht die Gründung eines Dachverbandes erlaubt ist,



Istanbul



Capitol, Washington D.C.

der politische Lobbyarbeit für die Heimarbeiterinnen leisten könnte.

„Winpeace“ heißt die gemeinsame Friedensinitiative griechischer und türkischer Frauen, die seit fünf Jahren besteht und seit etwa drei Jahren von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisatorisch und finanziell unterstützt wird. Diese Initiative unter Margaritta Papandreou hat sich zum Ziel gesetzt, Beiträge zu einer neuen Friedenskultur in der Türkei und in Griechenland, aber auch zwischen beiden Ländern zu entwickeln. Winpeace versucht, ein Netzwerk aufzubauen, das in Krisenzeiten in beiden Gesellschaften und damit auf beide Regierungen wirken kann. Winpeace will vor allem die Rolle der Frauen bei der Verhinderung und beim Abbau von Konflikten stärken. In einer dreitägigen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Istanbul wurde das Thema „Die historischen Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland“ angegangen. Der Geschichtsunterricht und die meisten Geschichtsbücher sowohl in der Türkei als auch in Griechenland sind von nationalistischer Einseitigkeit in Bezug auf die gemeinsame Geschichte geprägt. Das Seminar regte die Teilnehmerinnen an, in ihren Ländern Initiativen zur Vermittlung eines weniger einsei-

tigen und feindseligen Geschichtsbildes zu gründen. Eine gemeinsame presseöffentliche Veranstaltung mit etwa vierzig türkischen Nichtregierungsorganisationen, bei der die Winpeace-Absichten und -projekte vorgestellt wurden, fand in den Medien beider Länder ein sehr positives Echo.

#### **USA, Washington D.C.**

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit 2001 hatte George W. Bush das White House Office for Women's Initiatives and Outreach geschlossen, das als eine Art Clearingstelle zwischen Nichtregierungsorganisationen und der Regierung gedient hatte und den hohen Stellenwert von Frauenpolitik und Gender-Fragen in der Clinton-Administration reflektierte. Andererseits erhob Präsident Bush mit der State of the Union Address vom 29. Januar 2002 die Rechte der Frau zu einem Grundrecht, indem er den Grundsatz der Achtung der Frau in den unveräußerlichen Kernbestandteil von Grundrechten aufnahm.

#### **Aktuelle Themen**

Verschiedene Entscheidungen der Bush-Administration und die aktuelle politische Konstellation in Washington geben Anlass zur Sorge, dass das Recht auf eine legale und sichere Abtreibung, eine der großen Errungenschaften der

amerikanischen Frauenbewegung, in den nächsten Jahren zurückgenommen werden könnte.

Die Reform von 1996 beschränkt das Sozialhilferecht auf insgesamt fünf Jahre im Verlaufe eines Lebens und führt eine Arbeitspflicht für Sozialhilfeempfänger ein. Gleichzeitig wurden umfassende Job-Trainings- und Kinderbetreuungsprogramme ins Leben gerufen, um den Übergang in die Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Gerade auch alleinerziehenden Müttern – der großen Mehrheit der amerikanischen Sozialhilfeempfänger – sollte so der Ausstieg aus der Sozialhilfe ermöglicht werden. Dieses Gesetz mit weitreichenden Konsequenzen für die Situation der Frauen war im Herbst 2001 nach fünf Jahren ausgelaufen und wartet seitdem auf seine Weiterführung.

#### **Frauen in Führungspositionen**

Der Frauenanteil in Führungspositionen der Privatwirtschaft und in der Wissenschaft wächst. Allerdings ist auch in den USA das Vordringen in die Spitzenpositionen großer Unternehmen für Frauen weiterhin die Ausnahme. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch in den USA einer der zentralsten Problembereiche für Frauen. Eine staatlich geförderte oder öffentliche Kinderbetreuung gibt es nur für Sozial-

hilfeempfängerinnen. Das Angebot an Kinderbetreuung für kleine Kinder ist zwar wesentlich besser als in Deutschland, kostet aber mehrere tausend Dollar im Jahr. Erst seit 1993 gibt es überhaupt eine gesetzliche Regelung für die Elternzeit. Der Family and Medical Leave Act erlaubt bis zu drei Monaten unbezahlte Freistellung nach der Geburt eines Kindes.

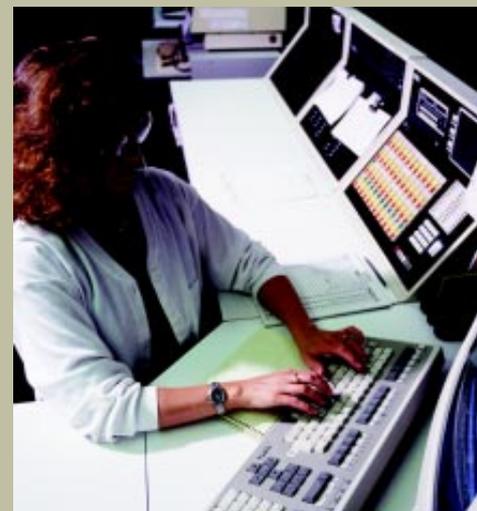
Der Anteil weiblicher Kabinettsmitglieder ist noch nie so hoch gewesen wie in der Bush-Administration – derzeit sind fünf Kabinettsposten mit Frauen besetzt: Elaine Chao, Secretary of Labor; Gale Norton, Secretary of the Interior; Anne Venemann, Secretary of Agriculture; Christine Todd Whitman, Administrator, Environmental Protection Agency, und Condoleezza Rice, National Security Advisor. Mit Condoleezza Rice hat erstmals eine – zudem schwarze – Frau den einflussreichen Posten des National Security Advisors inne. Nach den Zwischenwahlen vom November 2002 haben Frauen 13,6 Prozent der Sitze im amerikanischen Repräsentantenhaus und 14 Prozent der Sitze im Senat inne – mehr als jemals zuvor. Erstmals in der amerikanischen Geschichte ist mit Nancy Pelosi eine Frau zur Minderheitsführerin im Repräsentantenhaus gewählt worden, die sich seit Beginn ihrer politischen Karriere für Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat. Die Einflussnahme von Frauen steigt sowohl auf nationaler als auch auf einzelstaatlicher Ebene. Sechs Bundesstaaten haben weibliche Gouverneure und 14 der 100 größ-

ten Städte haben weibliche Bürgermeisterinnen. Zwei der neun Richter am Obersten Gerichtshof sind Frauen.

#### Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Büro Washington D.C. beteiligt sich aktiv am transatlantischen Erfahrungsaustausch weiblicher politischer Entscheidungsträgerinnen, insbesondere zur Entwicklung von Strategien und Netzwerken zur Erhöhung des Frauenanteils in gewählten Ämtern. Dabei wird mit politischen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Forschungsinstituten zusammengearbeitet: zum Beispiel Women In International Security, Vital Voices Global Partnership und Institute for Women's Policy Research.

Der Gesprächskreis „German-America Women's Dialogue: The Current Status of Women's Issues in the U.S. and Germany“ in Washington DC. im Januar 2002 führte eine internationale Teilnehmerschaft zusammen, um die Frage der Frauenförderung unter Präsident Bush zu diskutieren. Das Gesamturteil der amerikanischen Teilnehmerinnen über die Frauenpolitik der Bush-Administration ist nicht negativ. Obwohl der Frauenanteil auf der Führungsebene der Ministerien sogar leicht angehoben wurde, lässt jedoch der Anteil der Frauen an der politischen und wirtschaftlichen Führung insgesamt zu wünschen übrig. Die Diskussion ergab weiterhin, dass die „klassischen Frauenthemen“ wie Kinderbetreuung, Gesundheitsver-



sorgung usw. sich immer stärker auf eine professionelle Ebene verlagern und Frauen sich stärker am öffentlichen Diskurs auf allen Ebenen beteiligen.

Zur Förderung der transatlantischen Kooperation bei der Lösung eines der dringlichsten internationalen Menschen- und Frauenrechtsproblems, des Menschenhandels, veranstaltete das Büro der FES in Washington D.C. im Juni 2002 eine hochrangige Konferenz zum Thema „The Trafficking of Persons: How to Respond to a Growing International Issue“. Die gemeinsam mit „Women In International Security“ durchgeführte Veranstaltung fand nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung des 2. jährlichen „Trafficking in Persons Report“ des U.S. Department of State statt, um sich an der öffentlichen Diskussion dieses Berichtes zu beteiligen. Ziele der Veranstaltung waren, die Komplexität der Bekämpfung dieser modernen Form der Sklaverei darzustellen, die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure an einen Tisch zu bringen, gesetzgeberische Ansatzpunkte zu diskutieren und vor allem die internationale Kooperation und den Erfahrungsaustausch zu fördern.



Polnisches Parlament



## Mittel- und Osteuropa

### Polen, Warschau

#### Frauen in der Politik

Im Herbst 2002 fanden in Polen Kommunal- und Lokalwahlen statt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau vergab eine Studie zur Erhebung statistischer Daten im Rahmen dieser Wahlen, die Auskunft über die Beteiligung von Frauen an der Politik geben sollten. Unmittelbar nach der Datenerhebung wurden im Seminar „Reflexionen nach den Wahlen. Frauen in den Kommunal- und Lokalwahlen 2002“ die Ergebnisse diskutiert. Sie zeigen, dass sich die Polinnen aktiv am politischen Geschehen beteiligen wollen – sowohl als Wählerinnen (40 Prozent), als auch als Kandidatinnen (25 Prozent).

Seit 2002 gibt es in Polen eine Regierungsbeauftragte für Gleichstellungsfragen. Im Unterschied zu Deutschland gibt es keine Frauenbeauftragten in regionalen und lokalen Strukturen. Mit Unterstützung der Gleichstellungsministerin Jaruga-Nowacka hat die Parlamentarische Frauengruppe, die Partner des Büros in Warschau ist, eine Gesetzesvorlage

zur Durchsetzung von Gender Mainstreaming in Polen erarbeitet. Das Dokument sieht u.a. die Einführung von Quoten und der Parität in allen Staatsorganen, Vertretungen und Selbstverwaltungen vor. Die Autorinnen und Autoren des Gesetzes rechnen mit Schwierigkeiten bei der Abstimmung.

#### Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage der polnischen Frauen bezüglich des Zugangs zum Arbeitsmarkt und der geschlechterungleichen Entlohnung wurde auf dem 3. Europa-Treffen „Der Arbeitsmarkt vor dem Beitritt Polens in die Europäische Union. Chancen und Risiken für Frauen“ der FES Warschau und des Collegium Polonicum in Slubice mit den EU-Normen sowie der Situation in Deutschland verglichen. Es wurden Zukunftsstrategien abgeleitet, die die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern könnten. Auch die von der Stiftung geförderte Studie „Gläserne Decke – Aufstiegsmöglichkeiten und -barrieren für Frauen in Polen“ und die Konferenz „Der neue Wirtschaftsrealismus – Die

unbezahlte Hausarbeit als unbekannter Faktor des wirtschaftlichen Wachstums“ haben versucht, Ansatzpunkte für die Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen in Polen aufzuzeigen. Die diesjährige Novellierung des polnischen Arbeitsgesetzes zur notwendigen Anpassung der polnischen Vorschriften an die Rechtsnormen der EU soll die Diskriminierung der Frauen im Berufsleben abschaffen.

#### Reproduktive Gesundheit

Die diesjährige Resolution des Europäischen Parlamentes zur Legalisierung der Abtreibung wurde vom polnischen Parlament als ein Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, bewertet. Die Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte die Konferenz „Die reproduktive Gesundheit in der Politik der polnischen Regierung und im Vergleich mit europäischen Standards“ und publizierte die Broschüre „Das Gesundheitssystem – Ergebnisse der Reformen in Polen und seinen Nachbarländern“.

### Frauen als Opfer von Gewalt

In Europa werden jährlich ca. eine halbe Million Frauen und Kinder verkauft. Parallel dazu wuchert das organisierte Verbrechen, die Opfer des Menschenhandels an das Sexgewerbe zu verkaufen. Polen, das für die Frauenhändler wichtiges Transitland ist, möchte dieses Verbrechen bekämpfen. Ein wichtiges Instrument wird das „Landesprogramm zur Vorbeugung und Bekämpfung des Menschenhandels“ sein, dessen Entwurf auf einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Round-Table-Meeting erarbeitet wurde. Das Treffen von höchsten Beamten der zuständigen Ministerien, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, die das Dokument ausgearbeitet

haben, war der Höhepunkt der dreijährigen Zusammenarbeit des FES-Büros in Warschau mit der Stiftung gegen Frauenhandel „La Strada“.

### Regionalbüro Riga:

Lettland, Litauen, Estland

Die meisten Aktivitäten des Aufbaus zivilgesellschaftlicher Strukturen im Baltikum waren der Zielgruppe Frauen gewidmet. Dabei wurde mit Partnerorganisationen aus dem Nichtregierungssektor, mit Parlamentsausschüssen sowie Fach- und Führungskräften aus Ministerien zusammengearbeitet. Die Aktivitäten dienten einerseits der Steigerung der politischen Partizipation von Frauen und andererseits der Behandlung des besonders in den

Transformationsstaaten gesellschaftspolitisch brisanten, wie hochaktuellen Themas „Gewalt gegen Frauen“.

Vor dem Hintergrund der Parlamentswahlen in Lettland im Oktober 2002 und den Kommunalwahlen in Estland im Frühjahr 2003 förderten wir insgesamt acht Seminare von Frauenorganisationen – davon zwei in Lettland und sechs in Estland. Im Zentrum dieser Seminare standen Rhetorikschulung und Organisationsmanagement. Sie behandelten folgende Schwerpunkte:

- Staatliche wie gesellschaftliche Unterschätzung der psychologischen und soziologischen Folgen von häuslicher Gewalt.
- Zivilrechtlicher Schutz und finanzielle Unterstützung der betroffenen Frauen.
- Kriminalpolitische Bedeutung von Zwangsprostitution und Mädchen- und Frauenhandel sowie ihrer Verknüpfungsdelikte und Folgen wie Drogenkonsum und Aids.

Außerdem ermöglichte es die dreijährige Zusammenarbeit mit dem Informationszentrum der Frauen Litauens, systematische politische Lobbyarbeit zu betreiben – mit dem Resultat, dass der Vizejustizminister an der letzten diesjährigen Veranstaltung teilnahm und für die Fortsetzungsseminare die Unterstützung seines Ministeriums zusicherte.

### Slowakische Republik,

Bratislava

Der Schwerpunkt der Arbeit des FES-Büros in Bratislava lag bei den Themen „Gewalt in der Familie“ und „Gleichstellung von



Frauen und Männern“, wozu folgende Veranstaltungen durchgeführt wurden:

- Seminar und Studie „Gewalt in der Familie“ mit BICFS, Bratislava,
- Seminar „Gewalt in der Familie im Strafkodex“ mit Frauen-Nichtregierungsorganisationen und Polizeipräsidium, Donovaly,
- Follow up-Workshop „Frauen in die Politik“, Moravany,
- Vortrag und Seminar „Gender Mainstreaming“ sowie Publikation, Bratislava,
- Seminar „Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt“ mit dem Forschungsinstitut des Sozialministeriums, Bratislava.

Eine konsistente Regierungspolitik zur effektiven Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern gibt es nicht. Auch die Öffentlichkeit hält Genderthemen nicht für wichtig. Auf die Frage „Welche Probleme in der slowakischen Gesellschaft halten Sie für die wichtigsten?“ hat bis 1996 nur 1 Prozent der Befragten das Problem der „Stellung der Frau“ genannt und seit 1996 noch weniger Befragte. Die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes, das auch im Zusammenhang mit der EU-Integration gefordert wird, ist aufgrund des Widerstandes der Christdemokraten im Nationalrat nicht möglich. Die niedrige Beteiligung der Frauen an der Macht ist verursacht durch eine Mischung von sozioökonomischen, ideologischen und politischen Faktoren. Im folgenden die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage:

Aussage / Frage	Zustimmende Frauen	Zustimmende Männer
<b>Welche Hindernisse sehen Sie für die Beteiligung der Frauen an der Politik?</b>		
– Familienpflichten der Frauen	79%	70%
– systematische Bemühungen der Männer, die Macht zu behalten	47%	29%
– Desinteresse der Frauen an der Politik	43%	54%
– Frauen haben nicht die nötigen Voraussetzungen und Fähigkeiten für die Politik	7%	15%
<b>Die Stellung der Frauen in der Gesellschaft ist im Vergleich zu der Position der Männer schlechter</b>		
	82%	56%
<b>Stimme für Einführung eines Quotensystems</b>		
	64%	52%
<b>Stimme gegen Einführung eines Quotensystems</b>		
	14%	25%

### Tschechische Republik, Prag

Oberste Priorität der geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag hat die Sensibilisierung und Professionalisierung von Entscheidungsträgerinnen und -trägern in verschiedenen Institutionen (Regierung, Gewerkschaften, öffentliche Dienste, politische Mandatsträgerinnen und -träger usw.) für Genderfragen. Viele Maßnahmen zu Genderthemen wurden konzeptionell und finanziell unterstützt.

Eine Reihe von Workshops zum Aspekt der Chancengleichheit fanden für Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und Nichtregierungsorganisationen unter der Schirmherrschaft des Arbeitsministers statt. Ziel dieser Maßnahmen war, den Dialog zwischen den zwei Sektoren zu fördern und zu bestimmten Themenbereichen mögliche Lösungswege aufzuzeigen.

Neben einer Abteilung im Arbeitsministerium, die für die Implementierung von Gender Main-

streaming verantwortlich ist, gibt es seit Januar 2002 an jedem Ministerium eine Genderbeauftragte bzw. einen Genderbeauftragten, die die Hälfte ihrer Vollzeitstelle für Gender Mainstreaming freigestellt sind. Da sie jedoch nicht speziell dafür ausgebildet wurden, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Beratungsfirma EuroProfis und dem Leiter des Zentrums für Gender Studies der Karlsuniversität eine viertellige Seminarreihe für diese Beauftragten organisiert. Es wurden z.B. Grundbegriffe wie Feminismus, stereotype Rollenverhältnisse, Gender usw. erklärt und gemeinsam mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen mögliche Felder der Zusammenarbeit benannt. Für die abschließende Studienreise nach Brüssel wurde eine Gruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, von Nichtregierungsorganisationen, dem Gewerkschaftsbund und eines Arbeitge-

berverbandes zusammengestellt, um eine mögliche Zusammenarbeit in Zukunft zu fördern und das Spektrum der Diskussion zu erweitern. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, mit den wichtigsten Institutionen für den Themenbereich Gender Mainstreaming in Kontakt zu treten und folgende Themen zu diskutieren: Gender Mainstreaming beim EU-Erweiterungsprozess und bei den Beitrittsverhandlungen, Genderfragen in der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament und im Europäischen Gewerkschaftsbund. Die Teilnehmenden hatten die Hoffnung, die EU könne Druck auf die tschechische Regierung ausüben, um die Wichtigkeit von Frauen- und Geschlechterfragen zu erhöhen. Dies kann nicht geschehen – der Beitritt der Tschechischen Republik zur EU

wirkt sich dennoch auf die Geschwindigkeit der Bearbeitung von Frauen- und Geschlechterfragen aus. Umso wichtiger ist es, die Beauftragten zu professionalisieren und in ihrer Tätigkeit zu stärken.

Die Frauenorganisationen in der Tschechischen Republik können in zwei Gruppen aufgeteilt werden: Organisationen, die durch ihre karitative Tätigkeit Aufgaben des Staates übernehmen, und Organisationen mit eher gesellschaftskritischer Orientierung, die für die Genderperspektive im Denken und Handeln sensibilisieren, so insbesondere in Bezug auf die Stereotypen in Erziehung, Ausbildung, Familie, Gesellschaft und Medien. Aktivitäten der verschiedenen Frauenorganisationen wurden unterstützt. Zum Beispiel wurde eine Website gestaltet, die im Vorfeld der Parlamentswahlen

über die Situation der Frauen als Kandidatinnen berichtete.

Außerdem fanden Konferenzen zu „Häusliche Gewalt“ und zu „Sexueller kommerzieller Missbrauch von Kindern“ statt. Dazu trafen sich Expertinnen und Experten des Staatssektors (Justizministerium, Innenministerium, Polizei), der Nichtregierungsorganisationen und verschiedener Sozialdienste. Im Anschluss an letztgenannte Konferenz wurde eine Broschüre zur Arbeit mit Opfern von sexuellem kommerziellem Missbrauch übersetzt. Die FES unterstützte den Druck dieser Broschüre. Danach fand ein Training für Fachleute in diesem Bereich statt, und als weitere Fortsetzung hat UNICEF sich des Themas angenommen und mit Hilfe der ersten ausgebildeten Fachleute einen landesweiten Ausbildungszyklus realisiert.

### Regionalbüro Sofia: Albanien, Mazedonien

#### Albanien

In Zusammenarbeit mit dem Frauenforum der Sozialistischen Partei wurde die Veranstaltungsreihe „Gleichstellung der Geschlechter in der heutigen Realität Albaniens“ durchgeführt. Ihre Zie-

le waren, der geringen Teilnahme von Frauen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen entgegenzuwirken und Impulse zur Zusammenarbeit zwischen politischen Frauenforen aller Spektren zu setzen. Ein Teil dieser

Reihe wurde als Konferenz „Die Rolle der Frauenorganisationen im sozialen und politischen Leben“ umgesetzt. Hier trafen sich Frauen aus Albanien, aus den Nachbarstaaten und aus der Diaspora, um über Strategien zur



Motivierung von Frauen zur aktiven Teilnahme an Entscheidungsprozessen zu diskutieren. Die Anwesenden planten ein formales Netz „Frauen in der Politik“ auf nationaler Ebene, um durch Arbeitsgruppen gemeinsame Aktionspläne auszuarbeiten: zum Beispiel zur Verbesserung des Frauenstatus im wirtschaftlichen und sozialen Leben und zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Zur Verbesserung der Situation der Frauen in der Politik wurde die Teilnahme der Frauen an politischen Projekten, ihre Aktivierung für die parteilichen und parlamentarischen Ausschüsse sowie die Einrichtung einer Lobby von Geschäftsfrauen gefordert. Vorgeschlagen wurde auch die aktive Teilnahme von Frauen in der öffentlichen oder kommunalen Verwaltung. Diese Veranstaltungsreihe konnte eine wichtige Botschaft an die albanische Politik und allgemein an die Gesellschaftsakteure bezüglich der aktiven Partizipation der Frau ins politische Leben aussenden.

Mit dem Staatskomitee „Gleiche Chancen“ beim Ministerrat und dem Frauenforum der Sozialistischen Partei wurde die Seminarreihe „Partizipation der Frau im Prozess der Dezentrali-

sierung in Albanien“ durchgeführt. Trotz positiver Tendenzen der Einbeziehung der Frauen in die Legislative, bleibt die Diskriminierung und niedrige Teilnahme am Entscheidungsprozess auf Kommunalebene bestehen. Deshalb sollte die Stärkung der Präsenz der Frauen in der Kommunalpolitik diskutiert werden. Eine wichtige Funktion dieser Seminarreihe war der Erfahrungsaustausch politisch interessierter und engagierter Frauen. Probleme der Gleichstellung der Geschlechter und notwendige Veränderungen zu ihrer Verwirklichung wurden erörtert. Die vergangenen Kommunalwahlen wurden analysiert und Konsequenzen für die Zukunft gezogen. Es entstand der Wunsch, zukünftig auch Männer in solche Diskussionen einzubeziehen, um sie mit dieser Problematik zu konfrontieren.

Das Regionalseminar „Die Frauen in der Gewerkschaft“ zusammen mit der Konföderation der Gewerkschaften und dem Verband der Unabhängigen Gewerkschaften sollte die Gewerkschaftsbasis sowie Staats- und Arbeitgeberstrukturen zu Rolle und Möglichkeiten der Frauen in der Gewerkschaftsbewegung sensibilisieren. Es wurde deutlich,

dass die Vertretung der Frauen in der Gewerkschaft zu wünschen übrig lässt, obwohl sie insgesamt ein beträchtliches menschliches Kapital darstellen. Dabei wurde auch das Bedürfnis zur Schaffung eines Netzes der gewerkschaftlichen Frauen als Organ intergewerkschaftlichen Charakters hervorgehoben. Das Seminar war das erste auf Dachverbandsniveau und bot die Möglichkeit zu einer offenen Debatte zwischen den Konföderationen über die gemeinsamen Probleme und Strategien der Frauen in der Gewerkschaft.

#### Mazedonien

Gender-Fragen sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mazedonien. Durch unsere Projekte soll die Zusammenarbeit von Frauen verschiedener ethnischer Gruppen (Mazedonierinnen, Albanerinnen, Serbinnen und Roma) gestärkt werden. Die Seminare fanden in allen Teilen des Landes statt und behandelten folgende Themen: Status und Rolle der Frau auf dem Land, gleiche Chancen für Frauen mit verschiedenem ethnischen Hintergrund, Toleranz und inter-ethnische Koexistenz. Da immer noch eine große Diskre-





panz zwischen dem Anspruch auf Gleichberechtigung und der Wirklichkeit besteht, ist ein aktiver

Ansatz notwendig, um Stereotypen, traditionelle Frauenrollen und die entsprechenden Vorurteile zu

überwinden. Dies gilt insbesondere für albanische und Roma-Frauen.

### Regionalbüro Zagreb: Bosnien-Herzegowina, Kroatien

#### Bosnien-Herzegowina

Als Beitrag zu den Vorbereitungen der Wahlen im Oktober 2002 organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Nichtregierungsorganisationen „Zene Zenama“ und „Zar“ im Juni die Konferenz „Frauennetzwerk – Frauen bei den Wahlen 2002“. Teilnehmerinnen waren Frauen aus dem Nichtregierungssektor, Abgeordnete und Politikerinnen sowie Vertreterinnen der Administration und zweier Gender-Zentren. Die Öffentlichkeit sollte dadurch auf die Bedeutung der politischen Vertretung der Frauen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene aufmerksam gemacht werden. Außerdem wurde auf die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von Frauen aus Politik und Nichtregierungssektor hingewiesen.

Mehr als 40 Nichtregierungsorganisationen in Bosnien-Herzegowina bilden ein Frauennetzwerk für Gleichberechtigung, über das die Frauen Einfluss in der Gesellschaft und auf politische Entscheidungsprozesse ausüben. Mit wichtigen Mitgliedern dieses

Netzwerkes, den Frauen-Nichtregierungsorganisationen „Zene Zenama“ aus Sarajevo und „VITA“ aus Slatina, arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Jahren zusammen. Die Aktivistinnen dieser Organisationen haben in den letzten Jahren Runde Tische zur Gleichberechtigung der Geschlechter in Banja Luka, Sarajevo, Milici und Slatina organisiert. Die Referentinnen bei diesen Veranstaltungen waren Expertinnen aus den Bereichen Recht, Wirtschaft und Wissenschaft, die aufgrund eigener Erfahrungen u.a. über die Bedeutung des Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter gesprochen haben. Dieses Gesetz befindet sich seit fast einem Jahr in der parlamentarischen Diskussion. Unmittelbar nach der Verabschiedung dieses Gesetzes will die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit den beiden Gender-Zentren landesweit Diskussionen organisieren, um eine möglichst große Unterstützung für die Realisierung des Gesetzes zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation „VESTA“ wurde im Mai im Rahmen eines Runden Tisches das Thema „Frauen und lokale Selbstverwaltung“ behandelt. Unter dem gleichen Titel wurden über Radio VESTA eine Reihe von Radiosendungen realisiert. Damit konnten die Frauen ihre Ideen und Aktivitäten zur Demokratisierung der Gesellschaft unmittelbar der Öffentlichkeit präsentieren.

Ca. 60 Prozent der arbeitsfähigen Frauen sind von Arbeitslosigkeit betroffen, darunter ein hoher Anteil von Frauen mit abgeschlossener Hochschulausbildung. Mit der Zielsetzung, Frauen bei der Integration in das Berufsleben zu unterstützen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung auch in diesem Jahr eine Trainingsreihe für arbeitslose Frauen durchgeführt. Sie fand im April und Mai in Sarajevo, Travnik und Bihac in Kooperation mit dem Institut für Ökonomie und Organisation statt und stieß bei den Beteiligten auf großes Interesse.



## Kroatien

Verschiedene Maßnahmen unserer Stiftung im Vorfeld der Kommunalwahlen von 2001 hatten dazu beigetragen, Frauen zur aktiven Teilnahme in der Politik zu motivieren. Dieser Themenstrang wurde auch 2002 in einer allgemeineren Form fortgeführt. Mit dem Zentrum für Frauenstudien wurde eine Serie von Bildungsmaßnahmen über Zivilkultur und Demokratie durchgeführt. In dieser Seminarreihe ging es darum,

die Teilnehmerinnen für die speziellen Frauenprobleme in der Politik und im gesellschaftspolitischen Leben zu sensibilisieren. Die Teilnehmerinnen kamen aus der Politik, den Gewerkschaften, aus Bürgerinitiativen und aus der Zagreber Universität.

Da Frauen in Kroatien in der Politik unterrepräsentiert sind, wurde mit dem „Zentrum zur Gleichstellung der Geschlechter“ eine Seminarreihe über Möglichkeiten der Beteiligung von Frauen

im politischen Leben organisiert. Den Teilnehmerinnen wurden Strategien und Methoden vermittelt, um sich in politischen Organisationen und Bürgerinitiativen aktiver betätigen zu können. Die Frauen aus der Politik erfuhren zum Beispiel, dass sie von einer guten Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen profitieren können, da diese oft ein spezifisches Fachwissen über bestimmte Themen besitzen.

## Regionalbüro Belgrad: Serbien

In Serbien gibt es mehrere hunderte Frauen-Nichtregierungsorganisationen und -Netzwerke. Sie werden immer aktiver, da immer deutlicher wird, dass die so genannte Frauenfrage auch unter den „demokratisch“ orientierten Regierungen noch nicht wichtig genug genommen wird.

Zu den Themenschwerpunkten geschlechterpolitischer Fragen in Serbien gehören:

- Gewalt gegenüber Frauen,
- Gleichberechtigung der Frau in der Ehe und im Beruf,
- Frauenhandel,
- Politische Partizipation von Frauen,
- Frauen und Arbeitsmarkt,
- Gesundheitsschutz für Frauen.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre und einer allgemeinen Debatte über die Vergangenheitsbewältigung wurde deutlich, dass Frauen ein sehr wichtiger Baustein in den Versöhnungsprozessen sind. Die Diskussion über die Vergangenheitsbewältigung, die in der serbischen Gesellschaft stattfindet, hat bislang mehr Schaden als Erfolg gebracht. In Kooperation mit einer Frauenorganisation wurde eine Konferenz „Welches Modell der Wahrheit und Versöhnung ist passend für das ehemalige Jugoslawien?“ im Oktober in Belgrad organisiert. Das Ziel der Konferenz war, die Wege und Modelle zur Konfrontation mit der Wahrheit sowie Möglichkei-

ten der Versöhnung zu finden und daraus entstehende Aktionen zu fördern. Die Konferenz rief zu Information, Kommunikation und Koordination der Projekte auf Lokalebene auf, um den so genannten „Schneeballeffekt“ zu fördern.

Ein Frauenprojekt beschäftigt sich mit der Ausbildung von Frauen, die sich in wichtigen Positionen in Institutionen (z.B. Gericht, Schule, Krankenhaus, Sozialamt) befinden. Das Ziel dieser Seminarreihe war die Sensibilisierung für die Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft. Themen dieser Seminare waren: Institutionen als „männliche Schöpfungen“, Frauenrechte in internationalen Dokumenten, Genderana-

lyse, Reproduktionsrechte, Formen der Verletzung von Frauenrechten, Gewaltformen gegenüber Frauen und Mittel des Gewaltschutzes, Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Arbeitsgesetzgebung sowie Frauen in Politik und Öffentlichkeit. Die Seminarerfahrung zeigte, dass sich die Frauen schnell in ihren Positionen verankern und aus Angst, von männlichen Kollegen und der Gesellschaft „nur als Frau“ betrachtet zu werden, das Verständnis für Frauenfragen verlieren und kaum darauf ansprechbar sind. Dieses Seminarmodell soll auf weitere Lokalgemeinschaften in Serbien übertragen werden.

Zur Förderung ihrer Kommunikationsfertigkeiten wurde für Politikerinnen der demokratisch orientierten Parteien und für Abgeordnete des Stadtparlaments der Stadt Krusevac ein Seminar organisiert. Die Teilnehmerinnen wurden in ihrer öffentlichen Dar-

stellung, z.B. Kurzstatement, Interview, Pressekonferenz, Rhetorik, geschult.

Mit dem Partner Radio 021 Novi Sad hat die Friedrich-Ebert-Stiftung öffentliche Podiumsdiskussionen mit dem Titel „Blick über den Nachbarzaun“ in Novi Sad veranstaltet. Gäste aus den drei benachbarten Republiken – Serbien, Kroatien und Bosnien – diskutierten verschiedene aktuelle Themen und Probleme mit dem Ziel des Erfahrungsaustausches und möglicher Vernetzung. Neben Fragen wie Jugend, Medien, Sport, Wirtschaft, Umweltschutz und Kommunalverwaltung wurde auch die Problematik der Frauen diskutiert. Die eingeladenen Sprecherinnen waren Journalistinnen, Vertreterinnen von Frauenorganisationen und Politikerinnen der drei Republiken. Die Diskussion wurde in direkter Übertragung auf dem Radiosender 021 und als Spezialsendung

in den lokalen Fernsehsendern Serbiens übertragen.

Im Jahr 2002 hat das FES-Büro Belgrad eine sehr interessante Zusammenarbeit mit der StudentInnenorganisation FILONUS angefangen. Gemeinsam wurden öffentliche Podiumsdiskussionen zum Thema „Stop der Diskriminierung“ organisiert, wobei die Diskriminierung aller marginalisierten Gruppen erörtert, aber auch spezifischer aus Sicht der Frauen betrachtet wurde. In den letzten Jahren sind die Einstellungen serbischer Studenten zum Leben und zu ihren Mitmenschen sehr radikal geworden – die Diskussionen sollten dem entgegen wirken. Die Veranstaltungen waren überraschend gut von den Studentinnen und Studenten besucht und wurden auch von den Medien als eine interessante und sehr wichtige Innovation bei dem Aufbau der Zivilgesellschaft in Serbien verfolgt.

### Russische Föderation, Moskau

Im Mittelpunkt der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung standen wie in den vorigen Jahren auch Themen der Wahrung der Frauenrechte auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie, Beschäftigungsprobleme und Strategien zur stärkeren Einbeziehung der Frauen in Unternehmensmanagement und in politische Prozesse. Von großer Wichtigkeit bleibt es auch, russische Frauenorganisationen mit Informationen über die Entwicklung der internationalen Frauenbewegung bekannt zu machen.

Im deutsch-russischen Seminar im Februar 2002 in Rjasan und Moskau stand das Konzept „Gender Mainstreaming“ und seine Theorie und Praxis in Russland und Deutschland im Vordergrund. Zielsetzung war, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger über die westeuropäische Praxis bei der Anwendung des Konzeptes zu informieren, Möglichkeiten der Anwendung des Konzeptes in Russland und Deutschland zu vergleichen und deutsch-russische Kontakte zu knüpfen. In Rjasan war mit Hilfe der Part-

nerstadt Münster gerade ein Gender-Zentrum eröffnet worden. Im Rahmen des Seminars fand auch ein Treffen mit Frau Galina Parschenzewa, der stellvertretenden Ministerin für Arbeit und Sozialschutz, statt.

Das Konzept „Gender Mainstreaming“ wurde auch mit russischen Gewerkschaften im April im Rahmen eines fünftägigen Seminars in Zusammenarbeit mit der überregionalen Chemiegewerkschaft „Sodrushestwo“ behandelt. Das Seminarthema „Einführung in die Genderpolitik und

praktische Beteiligung gewerkschaftlicher Basisorganisationen“ wurde vor allem durch Gruppenarbeit behandelt. Besonders effektiv verlief die Diskussion in Gruppen, in denen Frauen und Männer vertreten waren.

2002 hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung ein breiteres Spektrum an Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei genderspezifischen Maßnahmen als je zuvor. Neben Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen und -bewegungen, Gewerkschaften, Hochschullehrerinnen und Studentinnen, Gender-Expertinnen und Vertreterinnen der Massenmedien nahmen auch Beamte mit führenden Posten in staatlichen und kommunalen Institutionen teil. Auf dem Seminar „Bürgerliche Fraueninitiativen als Faktor für beständige demokratische Entwicklung: Gendergleichheit und Leben ohne Gewalt“ in Jaroslawl im Mai zum Beispiel waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Jaroslawl und der Gebietsverwaltung des Jaroslawl-Gebietes aktiv beteiligt.

Im Organisationsstab der regionalen Konferenz „Bürgerliche Fraueninitiativen als Faktor für kontinuierliche Demokratieentwicklung: Dialog der Frauen mit der Macht“ im Herbst in Nowgorod arbeitete Frau Galina Matwejew, Stellvertretende Leiterin der Verwaltung der Region Nowgorod, mit Dr. Swetlana Aivasowa vom politisch-wissenschaftlichen Institut „Consortium of Women“ hielt einen Vortrag zum Thema „Die Rolle der Gender-Ausbil-



dung“. Die Konferenzdiskussion bündelte Argumente, die zur Durchsetzung der Novelle zum Schutz von Interessen kinderreicher Mütter und des Gesetzes über die Zusatzbeschäftigung der Rentner hilfreich sein können. Ekaterina Lachowa, Leiterin der gesellschaftlich-politischen Bewegung „Frauen Russlands“, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für gesellschaftliche Organisationen in der Staatsduma der Russischen Föderation und Mitglied des politischen Führungskomitees der Partei „Edinaja Rossia“, beabsichtigte, die Ergebnisse der Konferenz mit Vertretern von zentristischen Parteien der Duma zu besprechen. Dank ihrer

Bemühungen wurde die staatliche Macht bereits gezwungen, öffentliche Rechtsmechanismen für die Verbesserung der Frauenlage im Lande auszuarbeiten.

Ein wichtiges Stiftungsprojekt 2002 im frauenpolitischen Bereich war die Studie „Die Frau des neuen Russland: Wer ist sie? Wie lebt sie? Was sind ihre Ziele?“ Mit dieser Studie setzte unsere Stiftung ihre langjährige Kooperation mit dem Institut für komplexe Forschungen fort. Die Rolle und gesellschaftliche Lage der Frau im Transformationsprozess war Gegenstand der gesamt-russischen soziologischen Befragung aller Altersgruppen. Die Frauen aus ländlichen und ökonomisch

wie sozial marginalisierten Regionen verblieben im alten Denken. Jüngere Frauen mit guter Ausbildung beurteilten die Transformationsfolgen positiver und nahmen sich bietende Karrierechancen viel flexibler wahr. Die Mehrheit der Russinnen verhält sich skeptisch in Bezug auf die Möglichkeit, eine Frau zur russischen Präsidentin zu wählen: Nur 36,8 Prozent der Frauen sehen dies positiv. Interessant ist, dass positive Lebenseinschätzungen und Zukunftserwartungen unter russischen Frauen im Vergleich zu Männern überwiegen. 62,9 Prozent aller Befragten werteten das Leben insgesamt als „zufriedenstellend“.

### Regionalbüro Taschkent: Kasachstan, Usbekistan

Im Rahmen ihres Förderungsschwerpunktes „Frau und Frauenbewegung“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung besonders seit Mitte der 90er Jahre für viele Frauenorganisationen gute Starthilfen geschaffen. In relativ kurzer Zeit sind in Zentralasien und ins-

besondere in Kasachstan eine beachtliche Anzahl von Frauengruppen und -organisationen entstanden. Diese Organisationen haben vielfältige Aufgaben: Sie bieten Schutzräume für geschlagene und vergewaltigte Frauen, organisieren Seminare über Frauenrechte,

Frauen in der Politik oder Infobörsen/Messen für Existenzgründerinnen. Sie kommen in Literaturmatinees zusammen, machen Tanzworkshops und Sommerfeste, Informations- und Studienreisen für Frauen, schreiben, geben Bücher heraus, entwickeln Curri-



cula für Frauen- und Genderstudien oder motivieren und ermutigen Frauen für politische Aktivitäten.

Folgende Veranstaltungen fanden statt:

- *Das Seminar „Frauen-Dialog: Deutschland-Kasachstan“* (März/April in Almaty),
- *Regionaler Runder Tisch „Probleme der Frauen im Aral-Gebiet“*, (Mai in Kzyl-Orda),
- *Frauenstudien-Reise „Incoming“* (August im Frauenbildungs- und Tagungshaus Altenbücken).

Ziel dieser Veranstaltungen war es, die Frauen in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Interessen besser zu erkennen und sie zu artikulieren sowie sich im öffentlichen und privaten Leben besser durchzusetzen.

Die Frauenstudien-Reise „Incoming“ war ein Fortbildungs- und Hospitationsaufenthalt für Multiplikatorinnen aus Kasachstan, Kirgizistan und Usbekistan. Vom 6. bis 17.8.2002 reisten 21 Frauen verschiedener Bereiche – z.B. Journalistinnen, Sozialpädagoginnen, Ökonominnen – aus

Zentralasien in das Frauenbildungs- und Tagungshaus Altenbücken.

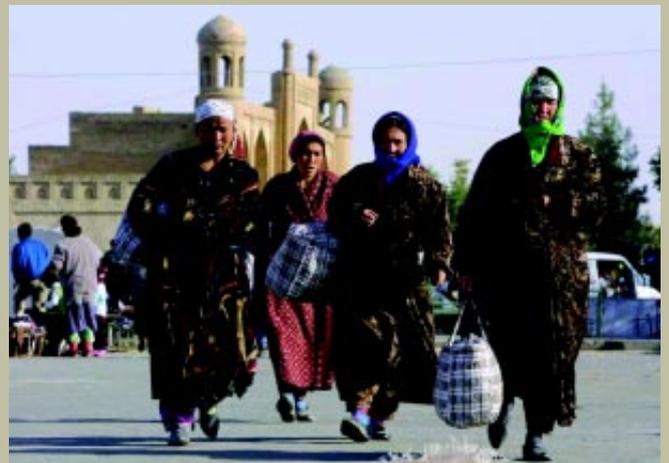
Folgende Themen wurden behandelt:

- die Rolle der Frau in Deutschland,
- die Geschichte der ersten und zweiten Frauenbewegung in Westdeutschland, in Europa und in den USA sowie deren initiierte Reformen und Projekte,
- die Aufgaben und Funktionen der Frauenbeauftragten als staatliche Institution,
- Gewalt gegen Frauen als strukturelles Phänomen,
- Methoden zur Anleitung von Frauen aus den Bereichen Medien, Kommunikation, Meditation, Tanz, Selbstverteidigung und Konfliktlösung,
- Besuch der Frauenautowerkstatt „AutoDiva“, des Frauenhotels „HanseatIn“ und des Frauencafés „Endlich“.

Neben der inhaltlichen und thematischen Arbeit wurden neue Kontakte geknüpft sowie deutsche Frauen als Referentinnen nach Kasachstan und Usbekistan

eingeladen. Die Teilnehmerinnen zeigten sich beeindruckt von den Errungenschaften der westeuropäischen Frauen – was den deutschen Frauen wiederum bewusster machte, welche Ziele trotz der oft weiterhin erlebten Diskriminierung bereits erreicht wurden.

Die zentralasiatischen Frauen beschrieben die Reise als eine „Wiederentdeckung von Deutschland mit vielen kreativen Frauenideen, Frauenprojekten und Frauenorganisationen“, als „das beste Bildungsprogramm, das mir in meinem Leben angeboten wurde“, als „die konkreteste Aktion für die Frauenförderung“, mit „die Reise hat mir geholfen, Frauen mit anderen Augen zu sehen“ und als „neue Variante feministischer Projekte“. Die Videodokumentation der Reise wurde zu hochfrequentierter Sendezeit im staatlichen Fernsehsender „Kasachstan I“ ausgestrahlt. Zwei Teilnehmerinnen berichteten in zwei Talkshows über ihre Erfahrung bei deutschen Frauenorganisationen.





*Dieser Arbeitsbereich will gemeinsam mit Partnern aus Regierung, Parteien, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft die soziale Demokratie in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und des Nahen Ostens fördern. Dazu gehört auch, dass mit den Partnerorganisationen der Weg des Gender Mainstreaming beschritten wird. Allerdings ist der Übergang von der Frauen- zur Geschlechterpolitik in Tempo und Intensität je nach den kulturellen und politischen Gegebenheiten sehr unterschiedlich.*

## Internationale Entwicklungszusammenarbeit

### Brasilien

Dass sich Bürgerbeteiligung in der Demokratie nicht auf den Wahlgang beschränken sollte, hatte die brasilianische Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT) bereits in den 90er Jahren zum Programm erklärt: In den von ihnen gestellten Kommunalverwaltungen wurde die partizipative Haushaltsplanung eingeführt, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, in der Planung der öffentlichen Ausgaben mitzureden und mitzuentcheiden. In Versammlungen auf Nachbarschafts- und Stadtteilbene stellt die Kommunalregierung ihre Entwicklungs- und Investitionspläne vor und bezieht die Bürgerinnen und Bürger über ein bis in den Stadtrat reichendes System der Delegation in den Entscheidungsprozess ein. Dies erhöht die Effizienz und Akzeptanz der Investitionen und stärkt das Verständnis für bestehende Sachzwänge und Haushaltsgrenzen. Die so geschaffene Transparenz verringert zudem die Gefahr der Korruption.

Stadtentwicklung kann unter ganz unterschiedlichen Perspektiven betrieben werden: Soll ein Sportplatz angelegt oder ein Kindergarten gebaut werden? Braucht die städtische Rechtsberatung eine zusätzliche Stelle oder eine Bushaltestelle hellere Beleuchtung? Frauen und Männer bewegen sich zudem sehr unterschiedlich in ihrer Umgebung und betrachten die städtische Entwicklung aus unterschiedlicher Sicht. Dies ist umso bedeutender, als Armut vor allem die Frauen trifft und ein Viertel aller Haushalte ausschließlich auf das Einkommen ihrer weiblichen Familienvorstände angewiesen ist. Seit den letzten Kommunalwahlen von 2000 ist es Ziel einer PT-Initiative, in den Großstädten Recife und São Paulo gerade diesen geschlechtsspezifischen Interessen Rechnung zu tragen. Dass den Bedürfnissen der Frauen bislang nicht genügend Beachtung geschenkt wurde, mag die Abnahme der Frauenbeteiligung während des Haushaltsplanungsprozesses

erklären: Zwei Drittel waren es in den ersten offenen Veranstaltungen am Anfang, bei den weiteren Planungsstufen machten Frauen jedoch nur noch ein Drittel der Ratsmitglieder aus.

Was bewegte die Frauen, so zahlreich zu den offenen Versammlungen zu gehen? Und was verhinderte, dass sich diese aktive Teilhabe der Frauen bis in die Entscheidungsinstanzen fortsetzte? Die Friedrich-Ebert-Stiftung São Paulo, die die PT und andere Institutionen politisch und methodisch zum Thema Partizipation berät, griff diese Fragen gemeinsam mit den Frauenbeauftragten der Stadtverwaltungen auf. So wurden Hintergründe analysiert und ein Diskussionsprozess in Gang gesetzt, dessen Ergebnis ein politischer Prioritätenkatalog unter Genderperspektive war. Dabei stellen die Frauen in Recife Dienstleistungen für von Gewalt betroffene Frauen, z.B. Rechtsberatung und medizinische Versorgung sowie Wirtschaftsförderung in den Vordergrund. Auf

der Prioritätenliste der Frauen in São Paulo stehen Kinderbetreuung, geschlechtsneutrale Erziehung, Aufklärung Jugendlicher zu Schwangerschaftsfragen und geschlechtsspezifische Gesundheitsvorsorge ganz oben. In den Versammlungen wurden zudem

Frauen und Männer für die Unterschiedlichkeit ihrer Interessen, Arbeits- und Lebenswelten sensibilisiert sowie ihre Fähigkeit gestärkt, unterschiedliche Bedürfnisse anzuerkennen und Kompromisse zu verhandeln. Das Sicherheitsgefühl von Frauen, die

in São Paulo auf den Nachtbus warten, wird heute ernst genommen und ist zum Gegenstand eines politischen Programms geworden, das die Gleichberechtigung gerade auch unterschiedlicher Sorgen und Nöte anerkennt.

## Tansania

Den Frauenanteil in gewerkschaftlichen Führungspositionen zu erhöhen, ist Ziel des Projektes unserer Stiftung in Dar es Salaam. Nach der Wahl einer Frau als Vorsitzende von TUCTA (Trade Union Congress of Tanzania) konzentrierte sich die Arbeit in diesem Jahr auf das im vergangenen Jahr gebildete Frauenkomitee, das den Einfluss von Frauen auf die Gewerkschaftspolitik sichern soll. Die Komiteemitglieder wurden in einem Seminar zu Gewerkschafts- und Medienfragen geschult, und in Zusammenarbeit

mit der einflussreichen Gewerkschaft TUGHE (Tanzanian Union of Government and Health Employees) wurden den Teilnehmerinnen geschichtliche Hintergründe der Gewerkschaftsarbeit, Führungsfähigkeiten sowie ein Grundverständnis von Arbeitsrechten vermittelt. In zahlreichen weiteren Meetings und informellen Gesprächen konnten Anregungen für die praktische Gewerkschaftsarbeit im Privatisierungsprozess gegeben werden.

Die erklärte Absicht der Friedrich-Ebert-Stiftung, genderorien-

tiert zu arbeiten, zeigt inzwischen auch positive Auswirkungen bei den Partnerorganisationen: Die konkrete Auswahl und Einbeziehung von Frauen bei einer Vielzahl von Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung nimmt stetig zu. Außerdem zielt eine mehrjährige Arbeitslinie in Dar es Salaam darauf ab, Frauen und Männer über ihre zustehenden Rechte zu informieren. Dies geschieht durch Rechtsberaterinnen und -berater (Paralegal Units), die insbesondere durch Theateraufführungen aufklären und aktivieren.





## Marokko

2001 hat der König eine Kommission eingesetzt, die ihm 2003 Vorschläge zur Reform des Familien- und Frauenrechts Moudawana unterbreiten soll. Die etwa 80 auf Frauen- und Genderfragen spezialisierten Nichtregierungsorganisationen in Marokko haben Aufklärungskampagnen über die frauendiskriminierenden Regelungen der Moudawana unternommen. Schwerpunkt der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung auf diesem Gebiet war es, die Aufklärungsarbeit mit juristischen Studien und Ausarbeitungen über die Exegese des Islam zur Moudawana, empirischen Fallstudien über Moudawana-verursachte Schicksale von Frauen, Analysen inter-

nationaler Konventionen bzw. von Konventionen zur Harmonisierung internationalen und nationalen Rechtes sowie Sensibilisierungs- und Beratungsmaßnahmen zu begleiten. Konferenzen wurden durchgeführt, z. B. „Die Frau im religiös-extremistischen Diskurs“, und die zentrale Sensibilisierungskampagne der Nichtregierungsorganisation „Frühling der Gleichberechtigung“ wurde mit Workshops, Seminaren, großflächigen Plakaten und Radio-, wie auch Fernsehspots unterstützt. Neben der Moudawana waren auch die Reform des Strafrechtes und des Arbeitsrechtes sowie die Stärkung der Frauenvertretung in den Parlamentswahlen vom Sep-

tember 2002 Thema von Sensibilisierungs- und Beratungs-Arbeiten.

Außerdem fördert unsere Stiftung die Ausbildung von Frauen, die in Organisationen der Zivilgesellschaft arbeiten, sowie von weiblichen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern. So wurden zum Beispiel Frauen aus verschiedenen Parteien für die Kandidatur in den Parlamentswahlen in unterschiedlichen Bereichen ausgebildet. Flankiert werden diese Aktivitäten durch Publikationen über unterschiedliche Themen: Gewalt gegenüber Frauen, Frauen in der Politik, die juristische Stellung der Frauen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens und in der Familie.

## Indien

Die 2001 begonnene Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung zur neuen frauenpolitischen Agenda der Regierung und zu einzelnen länderspezifischen Programmen wurde fortgesetzt. Die Seminarreihe füllt eine große Lücke zwischen Staat und Zivilgesellschaft, denn die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine der wenigen Institutionen, die dieses Thema aufgreift. In Koope-

ration mit dem Centre for Development Studies and Action aus New Delhi fanden zwei Workshops statt, an denen Frauenorganisationen, Wissenschaftlerinnen, Medien- und Behördenvertreterinnen sowie Politikerinnen teilnahmen. Damit hatten Institutionen in Ost- und Westindien erstmals die Gelegenheit, relevante Politikbereiche zu analysieren und Verbesserungsvor-

schläge in direktem Dialog mit Regierungsvertretern zu diskutieren. Zum dritten Workshop versammelten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Indien, um die bisherigen Ergebnisse zu rekapitulieren und einen Aktionsplan für zukünftige Interventionen zu erarbeiten. Prominenter Gast war die Europaabgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der Sozialdemokrati-



schen Fraktion Europas (SPE) Lissy Gröner. Sie war eingeladen worden, um über die europäische Gleichstellungspolitik zu informieren und einen Überblick über die in Europa diskutierten Instrumente und Konzepte zu geben. Es wurde beschlossen, dass die Kontakte indischer und europäischer Politikerinnen und Politiker zum Thema Frauen- und Geschlechterpolitik in Zukunft intensiviert werden sollten.

Das kommunalpolitische Trainingsprogramm im ländlichen Rajasthan zeigt Fortschritte. Wo es anfangs allein darum ging, die auf Quotenplätzen sitzenden Gemeinderätinnen zu motivieren, an den Ratssitzungen aktiv teilzunehmen, stehen jetzt fachliche Fragen wie Budgetplanung oder die Information über staatliche Hilfsmaßnahmen im Vordergrund.

Im noch jungen Experimentierfeld der kommunalpolitischen Frauenquoten hat sich die Partnerorganisation SOHARD als eine über die Grenzen Rajasthans hinaus anerkannte Institution etabliert.

Gender Mainstreaming gewinnt auch im traditionell auf Frauenförderung orientierten Indien als entwicklungs- und gesellschaftspolitisches Instrument zunehmend an Bedeutung. Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt hier vor allem auf die Arbeit mit zentralen Institutionen der Zivilgesellschaft, Medien und vor allem mit jungen Menschen, die eine nachhaltige Veränderung der alten Denk- und Gesellschaftsmuster bewirken können. 2002 veranstaltete sie erstmals mehrere Workshops mit Studenten und Studentinnen. Ziel war es, junge Frauen und Männer

aus ländlichen oder semi-urbanen Milieus zu erreichen, die das Potenzial zum öffentlichen und politischen Handeln haben. Sie wurden für Führungsaufgaben und Geschlechterfragen sensibilisiert. Ihre Gesprächspartnerinnen waren prominente Frauen, denen es gelungen ist, Mythen und Stereotypen über Frauen und Politik erfolgreich zu durchbrechen: Parteivorsitzende, Gemeinderätinnen und Anführerinnen sozialer Bewegungen. Die Worte einer Teilnehmerin stehen hier repräsentativ für das äußerst positive Echo zu dieser Reihe: „Der Workshop hat in uns einen Geist der Hoffnung geweckt. Wenn wir gemeinsam vorgehen, können wir die Dinge um uns herum verändern. Dies ist der letzte Tag unseres Workshops, aber eigentlich ist es ein Anfang.“

## Deutschland: Referat Entwicklungspolitik

● *Frauen an die Friedentische – Genderperspektive in die Verhandlungen* (Internationale Konferenz)

Frauen und Kinder sind in besonderer Weise von gesellschaftlichen Folgen bewaffneter Kon-

flikte wie Werteverlust, Traumatisierung und Anstieg von Gewaltausübung im zivilen Alltag betroffen. An Friedentischen spielen Genderaspekte jedoch allgemein nur eine untergeordnete Rolle. „Die UN-Resolution 1325

ist eine wichtige Resolution für Frauen, für UNIFEM, aber auch für den Weltsicherheitsrat. Sie fordert, die Rolle von Frauen in Führungspositionen zu stärken, Frauen stärker in friedenserhaltende Missionen einzubeziehen

und die Repräsentanz von Frauen auf der politischen Ebene zu erhöhen“ – so Heike Alefsen, Vertreterin von UNIFEM, dem Entwicklungsfond der Vereinten Nationen und Konferenzpartnerin. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Resolution auch auf nationaler Ebene umzusetzen – ein wichtiger Aspekt bei formellen Friedensverhandlungen.

Um die Beteiligung von Frauen an formellen und informellen Friedensprozessen ging es den Konferenzteilnehmenden der Bereiche Wissenschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen aus drei Kontinenten. Im Anschluss an drei exemplarische Erfahrungsberichte über Friedensaktivitäten von Frauen nach Bürgerkriegen in Guatemala, Uganda und Bosnien-Herzegowina waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgerufen, in drei Zukunftswerkstätten eigene Überlegungen und Empfehlungen zu sammeln. Themen waren: „Konfliktprävention in der Zivilgesellschaft“, „Be-

handlung traumatisierter Kriegsoffer“ und „Von der Entwaffnung zur Entwicklung friedlicher Konfliktlösungen“. In der abschließenden Podiumsdiskussion ging es um die Möglichkeiten einer stärkeren und effektiveren Beteiligung von Frauen an Gremien der Konfliktlösung. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob die bestehenden Strukturen in nationalen und multilateralen Institutionen ausreichen oder ob zusätzliche Organisationen wie ein „Weltfrauensicherheitsrat“ gegründet werden müssen, um der konkreten Umsetzung der Resolution 1325 Nachdruck zu verleihen. Die Mehrheit der Referentinnen und Referenten gab einer Art „Doppelstrategie“ den Vorzug: Sowohl die gender policy multilateraler Organisationen zu stärken, als auch parallel den Druck von Nichtregierungsseite zu erhöhen. Als Konferenzergebnis wurde ein auf zwei Jahre befristetes „Forum Frauen und Sicherheitspolitik“ vorgeschlagen. Dieses soll die

Politik des Weltsicherheitsrates während des deutschen Vorsitzes aus frauen-, friedens- und sicherheitspolitischer Sicht konstruktiv-kritisch begleiten und eine größere Öffentlichkeit für das Thema erwirken. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen; und Bereitschaft zur Mitarbeit wurde fast von allen anwesenden Organisationen und Einzelpersonen erklärt.

● *Politische Partizipation von Frauen in den Ländern des Mittleren Ostens* (Regionalkonferenz)

Wie gelingt es, mehr Frauen am politischen Prozess in den Ländern des Mittleren Ostens zu beteiligen? Diese Frage war Thema einer Regionalkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem libanesischen „NGO Committee for the Follow-up of Women’s Issues“ in Beirut. Zunächst wurde die Situation von Frauen in den teilnehmenden



Ländern Marokko, Tunesien, Algerien, Ägypten, Sudan, Jemen, Palästina, Jordanien, Syrien und Libanon analysiert. Dabei ging es um den Fokus, länderübergreifende Hemmnisse zu identifizieren, die einen höheren Frauenanteil in der Politik dieser Länder verhindern: z.B. der Einfluss des politischen Islams, der daraus folgenden Einschränkungen für Frauen in der Öffentlichkeit und des unzureichenden staatlichen Engagements für die Gleichstellung der Geschlechter und Menschenrechte. Im zweiten Teil veranschaulichten Fallstudien aus dem Libanon, aus Ägypten und aus Marokko mögliche Lösungsansätze, um die Partizipation von Frauen am politischen Leben zu fördern. Daran anknüpfend wurden drei Workshops zu den Themen „Bewusstseinsbildung“, „Zugang zum politischen System“ und „Erfolgreich sein innerhalb des politischen Establishments“ angeboten. Basierend auf den Ergebnissen der Workshops wur-

den konkrete und praxisorientierte Vorschläge für die in der Region ansässigen Projekte unserer Stiftung abgeleitet, um die Partizipation von Frauen in der Politik zu fördern:

- Länderübergreifendes Netzwerk mit einer eigenen Website, über die Arbeitsmaterialien zugänglich gemacht, Erfahrungen und Dokumente ausgetauscht und Kontakte geschlossen werden können.

- Zusammenfassende Handreichungen in elektronischer und gedruckter Form zu den in den Workshops erarbeiteten Themen, die sich orientieren an der Struktur der negativen und positiven Faktoren, die die Partizipation von Frauen beeinflussen; an den Maßnahmen, die Frauen ermutigen, sich trotz existierender Hindernisse politisch zu engagieren; an den Schutz- und Fördermechanismen für politisch interessierte Frauen in den länderspezifischen Wahlsystemen.

- Regionale Treffen bzw. Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen sowohl frauenspezifisch als auch mit breitem Genderansatz, um Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu gewinnen.

Die Effizienz von Fernseh- und Medienkampagnen wurde auf der Konferenz sehr hoch eingeschätzt. Daraus leitet sich ein ausgeprägtes Interesse an Dokumentationen zu der Rolle von Frauen ab, die über die Medien transportiert werden können. Regionale Trainingsmaßnahmen für Journalistinnen und Journalisten sollen helfen, die Gendersensibilität in den Medien voranzutreiben. Um eine solide Basis für die Medienbeiträge gewährleisten zu können, soll im Vorfeld eine Studie erstellt werden, in der das Image von Frauen in den Medien analysiert wird.





## Zentrale Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2002 in Bonn

Das Motto der Zentralen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2002 in Bonn war: „Chancengleich – und alles wird anders?“

Damit stellt sich sofort die Frage, was Chancengleichheit bedeutet. Eins scheint klar zu sein: Bei unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird dieser Begriff mit jeweils anderem Inhalt versehen und entsprechend diskutiert. Beispielsweise wird dieser Begriff je nach Generationszugehörigkeit anders interpretiert: Mütter und Töchter in Deutschland werden sich hier unterscheiden.

Chancengleichheit ist nur ein Begriff in der frauen- und genderpolitischen Debatte: Wir reden auch von Gleichberechtigung, Gleichstellung, Gender Mainstreaming – die inhaltliche Bedeutung wichtiger frauenpolitischer Termini ist immer unklarer geworden. Dr. Clarissa Rudolph sagt

dazu im DGB-Infobrief vom Oktober 2001: In den Begriffen der Frauenpolitik spiegelt sich der in der Vergangenheit zurückgelegte Weg wider: Von einer vehementen Betonung der Autonomie in Theorie und Organisation über die ‚Unterwanderung‘ von Institutionen hin zu einer Strategie, die Männer einbindet und mit in die Verantwortung nimmt.

Andererseits bemerken wir in der Öffentlichkeit und in der Politik ein wiedererstarktes Interesse an der Familienpolitik plus Kinderpolitik, das die Frauenpolitik zu verdrängen scheint. Karin Junker, Mitglied des Europäischen Parlaments und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), hat daher auf unserer Veranstaltung vor 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu dem Thema „Heute schon gegendert? Oder: Warum Frauenpolitik nicht mit Familienpolitik gleichzusetzen ist“ gesprochen.

Das Thema „Chancengleichheit“ lässt viel Raum, um einzelne Aspekte herauszugreifen. Auf unserer Veranstaltung haben wir uns auf die Bereiche „Bildungsmöglichkeiten und Zugang zum Arbeitsmarkt für Mädchen und Frauen“ konzentriert. Hier ging es nicht nur um Daten und Fakten, sondern um die frauenpolitischen Ziele und ihre Umsetzung.

Deutschland ist Einwanderungsland – auch wenn zur Zeit die politischen Parteien noch über das neue Zuwanderungsgesetz streiten. 7,3 Millionen Ausländer lebten 2002 in Deutschland, davon 3,3 Millionen Frauen. Ihr Anteil lag also bei rd. 45%. Chancengleichheit für ausländische Mädchen und Frauen und – wenn wir die inzwischen erfolgten Einbürgerungen berücksichtigen – für Deutsche ausländischer Herkunft zeigt sich nicht nur im Verhältnis zu den Männern, sondern auch im Verhältnis von Migrantinnen zu den Frauen der Aufnahmegesellschaft.

Mit anderen Worten, die Chancen sind nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach ethnischer Zugehörigkeit ungleich verteilt. Diese Thematik sollte auf unserer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag von zwei Seiten beleuchtet werden: Einerseits haben wir die Situation von Migrantinnen in Deutschland aufgegriffen, andererseits haben wir die Situation von Mädchen und

Frauen in einer anderen Region der Welt – in Tunesien – herausgestellt.

Im Gespräch waren Dr. Lale Akgün, MdB, in ihrer damaligen Funktion als Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen, Wafa Boudagga-Achour aus Tunis, Astrid Ritter-Weil, Genderkoordinatorin der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit unserer

Stiftung. Die Moderation lag bei der Journalistin Renate Faerber-Husemann.

Die Zentrale Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Internationalen Frauentag ist ja etwas Besonderes: Daher war eine musikalische Umrahmung vorgesehen, für die wir Maha Rindermann und ihr Avenue Swingtet gewinnen konnten.



# Organigramm

## Vorstand

**Vorsitzende**  
Anke Fuchs

**Stellvertreter**  
Sigmar Gabriel  
Dieter Schulte

**Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied  
und Geschäftsführer**  
Dr. Jürgen Burckhardt

**Ehrenvorsitzender**  
Holger Börner

## Presse und Zentrale Aufgaben

**Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit \* \*\***  
Klaus-Peter Schneider (Bonn)  
Peter Donaiski (Berlin)

**Zentrale Aufgaben \* \*\***  
Dr. Michael Domitra

**Koordination  
Frauen-/Genderpolitik \***  
Dr. Ursula Mehrländer

**Revision \***  
Karl-Heinz Spiegel

## Politische Bildung

**Politische Akademie**  
Prof. Dr. Thomas Meyer  
(Wissenschaftlicher Leiter)  
  
Reinhard Weil  
(Geschäftsführender Leiter)

**Gesellschaftspolitische  
Information**  
Frank D. Karl

**Dialog Ostdeutschland \*\***  
Uwe Ziegler

**Akademien**  
Kurt-Schumacher-Akademie  
(Bad Münstereifel)  
Dr. Helmut Mörchen  
  
Alfred-Nau-Akademie  
(Bergneustadt)  
Wolfgang Gisevius

**Politische Bildung in  
Nordrhein-Westfalen,  
Hessen und  
Rheinland-Pfalz**  
  
**Regionale Gesprächskreise**  
Frank D. Karl

**Forum Politik und  
Gesellschaft \*\***  
Katja Meyer  
  
**Forum Berlin \*\***  
Axel Schmidt-Gödelitz

**Regionalbüros**  
Julius-Leber-Forum  
(Schleswig-Holstein,  
Hamburg, Bremen)  
Wilfried Hoppe  
  
Fritz Erler Forum  
Stuttgart  
Helmut Elischer  
  
BayernForum (München)  
Dr. Eva Brehm/Horst Schmidt  
Regensburg  
Harald Zintl

**Landesbüro**  
Niedersachsen (Hannover)  
Egmond Eckardt

**Landesbüros**  
Berlin \*\*  
Ursula Koch-Laugwitz  
Brandenburg (Potsdam)  
Eugen Meckel  
  
Mecklenburg-Vorpommern  
(Schwerin)  
Erik Gurgsdies  
  
Sachsen  
Dresden: Christoph Wielepp  
Leipzig: Matthias Eisel  
Chemnitz: Karl-Heinz Becher  
  
Sachsen-Anhalt  
(Magdeburg)  
Joachim Schlütter  
Thüringen (Erfurt)  
Luise Rürup

**Berliner  
Akademiegespräche  
Interkultureller Dialog \*\***  
Dr. Johannes Kandel

**Regionalbüro**  
Rheinland-Pfalz/Saarland  
(Mainz)  
Rolf Mantowski

**Kommunalpolitische  
Bildung \***  
Siegbert Heid

**Bonner  
Akademiegespräche**  
Gisela Zierau

**Akademie Management  
und Politik**  
Gisela von Mutius

**MedienAkademie**  
JournalistenAkademie:  
Gunter Lehrke  
OnlineAkademie:  
Peter Hurrelbrink

**Redaktion  
Neue Gesellschaft /  
Frankfurter Hefte \*\***  
Dr. Norbert Seitz

Gesellschaft für politische  
Bildung e.V. \*\*\*  
(Akademie Frankenwarte,  
Würzburg)  
Georg Rosenthal  
  
Georg-von-Vollmar-  
Akademie e.V. \*\*\*  
(Kochel am See/München)  
Dr. Heiko Tammerna

- \* Direkt dem Geschäftsführer unterstellt
- \*\* Organisationseinheiten befinden sich ganz oder teilweise in Berlin
- \*\*\* Durch FES gefördert

Stand 1. Juni 2003

## Internationale Zusammenarbeit

**Internationale  
Entwicklungs-  
zusammenarbeit \*\***  
Dr. Ernst-J. Kerbusch

**Internationaler Dialog\*\***  
Dr. Uwe Optenhögel

**Afrika**  
Dr. Werner Puschra  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Hubert Schillinger

**Westliche Industrieländer \*\***  
Pia Bungarten  
Gewerkschaftsbeauftragter  
NN

**Asien und Pazifik**  
Dr. Beate Bartoldus  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Erwin Schweißhelm

**Mittel- und Osteuropa \*\***  
Dr. Reinhold Sohns  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Dr. Marc Meinardus

**Lateinamerika und Karibik**  
Dörte Wollrad  
Gewerkschaftsbeauftragte:  
Dörte Wollrad

**Internationale  
Politikanalyse \*\***  
Dr. Michael Dauderstädt

**Naher und Mittlerer Osten,  
Nordafrika**  
Dr. Andrä Gärber  
Gewerkschaftsbeauftragter:  
Hans Reimar v. Mutius

**Redaktion Internationale  
Politik und Gesellschaft**  
Dr. Alfred Pfaller

**Entwicklungspolitik \*\***  
Christiane Kesper  
Grundsatzaufgaben  
Gender/Frauenförderung:  
Astrid Ritter-Weil  
Menschenrechte:  
Peter Schlaffer  
Globalisierung\*\*:  
Jürgen Stetten  
Zivile Konfliktbearbeitung\*\*:  
Emil Lieser  
Nachkontakte:  
Ursula Hoffstadt  
Evaluierung:  
Christiane Kesper

**Gewerkschaftsordinator  
Industrieländer \*\***  
Dr. Uwe Optenhögel

**Koordinationsaufgaben**  
Gewerkschaftskoordination  
International:  
Erwin Schweißhelm  
Wirtschafts- und Sozial-  
entwicklung:  
Dr. Michael Langer  
Medien- und Kommunikation:  
Eveline Ehrlinspiel

**Redaktion Eurokolleg \*\***  
Anne Seyffert

## Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung

### Kuratorium

### Wissenschaftliche Arbeit

#### Studienförderung

Dr. Manuela Erhart

#### Historisches Forschungszentrum

Prof. Dr. Dieter Dowe

#### Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum

Dr. Jochem Langkau

#### Grundsatzfragen

Dr. Manuela Erhart

#### Sozial- und Zeitgeschichte

Prof. Dr. Dieter Dowe

#### Wirtschaftspolitik

Dr. Jochem Langkau

#### Auswahl

Reineke Schmoll-Eisenwerth

#### Archiv der sozialen Demokratie

Prof. Dr. Michael Schneider  
Stv.: Dr. Ulrich Cartarius

#### Arbeit und Sozialpolitik

Dr. Ursula Mehrländer

#### Förderung

Maria Holona  
Rose Bischof  
Adalbert Schlag  
Marianne Braun

#### Bibliothek

Dr. Rüdiger Zimmermann  
Stv.: Rainer Gries

#### Technik und Gesellschaft

Dr. Jochem Langkau

#### Studienbegleitende

Förderung und  
Nachkontakte  
Josef Minzenbach

#### Karl-Marx-Haus Trier

Dr. Hans Pelger  
ab Juli 2003:  
Prof. Dr. Beatrix Bouvier

#### Tagungsstätte Venusberg

Ingeborg Hensel  
Sabine Burch

#### Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig-Bonn \*\*\*

Prof. Dr. Dieter Dowe

### Verwaltung

#### Verwaltung und Rechnungswesen \*\*

Dr. Gerhard Fischer

Stv.: Dr. Joachim Schubert

#### Personal- und Sozialwesen

Lothar Hüttemeister

ab Mai 2003:  
Dr. Jürgen Brummel

#### Controlling und Organisation

Dr. Joachim Schubert

#### Gehälter und tarifliche Leistungen Inland

Reinhold Merten

#### Informationstechnologien

Peter Bujny

#### Personal Ausland

Dr. Jürgen Brummel

#### Finanzbuchhaltung

Carola Marten-Voigt

#### Technische Dienste/ Hausverwaltung Bonn

Wolfgang Schultz

#### Projektabrechnung Inland

Dieter Eisert

#### Kantine/Politischer Club

Rolf Bock

#### Projektabrechnung Ausland

Hans-Jürgen Schürmann

#### Verwaltung/Beschaffung

NN

#### Koordination Konferenz- zentrum/Finanzen/Bau- maßnahmen Berlin \*\*

Heiner Naumann

### Gesprächs- und Arbeitskreise \*\*

#### Grundwerteforum

Prof. Dr. Thomas Meyer

#### Managerkreis

Hans Mathieu

#### Forum Familienpolitik

Katja Meyer

#### Kultur und Politik

Axel Schmidt-Gödelitz

#### Streitforum

Prof. Dr. Thomas Meyer

#### Bildung, Forschung, Innovation

Hans Mathieu

#### Internationale Politik

Dr. Uwe Optenhögel

#### Autorenlesungen

Klaus-Peter Schneider

#### Zukunft der Demokratie

Prof. Dr. Thomas Meyer

#### Wirtschaft und Politik

Hans Mathieu

#### Globalisierung

Jürgen Stetten

#### Kommunalpolitik

Siegbert Heid

#### Ökologische Marktwirtschaft

Albrecht Koschützke

#### Dialog Wirtschaftspolitik

Hans Mathieu

#### Entwicklungspolitischer Dialog

Christiane Kesper

#### Kocheler Kreis – Wirtschaftspolitik

Dr. Jochem Langkau

#### Strukturreform der öffentlichen Verwaltung

Albrecht Koschützke

#### Politik und Wirtschaft

Dr. Michael Domitra

#### Politik und Medien

Klaus Reiff

#### Wirtschaftspolitische Diskurse

Dr. Jochem Langkau

#### Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Albrecht Koschützke

#### Bio- und Gentechnologie

Klaus Reiff

#### Rechtspolitisches Forum

Axel Schmidt-Gödelitz

#### Arbeit – Betrieb – Politik

Helmut Weber

#### Arbeit und Soziales

Dr. Ursula Mehrländer

#### Zukunft der Gewerkschaften und Politik

NN

#### Bildungsforum

Gisela Zierau

#### Sozialwissenschaften

Frank D. Karl

#### Migration und Integration

Dr. Ursula Mehrländer

#### Forum Jugendpolitik

Katja Meyer

#### Forum Europa

Anne Seyfferth

#### Europäische Integration

Lothar Witte

#### Forum Internationale Wirtschaft

Dr. Alfred Pfaller

#### Forum Frauen- und Genderpolitik

Katja Meyer

#### Transatlantischer Dialog

Pia Bungarten

#### Innovative Verkehrspolitik

Dr. Jochem Langkau

#### Geschichte

Prof. Dr. Dieter Dowe

#### Mittelstand

Helmut Weber

# FRAUEN & GENDER POLITIK & POLITIK

Koordinatorin: **Dr. Ursula Mehrländer**  
Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum  
Leiterin der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-245, Fax: 0228/883-398  
Ursula.Mehrlaender@fes.de

Sekretariat:  
Gisela Ehlen  
Tel.: 0228/883-246  
Fax: 0228/883-398  
Gisela.Ehlen@fes.de  
www.fes.de/gender

## Ansprechpartnerinnen

**Dr. Gabriele Bruns**  
Dialog Ostdeutschland  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin  
Tel.: 030/26935-829  
Gabriele.Bruns@fes.de

**Dr. Eva Brehm**  
Akademie der Politischen Bildung  
BayernForum München  
Elisenhof, Prielmayerstr. 3  
80335 München  
Tel.: 089/51555240  
Evamaria.Brehm@fes.de

**Pia Bungarten**  
Internationaler Dialog  
Westliche Industrieländer  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin  
Tel.: 030/26935-815  
Pia.Bungarten@fes.de

**Katja Meyer**  
Dialog Ostdeutschland  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin  
Tel.: 030/26935-832  
Katja.Meyer@fes.de

**Gisela von Mutius**  
Akademie der Politischen Bildung  
Akademie Management und Politik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-329  
Gisela.VonMutius@fes.de

**Anne Seyfferth**  
Internationaler Dialog  
Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin  
Tel.: 030/26935-816  
Anne.Seyfferth@fes.de

**Dr. Monika Langkau-Herrmann**  
Gesellschaftspolitische Information  
Frauenpolitik NRW  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-214  
Monika.Langkau-Herrmann@fes.de  
(bis 30.4.2003)

**Dr. Barbara Stiegler**  
Wirtschafts- und sozialpolitisches  
Forschungs- und Beratungszentrum  
Arbeit und Sozialpolitik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-270  
Barbara.Stiegler@fes.de

**Astrid Ritter-Weil**  
Internationale Entwicklungs-  
zusammenarbeit  
Genderkoordinatorin IEZ  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-502  
Astrid.Ritter-Weil@fes.de

**Magda Schirm**  
Gesellschaftspolitische Information  
Regionalbüro Rheinland-Pfalz  
Große Bleiche 18-20  
55116 Mainz  
Tel.: 06131/960670  
Magda.Schirm@fes.de

**Dr. Gisela Notz**  
Historisches Forschungszentrum  
Sozial- und Zeitgeschichte  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-467  
Gisela.Notz@fes.de

**Dr. Beate Bartoldus**  
Internationale Entwicklungs-  
zusammenarbeit  
Asien und Pazifik  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-516  
Beate.Bartoldus@fes.de

**Brigitte Nake-Mann**  
Akademie der Politischen Bildung  
Gesellschaft für politische Bildung e.V.  
Akademie Frankenwarte  
Leutfresserweg  
97082 Würzburg  
Tel.: 0931/804640  
Brigitte.Nake-Mann@fes.de

**Dr. Manuela Erhart**  
Studienförderung  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-649  
Manuela.Erhart@fes.de

**Hannelore Biermann**  
Frauenbeauftragte  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
Tel.: 0228/883-668  
Hannelore.Biermann@fes.de